BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 6 Köln, 25. Juni 1959 Preis DM 1,50

Vierter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Wie ernst ist die Lage?"* S. 433
- *Prof. Gerhard Gollwitzer, „Unsere Verantwortung für die Politik"* S. 440
- *Dr. Achim von Borries, „‚Kontinuität' oder Demokratie?"* S. 448
- *Konni Zilliacus, M.P., London, „Die Labour-Party und die H-Bombe"* S. 455
- *Hermann Schwann, „Genf und die deutsche Frage"* S. 457
- *Dr. Helmut Brandes, „Keine Kamele schlucken . . ."* S. 464
- *Stefan Andres, „Eine Antwort"* S. 469
- *Simon Messer, „Die verborgene Wildheit unseres Regims"* S. 471
- *RA Erwin Fischer, „Grundgesetz und Wiedervereinigung"* S. 474
- *E. S. Sachs, London, „Afrika und der Kalte Krieg"* S. 476
- *Horst Andel, „Singapur auf neuem Weg"* S. 485
- *Tian Olff, „Finnland — Beispiel der Koexistenz"* S. 488
- *Juan Tierra, Madrid, „Die wirtschaftspolitische Situation Spaniens"* S. 491
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 493

Prof. Dr. Walter Hagemann

Wie ernst ist die Lage?

Nach der Vertagung der Genfer Konferenz

Dr. Adenauer hat seinen überraschenden Verzicht auf die Präsidentschaftskandidatur vor allem mit der Behauptung gerechtfertigt, daß ihn die schwierige Lage auf der Genfer Konferenz zum Verbleiben im Amte zwänge. Kein anderer, auch nicht Herr Erhard, verfüge über die Erfahrung und die Härte, um den bisherigen außenpolitischen Kurs kontinuierlich weiterzuführen. Die Opposition hat diese Gründe als Ausreden bezeichnet und festgestellt, daß es Herrn Adenauer vor allem um die Aufrechterhaltung der Macht gegangen sei, die nach der Verfassung der Bundespräsident an den Bundeskanzler abzugeben hat.

Es ist wohlbekannt, daß bei politischen Krisen und vor allem am Vorabend von Wahlen der Bundeskanzler immer wieder die Behauptung aufgestellt hat, daß die internationale Lage sehr ernst sei und daß deswegen der bisherige Kurs nicht geändert werden dürfe. In ernsten internationalen Krisen wie Korea und Indochina hat dieses Argument auch auf die Opposition Eindruck erweckt. Wenn es aber immer wieder von den Sprechern der Bundesregierung in dramatischer Zuspitzung dargestellt wurde, als ob die Sowjets sprungbereit auf den Augenblick warteten, um über uns herzufallen, so zeigt sich hier, daß planmäßig eine Politik mit der Angst betrieben wurde, um für die von der Bundesregierung verfolgte Politik der Stärke Gefolgschaft zu finden. Inzwischen ist das Gleichgewicht des atomaren Schreckens zwischen den beiden Weltmächten effektiv geworden; inzwischen sind durch Veröffentlichungen und Erklärungen von vielen hunderten von Kernphysikern, Medizinern und Biologen die entsetzlichen Folgen eines atomaren Konflikts der Welt mitgeteilt worden: inzwischen hat die öffentliche Meinung in den großen Ländern einen so heilsamen Einfluß auf die Regierungen ausgeübt, daß man sich, wenn auch zögernd, zu Verhandlungen über einen Atomversuchs-Stop und ein eventuelles Totalverbot bereitgefunden hat. Das lautstarke Gedröhne der Forderungen und Drohungen der Generale der Nato und des Pentagon hat diesen Tatbestand eine Weile übertönen können. Aber heute dürfen wir feststellen, und die bisherigen Genfer Verhandlungen haben das bestätigt, daß sich die akute Gefahr eines atomaren Einsatzes von Massenvernichtungsmitteln vermindert hat. Die Gespräche Mikojans in den USA, Macmillans in Moskau und die Klausurgespräche der vier Außenminister in Genf haben offensichtlich eine gewisse Entgiftung der internationalen Atmosphäre herbeigeführt, wenn auch Vereinbarungen vorläufig noch nicht zustande gekommen sind. Mit solchen Vereinbarungen haben die Eingeweihten in Genf auch nicht gerechnet, hatte doch Chrustschow deutlich genug erklärt, daß Entscheidungen erst auf einer Gipfelkonferenz der verantwortlichen Regierungschefs möglich seien. Die Konferenz der Außenminister sollte den Umfang und die Lage der Probleme klären und die Entscheidungen vorbereiten. Wieweit dieses Ziel bisher in Genf erreicht werden konnte, wird sich wohl erst deutlich zeigen, wenn das Resultat der Geheimbesprechungen der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird. Auch die Leiter der beiden deutschen Beraterdelegationen scheinen darüber bisher nur lückenhaft unterrichtet worden zu sein.

Wenn trotzdem wieder einmal in Bonn behauptet wird, daß die Lage besonders ernst sei, so kann sich dies schwerlich auf die weltpolitischen Perspektiven beziehen. Wie steht es nun mit dem angeblichen Ernst der deutschen Situation? Hier werden wir zu unterscheiden haben zwischen den Vorstellungen der amtlichen deutschen Außenpolitik und den Konzeptionen der Opposition. Wer den Kurs des kalten Krieges um jeden Preis weitersteuern will, der muß die Lage in der Tat für ernst halten. Es sind im Laufe der vergangenen Monate fast alle jene Fiktionen und Hoffnungen zerronnen, welche die amtliche deutsche Außenpolitik hegte und durch lange Jahre trotz aller Rückschläge verfolgte. Manche dieser Fiktionen waren geradezu Tabus der öffentlichen Meinung geworden. Sie sind heute selbst in den Reihen der Opposition noch nicht völlig ausgeräumt.

1. Die Fiktion der Stärke. Unterstützt vom amerikanischen State Department, hat uns die Bonner Außenpolitik einzureden versucht, daß unsere nationalen Ziele nur aus einer Position überlegener Stärke zu erreichen seien. Weil man erst stärker werden wollte, hat die Bonner Regierung auf den Konferenzen von 1952, 1954 und 1955 alle Kompromisse über Wiedervereinigung und Friedensvertrag hintertrieben. Man hielt dies für Realpolitik und schalt die

Kritiker weltfremde Träumer. In Wahrheit war es eine Illusion, zu glauben, eine Weltmacht wie die Sowjetunion würde sich unter dem Druck einer Überlegenheit erstrebenden Nato-Koalition und einer militärischen Einkreisung in den ihr lebenswichtig erscheinenden Fragen Konzessionen abringen lassen. Noch schlimmer war die Illusion, zu glauben, die Zeit arbeite für den Westen und damit für die Bundesrepublik. In Wirklichkeit holten Moskau und seine Verbündeten von Jahr zu Jahr militärisch, wirtschaftlich und politisch den Vorsprung der westlichen Länder auf, das heißt, sie gewannen ständig neue Vorteile auf jenen Schlachtfeldern des kalten Krieges, die in der modernen Welt als entscheidend zu gelten haben: in der Entwicklung des wirtschaftlichen und technischen Potentials, in der psychologischen Kriegsführung, ganz zu schweigen von den Potenzen an Menschen und Naturschätzen in den Moskau befreundeten Ländern, die ihm kampflos in den Schoß fielen. Den Westmächten ist diese Entwicklung nicht verborgen geblieben. Selbst John Forster Dulles hat in seiner späteren Amtszeit daraus Folgerungen gezogen. Nur die Bundesrepublik, obwohl ein mittelgroßes, national gespaltenes, unter fremden Herren lebendes, in seiner politischen Struktur labiles Land am Rande der „freien Welt", ignorierte beharrlich diese Verschiebung der weltpolitischen Schwergewichte und verfolgte auf eigene Faust den alten Kurs der eingebildeten Stärke weiter. Diese Politik der Stärke ist praktisch tot. Ihre Weiterverfolgung kann höchstens noch als Bremsklotz der internationalen Entwicklung wirken. Das hat sich in Genf deutlich erwiesen.

2. Gefallen ist die Fiktion, daß die Bundesrepublik der einzige Repräsentant des ganzen deutschen Volkes sei. Diesem Anspruch ist seit langem von Völkerrechtlern der verschiedensten Länder widersprochen worden, denn das Völkerrecht fragt nicht danach, auf welche Weise Staatsordnungen zustande gekommen sind, sondern ob sie faktisch existieren. Die Anerkennung der DDR ist keine juristische, sondern eine politische Frage. Nur starke Länder können es sich auf die Dauer leisten, Regierungen als nicht vorhanden zu behandeln, wie dies die Amerikaner seit acht Jahren mit dem 650-Mill.-Volk der Chinesen tun. Wenn man gar die Kühnheit hat, eine solche Haltung zur Doktrin zu erheben, so muß man damit rechnen, eines Tages durch die politische Entwicklung widerlegt zu werden. Bis heute weigert sich Bonn, das Regime der DDR als existent anzuerkennen, ja es bedroht jeden Staat, der dies tut, mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Der Automatismus dieser sogenannten Hallstein-Doktrin hat uns außenpolitisch bereits schwere Opfer gekostet. Die Westmächte haben bei der Genfer Konferenz auf diese bundesdeutsche Doktrin keine Rücksicht mehr genommen. Die beiden deutschen Berater-Delegationen sind völlig gleichrangig behandelt worden, und der amerikanische Staatssekretär Herter hat offen erklärt, daß die Bundesregierung nicht befugt sei, für ganz Deutschland zu sprechen. Damit ist eine Fiktion geplatzt, die jedem Schritt zur Wiedervereinigung im Wege stand und deren Beseitigung seit langem aus den Reihen der gesamten Opposition gefordert worden ist. Ein Hindernis der innerdeutschen Politik wurde weggeräumt. Ist darum die Lage so ernst?

3. Schon Dulles hat vor Monaten die Forderung aufgegeben, daß freie Wahlen am Anfang der deutschen Wiedervereinigung stehen müßten. Damit wurde der Weg frei für einen Wiedervereinigungsprozeß in Etappen. Washington selbst hat sogar einen Konförderationsplan auf föderativer Ebene entwickelt und den deutschen Unterhändlern empfohlen. Leider ist dieser Plan von der Bundesregierung nachdrücklich verworfen worden. Immerhin kehrte der Gedanke von Wiedervereinigungsetappen in den westlichen Genfer Vorschlägen wieder und hat in den Geheimbesprechungen eine Rolle gespielt. Wenn aber Bonn zu jeder Form von Konförderation „nein" sagt, dann weiß man in Washing-

ton wie auch in Moskau, daß die Deutschen selber die Wiedervereinigung nicht wollen. Damit stehen wir vor der Gefahr, daß die vier Großmächte über die nationalen Forderungen der deutschen Patrioten und die heuchlerischen Versicherungen der Kleindeutschen zur Tagesordnung übergehen. Walter Lippmann könnte recht behalten, der schon vor der Genfer Konferenz schrieb, die eigentliche Frage für den Westen sei nicht die Wiedervereinigung, sondern die Frage, ob man es sich jetzt schon leisten könne, dem deutschen Volk zu sagen, daß es auf seine Einheit verzichten muß. In der Tat, wenn sich das deutsche Volk die Sabotage aller Wiedervereinigungspläne weiter gefallen läßt, dann ist der Augenblick nahegerückt, wo sich die Mächte leisten können, uns dieses zu sagen. Schließlich sind nicht die USA gespalten oder die Sowjetunion, sondern Deutschland, und so ist es vor allem anderen Sache der Deutschen, die Hände zu rühren, um wieder ein Volk zu werden.

4. Mit einer Regierung, die nicht existiert, kann man auch nicht verhandeln. So lehnt Bonn bis zur Stunde jegliche auch „technische" Fühlungnahme mit dem DDR-Regime ab. Wenn die beiden deutschen Delegationen zum Gespött und zum Hohn der Welt am Genfer Katzentisch einander gegenüber saßen, ohne miteinander zu reden, ja, ohne überhaupt voneinander Notiz zu nehmen, so zeigt dies die groteske und unwürdige Lage, in der sich diese einst große und respektable Nation heute befindet. Schon ein formloses Gespräch, das der tapfere FDP-Abgeordnete Dr. Thomas Dehler mit Mitgliedern der Ostberliner Delegation geführt hat, genügte als Anstoß für Presseproteste und für Lärmszenen im Bundestag. Dabei lag auf dem Genfer Konferenztisch von Anfang an der westliche Vorschlag für die Bildung eines gesamtdeutschen Ausschusses mit paritätischen Rechten, und beide großen Oppositionsparteien haben sich einmütig für die Abhaltung von „Auftragsverhandlungen" mit einer Regierungsdelegation aus Ostberlin ausgesprochen. Herr v. Brentano hat die Chance verpaßt, gegenüber der Vertretung der DDR das Übergewicht der 50 Millionen und der angeblich besseren Argumente zur Geltung zu bringen. Professor Grewe hat es im Bonner Auftrag sogar abgelehnt, zum neuen Nichtangriffspakt-Vorschlag der DDR auch nur Stellung zu nehmen. Die Ausrede ist einfach: Eine DDR gibt es nicht, auch wenn sie wirtschaftlich und politisch mit jedem Tage stärker wird und sich in Genf die tatsächliche Gleichstellung mit der Bundesrepublik errungen hat. Es lebe die Hallstein-Doktrin, auch wenn die Nation daran zugrunde geht!

5. Abrüstung nur im Weltmaßstab, mit dieser Formel wird seit Jahren jeder Teilerfolg einer militärischen Entspannung durch die Bundesrepublik verhindert. Das bedeutet aber, daß der Rapacki-Plan, der eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vorsieht, trotz seiner militärischen und politischen Logik in Bonn weiterhin abgelehnt wird. Zur Frage eines Disengagement, d. h. einer Verdünnung und Zurückziehung der beiderseitigen Besatzungstruppen, hat Macmillan mit Chrustschow in Moskau eine ziemlich weitgehende Übereinstimmung erzielt; aber es waren nicht nur das Pentagon und die Natogeneräle, welche diesen Plan bekämpften, sondern ebenso die Bundesregierung, die weder auf atomare Ausrüstung der Bundeswehr noch auf die Anwesenheit fremder Besatzungstruppen verzichten will. Im Gegensatz zu Bonn werden diese Vorschläge bekanntlich in Ostberlin seit langem unterstützt, und dadurch wird die Bonner Propogandathese in Frage gestellt, daß ohne die sowjetischen Divisionen das Ulbricht-Regime keine drei Tage mehr am Ruder wäre. Bonn hat auch mit Nachdruck ein Junktim zwischen Wiedervereinigung und Abrüstung gefordert, um auf diese Weise die eine kaum lösbare Aufgabe durch eine noch schwierigere andere zu blockieren. Zum Glück für die Genfer Geheimverhandlungen wurde

von den Westmächten an dieser unauflöslichen Verbindung nicht festgehalten. Das „Paket" wurde aufgeknüpft.

In der Tat: Die Lage ist ernst; die Aufweichung hat bereits die Westmächte ergriffen.

6. Das Tabu Nr. 1 bleibt B e r l i n. Hier hat sich der politische Spielraum der Westmächte in Genf als allzu eng erwiesen. Die Bonner Außenpolitik wendet sich gegen jede Änderung des Berliner Status quo, es sei denn im Sinne der westlichen Gleichschaltung. Staatssekretär Herter hat seinem sowjetischen Gegenspieler in Genf ausdrücklich eingeräumt, daß die Lage Berlins anormal sei. Alle westlichen Delegierten haben übereinstimmend festgestellt, daß nach der Rechtslage Westberlin kein Teil der Bundesrepublik sei und daher weiter einem Sonderregime unterstehen müsse. Die westlichen Delegationschefs haben G r o m y k o die Beschränkung der Truppenstärken in Berlin und die Einschränkung der politischen Propaganda angeboten, auch der ältere Vorschlag von Dulles, Kontrollorgane der DDR als Agenten der Sowjetunion zu akzeptieren, ist besprochen worden. Aber eine Verständigung über den künftigen Berliner Status wurde bisher nicht gefunden. Zu stark hat sich die amerikanische Politik durch Versprechungen an Berlin und Bonn und durch die Proklamation der unantastbaren Rechte des Siegers in Berlin gebunden. Dementsprechend hält Chrustschow an seinem Vorschlag für ein neutralisiertes und entmilitarisiertes Westberlin fest. Das Berliner Tabu hat sich in Bonn gegen jede Art von „Aufweichung" behauptet, zur Freude derer, die daran die Konferenz und das Gipfeltreffen von vornherein scheitern lassen wollten.

Auch andere Völker leiden unter den Tabus ihrer Geschichte: Man denke an die englische Fehlentscheidung in Suez, die ein psychologischer Kurzschluß war, oder an Frankreich, das sich an Algier militärisch, politisch, finanziell und nicht zuletzt moralisch ausblutet. Aber in keinem Lande der Welt besitzen die Tabus eine solche Macht über die Seelen wie in Deutschland. Das beweist die deutsche Geschichte der letzten fünfzig Jahre, und darin wurzelt die Furcht unserer Nachbarvölker vor den deutschen Imponderabilien. Am schlimmsten ist das Tabu der Kommunistenangst, das jede doch so notwendige Einschätzung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion vernebelt, das wie eine Gewitterwolke seit vierzig Jahren über uns droht und sich ständig verdichtet, anstatt sich allmählich aufzulösen. Aus tausend Quellen wird diese Angst genährt, und jeder kleine Anlaß dient dazu, sie zur Panik steigern. Das kommunistische Gespenst ist allgegenwärtig, man sucht es hinter jedem Attentat und hinter jeder Krise, man sieht es personifiziert in jedem, der ein kritisches oder ein versöhnendes Wort wagt. Wer nicht für Adenauer ist, der kann nur ein Handlanger Moskaus sein. Wer nicht lieber tot als rot sein möchte, der gilt als schlechter Christ. Wer die Atomgefahr bekämpft, der besorgt bereits die Geschäfte des Kreml. Diese Bolschewistenangst ist so groß, daß ihr gegenüber jede andere Gefahr als Kinderspiel erscheint, selbst der Bruderkrieg und die totale atomare Katastrophe. Diese Angst befriedigt sich bei jeder Provokation, bei den Hetzreden der Generale und Nato-Propagandisten, bei den Feindflügen des amerikanischen Strategischen Luftkommandos, bei den Hochflügen durch die Luftkorridore, bei den Raketenbasen in Großstädten und hart an der Zonengrenze. Es genügte, daß Chrustschow als Termin für den Abschluß eines neuen Berlin-Abkommens eine Sechsmonatsfrist nannte, und schon starrten Millionen wie gebannt auf den 27. Mai. Und wieder genügte die Ignorierung dieses Datums, um die Leute in Siegestaumel zu versetzen: Da seht Ihr es, so sagten sie, sie haben es nicht gewagt, weil wir stark geblieben sind. Konferenzen mit den Sowjets erscheinen diesen Leuten nicht als Verhandlungen, sondern als Entscheidungen über Sieg und Niederlage. Kompromisse sind für sie nicht

selbstverständliche Verhandlungsmittel, sondern Aufweichungserscheinungen. Jede Initiative, jeder schöpferische Vorschlag, der der Entspannung dienen soll, wird diffamiert und erstickt, denn Entspannung bedeutet ja Kapitulation vor dem Weltbolschewismus.

Es ist nicht leicht, hinter der gegenwärtigen Bonner Außenpolitik noch eine zusammenhängende politische Konzeption zu sehen. Nachdem sich die Voraussetzungen grundlegend gewandelt haben, sind ja auch die alten Ziele fragwürdig geworden, und so schweben viele Argumente wesenlos im Raum. Es ist daher kein Zufall, daß die Bundesregierung seit langem einer außenpolitischen Grundsatzdebatte aus dem Wege gegangen ist, sogar vor der Genfer Konferenz. Es ist kein Zufall, daß die Genfer Erklärungen des deutschen Delegationsleiters sich vorwiegend in der Polemik erschöpften, aber keine klaren Gegenvorschläge entwickelten. Um zu erfahren, wie man heute im Lager der Politik der Stärke denkt, müssen wir schon auf die politischen Reden und Aufsätze achten, die in letzter Zeit aus Kreisen der CDU gekommen sind. Vor mir liegt ein Aufsatz aus der „Deutschen Tagespost", einer der Wortführerinnen dieser Politik, ein Aufsatz aus der Feder von Dr. Emil Franzel vom 15. 5. 1959 über die neuen Aufgaben der CDU/CSU. Der Aufsatz gipfelt in folgenden Feststellungen: „Die CDU/CSU wird sich mit einer völlig veränderten außenpolitischen Lage auseinandersetzen müssen. Zwei Wege öffnen sich ihr. Sie kann den Gerstenmaier-Nellen-Kurs wählen, der sie zum geistigen und politischen Untermieter und Hintersassen Wehners machen würde. Auf diesem Wege wäre das Erbe Adenauers im Nu vertan. Der andere Weg — engste Zusammenarbeit mit Frankreich und den konservativen Kräften Europas, Vertagen der endgültigen Entscheidungen im Osten, Wahrung unserer Rechtsansprüche, geduldiges Abwarten einer Lage, in der sich im Osten durch rasche Entschlüsse Großes erreichen läßt — sei es mit den um Freiheit ringenden Satelliten, sei es mit einem in Bewegung geratenen Rußland, — führt über die oben beschriebene Sammlung und Integration der europäischen Mitte und der nationalen Rechten. Sie muß möglich sein, weil ihre Basis durchaus real ist. Nationale Politik ist nur als europäische Politik möglich; europäische Politik wird bald nur noch möglich sein, wenn Deutschland von national-konservativen Kräften geführt wird, andernfalls ist beides Illusion. Siegt in Frankreich die Volksfront, die ja noch immer hofft, der Erbe de Gaulles zu werden, dann erbt Wehner Deutschland, gewinnt Wehner Deutschland, dann folgt auf de Gaulle früher oder später Mendès-Moscou. Dieser geschichtlichen Aspekte muß sich die Union bewußt werden. An dieser Stelle wurde vor kurzem der Ausspruch von Franz-Josef Strauß zitiert, der Buchstabe S sei noch nicht dran. Die Gefahr für die Union und für Deutschland liegt darin, daß wir auf dem Weg durch das Alphabet noch vor dem S hängen bleiben. Dort aber liegt alle Hoffnung darauf, daß Adenauers Vermächtnis auch nach weiteren zehn Jahren noch geschichtsmäßig bleibt."

Hier finden wir bemerkenswert deutlich ausgesprochen, was man in Gesprächen mit Vertretern der abendländischen Konzeption seit langem hören kann. Hier ist die Entwicklung aufgezeigt, wie sie sich in den Köpfen dieser Kreise malt. Hier wird nicht geleugnet, daß die frühen Blütenträume einer Politik der Stärke nicht gereift sind. Aber was bisher nicht gelang, kann — so hofft man — in 10 oder 20 Jahren Wirklichkeit werden. Bereit sein ist alles. Es heißt also, sich militärisch und politisch vorbereiten auf die Stunde X, die einmal kommen muß. Bis dahin gilt es, sich alle Wege freizuhalten, auf Zeitgewinn zu arbeiten, keine Bindungen einzugehen, die im entscheidenden Augenblick das Handeln erschweren könnten. Wenn schon die bestehenden Machtverhältnisse keine drastische Änderung erlauben, so kommt es darauf an, wenigstens den Status quo festzu-

halten einschließlich seiner Anomalien und Risiken, die sich eines Tages praktisch auswerten lassen. Also keine Lösungen anstreben, nicht einmal vorläufige, keine Konsolidierung und keine Kompromisse akzeptieren, damit die Unruhe weiter wirken kann. Alles muß für die Stunde der Entscheidung vorbereitet sein: die Waffen, die Geister, die Bundesgenossen. Das strategische Planspiel muß alle Möglichkeiten und Konstellationen genau berechnet haben. Nur soll es einmal gelingen: Die endgültige Niederwerfung des Bolschewismus, die Wiederherstellung der alten deutschen Grenzen und die Befreiung der Ostvölker unter deutscher Führung; schließlich in Gemeinschaft mit den anderen „freien" Völkern die Aufrichtung des christlich-abendländischen Großraumes unter deutsch-französischer Führung.

Diesem Plan ist eine gewisse Kühnheit nicht abzusprechen. Er scheint sogar realistisch. Erst bei näherem Zuschauen stellt sich heraus, daß der Plan aus einer Kette von Fiktionen zusammengesetzt ist, die sämtlich auf Fehlschlüssen beruhen. Der verhängnisvollste Fehlschluß, den man im Westen schon seit vierzig Jahren immer wieder begeht, ist die Erwartung, daß das kommunistische Regime bald zusammenbrechen wird — weil es zusammenbrechen m u ß. In Wahrheit ist es ständig stärker geworden, hat sich die Zahl und die Kraft seiner Bundesgenossen ständig vermehrt. Richtig ist, daß das Sowjetregime wie alles Geschichtliche sich in einer ständigen Umbildung befindet, am stärksten seit dem Tode S t a l i n s. Seitdem setzte eine Milderung der diktatorischen Herrschaftsformen ein. Weit entfernt, das Regime zu gefährden, sind diese Wandlungen eher geeignet, es zu stärken. Politische Prophetien sind immer unbeweisbar, und die Möglichkeit eines sowjetischen Umsturzes darf ebenso wenig ausgeschlossen werden wie der Umsturz irgendeines Regimes in der Welt. Aber alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß dieses Regime sich weiter stabilisiert, auf je breiterer Basis seine Herrschaft steht, je mehr sich die von ihm vertretenen Tendenzen rund um den Erdball ausbreiten. Alle Politik ist Wahrscheinlichkeitsrechnung, wenn sie realistisch sein will. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die ganze abendländische Konzeption von einem Fehlschluß ausgeht, den ein vages Wunschdenken geschaffen hat.

Ebenso widerspricht es aller geschichtlichen Erfahrung, daß die Kräfte des christlich-abendländischen Raumes stärker werden, als sie heute sind. Die Jahre nach 1945 haben als Reaktion auf die heidnisch-totalitären Regime einen Gipfelpunkt christlich-demokratischer Staatsgestaltung gebracht, ohne daß diese stark genug war, in die globale Machtentwicklung maßgebend einzugreifen. Die Kräfte des Kolonialismus, der Reaktion, des Militarismus und der Schwerindustrie, wie sie u. a. in Frankreich unter de Gaulle ans Ruder kamen, finden keine Unterstützung in den allgemeinen geistigen Tendenzen unserer Epoche. Es sind typische Re-Aktionen, eng gebunden an Persönlichkeiten. Im Zeitalter der beiden Weltkriege sind alle westeuropäischen Großmächte auf den Rang von Mittelstaaten zurückgesunken, nur England hat, gestützt auf überseeische Rückhalte, sich neben den Weltmächten USA und Sowjetunion global behaupten können. Die kommende Entwicklung wird im Zeichen des weiteren Aufstiegs der farbigen Völker stehen, vor allem Chinas und Indiens, die schon heute zwei Fünftel der Weltbevölkerung beherbergen. In etwa 20 Jahren wird bei Fortsetzung der bisherigen unfruchtbaren Politik der Re-Aktionen Europa auch politisch nur noch ein Anhängsel des Eurasiatischen Raumes sein, über das Entscheidungen von den Weltmächten oder im Schoße der Vereinten Nationen getroffen werden. Die Konzeption der Abendländer, wie wir sie eben schilderten, lebt von der Vorstellung, daß Europa noch im Herzen der Welt läge.

Aufhorchen läßt der Hinweis, daß in 10 Jahren die Stunde von Leuten wie Franz-Josef Strauß gekommen sei, um das Erbe Adenauers zu vollziehen. Hier

zeigt es sich, daß hinter den Vorstellungen der Abendländer machtpolitische Konzeptionen stehen und die Entschlossenheit, in der richtigen Stunde, nötigenfalls mit Gewalt, das Schicksal zu meistern. In diesem Sinne waren die Aufstände vom 17. Juni 1953 oder der Oktoberaufstand in Ungarn von 1956 in der Tat verfrüht. Aber könnte es nicht sein, daß im Zeitpunkt sowjetischer Diadochen-Kämpfe eine solche Erhebung Erfolg hat und der Raum zwischen Reval und Tschernowitz in Bewegung gerät? Auch das sind Überlegungen einer überholten Epoche, denn im Zeichen des atomaren Gleichgewichts des Schreckens werden Territorien nicht mehr durch Volksaufstände gewonnen oder verloren. Liegt hier der Schlüssel dafür, daß man auch in der Bundesrepublik Anteil an den modernen Massenvernichtungsmitteln haben möchte, daß man den militärischen Entspannungsmöglichkeiten aus dem Wege geht? Erklären sich hieraus die Theorien von der Verteidigung durch Präventivmaßnahmen, von der begrenzten atomaren Abschreckung auf das Risiko des großen Atomkrieges hin, von der Transponierung der alten vaterländischen Ideale auf ein christlich-abendländisches Söldnertum? Was hier geplant wird, scheint ein sehr nüchterner und realer Kalkül der Macht zu sein. In Wahrheit handelt es sich um eine Form des politischen Adventismus, dessen Bedeutung nur in seiner ungeheuren Gefährlichkeit liegt.

Eine solche Konzeption führt notwendigerweise zur Abstinenz gegenüber allen internationalen Entscheidungen. Sie bedeutet, wie die Dinge heute liegen, eine Isolierung gegenüber allen geschichtlichen Entwicklungen. Wer die Realitäten des Heute ignoriert und nur seine Träume von übermorgen ernst nimmt, der wird aus dem Spiel geworfen, das ohne ihn weiter geht. Wenn Bonn noch mitreden will, hat es nur die Wahl, sich an die neuen internationalen Spielregeln zu halten oder zu versuchen, sich mit massiven Mitteln bemerkbar zu machen. Die Genfer Spielregeln sind von deutscher Seite mißachtet worden. Es ist damit zu rechnen, daß man über unsere Forderungen zur Tagesordnung übergeht.

Prof. Gerhard Gollwitzer

Unsere Verantwortung für die Politik

„An die Gebildeten unter ihren Verächtern"

„Nun singen sie wieder ..." Im Jahre 1947 — wir haben jene Jahre der Ruinen, des Hungers, des Schwarzhandels, aber auch der Besinnung, des neuen Aufbruchs, des sich Findens derer, die guten Willens zu Revision und Neubeginn waren, fast vergessen! — in jenem Jahre saß ich mit meiner Schwester in einem der notdürftig wiederhergestellten Züge, und wir sprachen über die Zukunft. Sie sagte: „Kannst du dir vorstellen, daß solch ein Wahnsinn noch einmal möglich sein wird? Jetzt sind die Menschen doch sicher geheilt von dem Irrtum, durch Gewalt, durch Krieg seien politische Probleme zu lösen!" Ich erwiderte: „Ich fürchte Nein! Warte nur ab. Wenn es wieder soweit ist, wird man wieder Schlagworte und Parolen finden, unüberbrückbare Gegensätze, wird wieder rüsten und wieder an die untersten Instinkte appellieren, um Rüstzeug zu begründen und die Menschen dafür zu begeistern."

Wieviele Worte sprechen wir und sie entfallen uns — dies Gespräch ist mir im Gedächtnis geblieben, und wie oft mußte ich seither daran denken. „Nun singen

sie wieder ...", nun hetzen sie wieder, nun treiben sie wieder, nun begründen sie wieder, nun sind wir wieder soweit! Was habe ich in dieser Richtung schon alles in meinem kurzen Leben gehört: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen", „Gott strafe England", „Rottet die polnischen Untermenschen aus", „Juda verrecke", „Radiert die englischen Städte, radiert Rußland aus". Und heute wird wieder ein Gegensatz an die Propagandawand gemalt und ideologisch, ja religiös aufgepumpt wie in den finstersten Zeiten der katholisch-protestantischen Glaubenskämpfe. Der damalige kalte Krieg endete mit der schauerlichen Zerstörung durch den Dreißigjährigen Krieg, der diesmalige wird mit einer Zerstörung enden, die die damalige weit in den Schatten stellen wird, wenn alle Versuche scheitern, den diesmaligen „westfälischen Friedensschluß" vor dem diesmaligen „dreißigjährigen Krieg" zu veranstalten. Aber der diesmalige Gegensatz sei noch viel tiefer, viel unüberbrückbarer als der damalige, so wird geantwortet. Wirklich? Man lese einmal nach, was die damaligen Partner voneinander dachten! Dieser Tage kam mir ein alter Kupferstich in die Hand, auf dem dargestellt und durch die Unterschrift bekräftigt war, wie „der gottgesandte schwedische Löwe die christliche Kirche vor dem zerstörenden Schnauben des gottlosen römischen antichristlichen Drachen schützt". Habemus Antichristum, habemus iniquum hominum bonae voluntatis, wir haben „das Böse an sich", das bekämpft und ausgerottet werden muß — wir haben es gefunden, nicht in uns, nicht bei uns, sondern da drüben. Auf zum Kreuzzug! „Auch wenn infolge der Ausübung der Treueverpflichtung zur göttlichen Ordnung die Welt unterginge, so wäre das kein Argument (gegen einen atomaren Krieg)", sagte der römische Pater Gundlach S. J. Das Eisenbahngespräch 1947 — es ist wieder soweit!!

Die Menschenwelt ist heute wie nie zuvor in zwei Lager aufgespalten, von denen jedes das andere als die leibhaftige Falschheit und sich selber als die leibhaftige Wahrheit versteht. Wer sich ausnimmt, wird von beiden Seiten verdächtigt oder verlacht. Eine schrankenlose Simplifikation hat an der Ausbildung eines existentiellen Mißtrauens entscheidend mitgewirkt (Buber). Wir haben erlebt, wie Werte zu Schlagworten entarteten: „Gemeinnutz vor Eigennutz", „Vaterland" ...; es wäre wohl lohnend, unsere heutigen Schlagworte unter die Lupe zu nehmen: „Freiheit", „die freie Welt". Unter die begriffsklärende Lupe: Freiheit wozu? Unterschied von Freiheit und Libertinismus? Unter die Lupe der Selbsterkenntnis: wie „frei" sind denn die Menschen in unserer technisierten, bürokratisierten, rationalisierten, verzweckten, kapitalistischen Welt? Wieviele sind wirklich „frei" und wieweit? Erzieht unsere Schule zum freien, selbständigen Denken? Unter die politische Lupe: Geht es denn in allen Ländern der „freien" Welt so vorbildlich frei und demokratisch zu? Verhandlungen mit der DDR werden abgelehnt, weil dort „die Regierung nicht frei vom Volk gewählt" ist. Aber die Spaniens, Portugals, Pakistans? Aber die des Libanon, die Jordaniens, für deren Stützung der Westen einen Krieg riskierte? Man tritt für freie Wahlen ein, wenn man sich daraus einen Machtzuwachs erhofft, in Deutschland, und verhindert sie im gleichen Atemzug, wenn man das Gegenteil befürchtet, in Vietnam.

Es wäre weiterhin lohnend, unsere Welteinteilung unter dem Gesichtspunkt Bubers zu prüfen: „In solchem Stand der Dinge ist der Mensch mehr und mehr geneigt, sein eigenes Prinzip in dessen ursprünglicher Reinheit, das gegnerische hingegen in dessen gegenwärtiger Deteriorierung zu sehen, zumal wenn die Gewalten der Propaganda seine Instinkte bekräftigen!" In solchem Stand der Dinge sieht man hüben das eigene Prinzip der „Freiheit" in dessen ursprünglicher Reinheit, als Freiheit zur vernünftigen Entscheidung, zum Wagnis, zum echten mensch-

lichen Handeln in Nächstenliebe, Gemeinschaft und Dienst am anderen, das gegnerische, das des Sozialismus, hingegen in dessen Entartung zum Kollektivismus, zur Zwangsherrschaft. In solchem Stand der Dinge sieht man drüben das eigene Prinzip in dessen Reinheit, als sozialistische Gemeinschaft, Dienst aller für alle, Mitbeteiligung aller am Gewinn, das gegnerische aber in dessen Entartung zum schrankenlosen Individualismus, zur Ausbeutung vieler durch wenige. Max B o r n erzählte, man habe bei der Pugwashkonferenz in Kitzbühel nach anfänglich unerquicklichen, durch gegenseitige Anschwärzung getrübten Diskussionen sich dahin geeinigt, daß jeder nur seine eigene Seite kritisieren dürfe, und von Stund an sei man fruchtbar vorangekommen bis zu jener Resolution, die das bedeutsamste Ereignis der letzten Jahre darstellt. Wie wäre es mit der Anwendung dieses Rezepts bei unseren politischen Gesprächen? Wie sehr könnte es uns dazu helfen, die Scheuklappen abzulegen, wie sehr dazu, unsere „freie" Welt zur freien zu machen und gleichzeitig zur sozialen, zu welchem Einsatz könnte das unsere Jugend beflügeln, und wie sehr könnten die Erfolge unsere Angst vermindern und uns davon ablenken, die Verteidigung unserer Art zu leben nur in astronomisch gesteigerter Atomrüstung zu suchen. Und wie wäre es mit einer westlichen Selbstprüfung in Bezug auf „Atheismus" und „Materialismus", die doch seit dem 18. Jahrhundert unsere Universitäten und akademischen Zirkel zu beherrschen begannen und sich zuletzt in der Entwicklung der Atomwaffe offenbarten.

Der englische Historiker T o y n b e e nannte den Kommunismus eine westliche Waffe, eine Kombination von westlicher Technik und einer westlich-religiösen Ketzerei, er sei die Kritik des Westens, das christliche Prinzip durchzuführen. Hoffen die jetzigen Jünger Jesu vielleicht von ihrem Meister eine andere Antwort zu erhalten auf ihre Vorbereitungen dazu, „daß Feuer vom Himmel falle und verzehre sie", die Ihn nicht aufnehmen wollen, als seine damaligen Jünger: „Wißt ihr nicht, welchen Geistes Kinder ihr seid"? (Luk. 9, 55.) Weiter: wäre es nicht lohnend, sich die beiden Lager einmal von außen anzusehen, denn es gibt noch ein solches Außen, einen Teil der Menschenwelt, der zu keinem der Lager gehört und dem beide gleich verdächtig sind, weil von weitem gesehen ihre uns nicht sichtbare Verwandtschaft erscheint. So sagte der Präsident Indonesiens, S u k a r n o: „Der Westen befindet sich in einer moralischen Krise. Es steht heute außer Frage, daß der Westen Asien moralische Führerschaft nicht geben kann. Seine moralische Führung hat für uns zuerst Kolonialismus bedeutet und jetzt den philosophischen, politischen und sozialen Bankrott eines Wettrennens um Atomwaffen. Als Mann, Vater, Asiate und Mensch, der nach dem Ebenbilde Gottes geschaffen ist, bin ich entsetzt über den Zynismus derjenigen, die atomare Waffen handhaben. Der Westen verursacht immer neue Risse innerhalb der Menschheit; er verliert auch die Schlacht um die Herzen und Seelen der Menschen." „Der Westen": damit meint Sukarno beide Lager, also das, was wir „Westen" und was wir „Osten" nennen! Oder N e h r u: „Es gibt trotz der offenkundigen Unterschiede eine erstaunliche Ähnlichkeit zwischen diesen beiden Super-Mächten. Beide glauben an die stets wachsende Macht der Maschine ..." Und er stellt Indien die Aufgabe, die zu lösen, von ihm aus gesehen, den beiden gegnerischen Lagern nicht gelungen ist: „Können wir den Fortschritt der Wissenschaft und Technik mit dem Fortschritt des Herzens und Geistes in Einklang bringen? Wird unser Volk, nachdem es durch industriellen Fortschritt Macht gewonnen hat, sich selbst verlieren auf der Suche nach persönlichem Wohlstand und einem bequemeren Leben? So wollen wir denn (im Gegensatz zu jenen beiden) unseren Weg zu industriellem Fortschritt mit all unserer Kraft beschreiten und gleichzeitig daran denken, daß materieller Reichtum ohne Toleranz und Weisheit

zu Schutt und Asche werden kann." (Siehe die große, lesenswerte Rede „Indien heute und morgen" im Bulletin der Indischen Botschaft Bonn, März 1959, Bonn, Koblenzer Str. 262.) Und endlich wäre es lohnend für viele von der Propaganda Eingesponnene, sich des öfteren das Schicksal derer in der „freien" Welt zu vergegenwärtigen, die es wagen, frei und selbständig über die Weltlage nachzusinnen, die den politischen Verpflichtungen eines demokratischen Staatsbürgers nachkommen, nämlich politisch mitzudenken und sich zu äußern, auch wenn sie zu anderen Resultaten kommen als die derzeitige Regierung: sie werden als „Landesverräter", „Staatsfeinde", „osthörig", „potentielle Kriegsverbrecher", „Aufweicher der Einheitsfront" usw. verfemt.

Es ist ein fundamentaler Unterschied zwischen einem Gerüstetsein und Vorbereitetsein auf Gefahren und einem Verhalten, das diese Gefahren erhöht (Nehru). Jaspers hat im Schlußkapitel seines bekannten Buches die Grundzüge einer „neuen Politik" herausgestellt, leider ohne im Buch die praktischen Folgerungen daraus zu ziehen. Max Born hat es deshalb ein „im Grunde schreckliches Buch" genannt, da es „zwar die veränderte Situation klar beschreibt, aber dann ganz und gar in politisch-moralischen Begriffen befangen bleibt, die vergangenen Zeiten entstammen und uns aus den heutigen Schwierigkeiten nicht heraushelfen können". Zu diesen veralteten Begriffen gehört das bisherige fast ausschließlich vom Militärischen beherrschte politische Denken, das alte Freund-Feind-Denken, die Alternativen „Rot oder tot", „Bolschewisierung oder hermetische Teilung der Welt in zwei Hälften mit gigantischer Rüstung".

Es wäre wirklich interessant, einmal die Ideen der Strategen des kalten Krieges kennenzulernen für ein Zusammenleben der Menschheit, falls es nicht zum Krieg kommen sollte. Sie beteuern zwar alle, sie wollten keinen Krieg, bewilligen aber doch fast ausschließlich Mittel zur Vorbereitung einer kriegerischen Auseinandersetzung und geben nur Almosen für die Vorbereitung einer friedlichen. Man vergleiche nur den Etat für Rüstung mit dem für Erziehung oder mit dem für die Unterstützung der technisch unterentwickelten Völker. Aber die Russen sind doch erwiesenermaßen expansiv! Selbst kluge Köpfe versäumen es leider, den politischen, wirtschaftlichen und weltanschaulichen Expansionsdrang der Russen, der allerdings dem des christlichen Abendlands nicht nachsteht, zu unterscheiden vom militärischen, der kaum zu beweisen ist. Ja, man hat den Eindruck, sie bemühen sich um die Vernebelung dieses Unterschiedes, da sich sonst das einzige außenpolitische Konzept verflüchtigt und die Phantasiearmut und geistige Schwäche zutage tritt. Die Frage, auf die das Denken zu richten wäre, heißt: Wie ist die Form des Miteinanderlebens der Menschheit, wenn der heiße Krieg nicht ausbricht? Aber schon das Aussprechen der Worte Koexistenz, friedlicher Wettstreit, schon die ernste Beschäftigung mit Vorschlägen für eine Politik der Entspannung wie den Rapackiplan trägt einem schlechte Zensuren ein. Schon der Rat, gedankenlos weitergetragene Parolen wie die von der militärischen Aggressionswut der Russen und ihrer chronischen Vertragsuntreue auch nur zu prüfen, wird als bolschewistische Infiltrierung, als Aufweichung usw. verdächtigt, geschweige denn befolgt, und dies in einem Land, das die größten Balken der kriegerischen Aggression, an der sich doch das ganze Volk mit Ausnahme ganz weniger Kriegsdienstverweigerer beteiligte, und der Vertragsbrüche jüngsten Datums in seinem eigenen Auge finden könnte.

Jeglicher ließ von der Trägheit des Herzens sich willig verführen, Jeglicher dachte: „Was tutes . . . An mich wird das Schicksal nicht rühren. Ja vielleicht ist's ein Vorteil . . . Das Schicksal läßt mit sich reden . . . Bis das Schicksal zu

reden begann, ja zu reden mit einem jeden. Bis der Dämon, gemästet, von unserem Blute geschwellt, brüllend über die Grenzen hervorbrach, hinein in die Welt (Bergengruen „An die Völker der Erde, 1945). Wer soll denn die neuen Ideen finden, nähren und verbreiten, wenn nicht die „Gebildeten", das heißt die Menschen, die sich dem Geiste verpflichtet fühlen und deren Horizont über ihre vier Wände hinausreicht, wenn nicht die „Christen", die vom Vater aller, ja aller Menschen wissen? Dankbar darf man Silberstreifen am Horizont bemerken: In beiden Kirchen hat es sich nach 1945 geregt, und manche Regung ist lebendig geblieben, und seit 1950 ist eine überraschende Opposition aus den Kreisen der geistig Schaffenden erstanden, für die früher „politisch Lied ein garstig Lied" war. Aber noch sind die meisten von der Trägheit des Herzens willig verführt und hoffen, an sie werde diesmal das Schicksal nicht rühren, wenn nur genug Wasserstoffbomben bereitlägen. Noch rezitieren die Lehrer: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut", ohne ihren Geschichtsunterricht grundsätzlich zu revidieren und den Kindern die Beispiele hilfreicher und guter Politiker wie das des edlen indischen Kaisers Ashoba und vieler anderer mit ins Leben zu geben. Noch predigen die Pfarrer: „Gott der Herr ist Sonne und Schild, wohl dem, der auf ihn traut!", ohne ihren Gläubigen selbst das Beispiel von Menschen und Institutionen zu geben, die wirklich auf Ihn und nicht auf die amerikanischen Superwaffen bauen. Noch erzieht der Vater den Sohn dazu, sich das Axiom des Handelns nicht von anderen aufzwingen zu lassen, und unterstützt doch die Politiker, die alles Falsche und Schlechte dadurch begründen, daß man es eben mitmachen müsse, weil die anderen so schlecht seien. Und doch liegt heute die einzig rettende Alternative zum überlebten militaristischen Denken gerade darin, endlich alle diese Grundsätze von der Kinderstube, Schule, Kirche in den politischen Alltag, vom Sonntag in den Werktag zu übertragen. Ernster und dringlicher als je zuvor sind die „Gebildeten" und die „Christen" heute dazu aufgerufen, ihre Schizophrenie zu heilen, öffentlich ernst zu machen mit dem, was sie privatim denken und sagen, überall und immer nach dem zu leben, was sie als angeblich „höchste Werte" weitergeben, nach neuen, zeitgemäßen Formen des Zusammenlebens zu suchen. Aber die Gebildeten und die Kirchen gehen freiwillig ins Ghetto! Sie, deren Wissen und Können, deren Erfindungskraft, deren Verpflichtung zum Geist so dringend gebraucht werden, plätschern höchstens ein wenig in den Uferwellen einer neuen Politik und überlassen die Direktiven phantasiearmen politischen Abenteurern, verlassen sich für den Ernstfall auf die alten, zwar nicht bewährten, aber gewohnten Mittel. Die „Christen" müssen sich deshalb von den „Heiden" beschämen lassen, die unter Gandhis und Nehrus Führung mutig den neuen Weg beschritten haben, die „geistig hochstehenden" Europäer müssen sich von „unterentwickelten" Völkern in den Schatten stellen lassen. Wir sollten ihnen doch wenigstens folgen, wenn wir schon zu vergreist, müde und feige sind, selbst Initiativen zu ergreifen. „Nirgendwo glaubt man so inbrünstig wie in Deutschland (und in der ganzen „christlichen" Welt) an den Krieg als vornehmstes politisches Mittel" (Carl von Ossietzky) und spricht dann, wenn er ausgebrochen ist, von „Schicksal", „Unglück", von einer über die unschuldigen Menschlein hereinbrechenden „Naturkatastrophe" statt von Schuld. Das Gegenstück dazu leistete sich (laut AP-Meldung vom 4. 5.) die Deutsche Liga für Menschenrechte: sie erklärte, „eine Armee, also auch die der Bundesrepublik, muß mit den denkbar besten Waffen ausgerüstet werden, auch wenn sie nuklearer Natur sind. Die Schöpfung hat ihren Geschöpfen der jeweiligen Eigenart entsprechend die besten Waffen mitgegeben, weil es die Schöpfung ernst mit der Verteidigung von Leben und Art meint". Damit dürfte der Höhepunkt erklommen sein: die H-Bombe eine Verteidigungswaffe der Spezies homo sapiens gegen wen? Der Krieg eine Naturkatastrophe,

die H-Bombe ein Geschenk des Schöpfers! Leider vergaßen diese leichtfertigen Argumentierer, sich zu fragen, welcher Naturwaffe — wenn dem so wäre — die H-Bombe entspräche: der Klaue des Löwen oder dem selbstmörderischen Stachel der Biene? — Ossietzky fährt fort: „Nirgendwo setzt man Friedensliebe so gedankenlos persönlicher Feigheit gleich!" Während doch zum entschlossenen Eintreten für die neue Politik, Politik der Gewaltlosigkeit, und zum politischen Umdenken weit mehr Mut gehört als zum gedankenlosen Mitschlendern in den ausgetretenen Geleisen. „Umdenken", das wäre die Aufgabe der Gebildeten, denn ehe die neue Politik Wirklichkeit werden kann, ehe die Praktiker sie in die Praxis umsetzen können, muß sie durchdacht sein. „Ohne Umdenken ist kein Ausweg aus der Gefahr möglich. Mit den überkommenen Begriffen werden wir mit dieser Lage nicht fertig werden" (Max Born). „Ich meine, man sollte versuchen, umzudenken und die alten Gleise zu verlassen. Das wird nicht möglich sein, wenn die Welt dauernd Partei ergreift und von Krieg spricht" (Nehru).

Zu diesem Umdenken gehört heute nicht einmal in erster Linie schöpferische Phantasie, sondern Hellhörigkeit, denn allerorten bricht das Neue schon aus dem Boden. Wenn endlich ein „echtes Gespräch zwischen den beiden Lagern beginnen soll", dann müssen die, die es beginnen, „das apriorische Mißtrauen in sich überwinden. Und selbstverständlich werden es nicht Menschen sein, die lediglich in ihrem eigenen Namen sprechen; hinter ihnen wird die unorganisierte Schar derjenigen zu ahnen sein, die sich dadurch vertreten fühlen. Diese Vertretung und Vertreterschaft ist nicht in den Zwecken der Stunde gefangen, sondern mit der freien Weltsicht dessen begabt, dem die Ungeborenen entgegenrufen. Ihr Erfolg wird von den Vertretenen, von ihrer rückhaltlosen Ehrlichkeit, ihrem phrasenfeindlichen guten Willen, dem mutigen Einsatz ihrer Person abhängen; von da allein kann auf Erden den Vertretern die Kraft zukommen, derer sie bedürfen" (Buber). Siehe da, unsere Aufgabe!

Was einem Menschen nicht in seinen Kram hineinpaßt, das bezweifelt oder vergißt er. Was hineinpaßt, behandelt er leichtgläubig und behält es im Gedächtnis (Karl Förster). Ein Schlußwort über die Mitarbeit in der Politik „an die Gebildeten unter ihren Verächtern": A. Sie sollten dank ihrer Bildung fähig sein, Försters Satz zu beherzigen, nicht voluntaristisch, sondern klar zu denken, sich mit kaltem Kopf und heißem Herzen und nicht mit heißem Kopf und kaltem Herzen in den politischen Raum zu begeben. Am Anfang steht Selbstprüfung, Prüfung der sie umschwirrenden Phrasen. Beispiele: „Die Russen zwingen uns zu den Atombomben" — dabei wurden doch umgekehrt die Russen durch uns, angefangen bei der V 2 der Nazis und dann durch die entwickelten und abgeworfenen Atombomben der Amerikaner zu deren Entwicklung gezwungen. Oder: „Nach 1945 haben die USA ab-, die Russen aber aufgerüstet", wobei nur vergessen wird, daß die USA den schwer angeschlagenen Russen in Hiroshima unübersehbar demonstriert haben, was sie besaßen, was sie nicht abrüsteten und mit was man zu rechnen habe, denn das allein konnte doch der Grund für den Abwurf auf das kapitulationsreife Japan gewesen sein. Nebenbei gesagt: 1945! Für wieviele Deutsche beginnt die neue Geschichte mit diesem Jahr, sie bemühen sich, zu vergessen, was wir seit 1933, 1939 angezettelt haben; für wie wenige beginnt sie im richtigen Sinn mit diesem Jahr, in dem die alte Politik unter den Hiroshimabomben endgültig begraben wurde. Oder: „Die Russen haben das Genfer Abkommen gebrochen" — die Entlarvung dieser Wunschtraum-Fälschung durch James P. Warburg im amerikanischen Senat ist nachzulesen in Heft 7/1958 dieser Blätter, und sie trug ihm nicht den Ruf der Russophobie ein, der hierzulande sofort gefolgt wäre, ja, er konnte es sich leisten, im selben Atemzug zu bezweifeln, daß die Russen jemals die Absicht hatten, in Westeuropa einzufallen." Oder: „Das

ewige russische Njet" — Paul S e t h e hat demgegenüber (in der „Welt") dargelegt: „Sollten wir alle die Namen und alle die Vorschläge noch einmal aufzählen, zu denen aus Washington und London, aus Bonn und Paris immer nur das Njet zu hören war? In diesem monotonen Nein ist alle konstruktive Phantasie erstickt. Ob man aus diesem Teufelskreis der Selbstbeschränkung herauskommen wird?" Oder: „Die Russen sind schuld an der Zerstückelung Deutschlands" — stellt man dann die Tatsachen richtig (siehe z. B. Wolf S c h e n k e in „Neue Politik"), dann wird kühn fortgefahren: „Sie wollten eben ganz Deutschland in ihre Klauen kriegen." Mit dieser Gassenbubenlogik hat man freilich immer recht und braucht sich in seinem von einer einzigen Idee besessenen Gehirn um keine andere bemühen. Pfui über Herrn Toynbees Frechheit: Der alte „Erzangreifer", der christliche Westen, bemitleidet sich heute als armes, in die Defensive gedrängtes Hascherl.

Endlich: es wäre entnebelnd und nicht zuviel verlangt von einem „Gebildeten", wenn er das in der Justiz, Wissenschaft, Erziehung geübte „Audiatur et altera pars" auch bei der Zeitungslektüre üben würde. Er übertrage z. B. einmal einen üblichen Text in die Zweistimmigkeit, dann lautet er — wir überlassen es dem Leser, die Herkunft des Originals zu enträtseln —: „... Zweifellos werden die Herren des Weißen Hauses / des Kremls unsere Nerven nach dem Rezept attakkieren, das bekannt ist: wenn die Amerikaner / die Sowjets intervenieren, tun sie das mit dem Recht zur Verteidigung der Freiheit / des Sozialismus und um die freien Völker / die Massen des arbeitenden Volkes vor dem Terror der Bolschewisten / der Imperialisten zu schützen. Wenn sich hingegen eine der ohnehin zögernden östlichen / westlichen Demokratien einmal zu einer Aktion genötigt sieht, versäumt die westliche / sowjetische Demagogie keinen Augenblick, flammende Proteste gegen einen Völkerrechtsbruch der Monopolsozialisten / Monopolkapitalisten von Stapel zu lassen. Vielleicht leiten die Westmächte / die Sowjets ihre moralische Qualifikation zu derartigen Verurteilungen aus der blutigen Unterdrückung des algerischen / ungarischen Freiheitskampfes ab ..." usw.

B. Um aus dieser vagen Stimmungsduselei heraus zu kommen, müßte man sich objektiv i n f o r m i e r e n und sich eine eigene Meinung bilden. Was kürzlich in einem Kreis von Gebildeten passierte, ist aber die Regel: man war zusammengekommen, um über die Atomfragen und den Rapackiplan zu sprechen, und es stellte sich heraus, daß kaum zwei den Wortlaut des Planes, den der Schweitzer-Reden, den der Pugwashkonferenz-Erklärung kannten, obwohl die Göttinger in ihrer 2. Erklärung auf diese doch so dringend hingewiesen hatten. Oder die allgemeine Entrüstung über die „vom Osten infiltrierte" unerhörte Resolution des Berliner Studentenkongresses im Januar: Keiner der Entrüsteten hatte sich über den Verlauf der absolut korrekten, demokratischen Abstimmung unterrichtet, keiner konnte mir den Wortlaut der empörenden Resolution wiedergeben. Sie forderten „sofortige Konföderation", das genügte. Bis ich endlich den von keiner großen Tageszeitung abgedruckten Passus bekam: „Das Ziel notwendiger Verhandlungen .... muß sein, die möglichen Formen einer interimistischen Konföderation zu prüfen." Vorsichtiger ging es kaum mehr, und ich stellte staunend fest, daß die bösen Studenten ja weit hinter dem zurückgeblieben waren, was man in den USA schon auf der Straße hören konnte.

C. Es kann nicht Sache der Laien sein, den politischen Praktikern detaillierte Ausführungsdirektiven zu geben. Aber es muß unsere Sache sein, für ein K l i m a zu sorgen, das die Praktiker bewegt, in der rechten zeitgemäßen Richtung voranzugehen. Hierzulande diskutiert man an — dörflichen und akademischen — Biertischen leidenschaftlich und uninformiert über die aktuellen politischen Exekutiven, die immer in erster Linie Sache der Praktiker bleiben werden, statt über die unabdingbaren Grundlagen, über die Grundtendenzen unserer Poli-

tik, die den Praktikern stets vor Augen zu halten wären, um sie zu ihrer Verwirklichung zu zwingen. Und gerade hierzulande herrscht andererseits eine fast rührend naive Ehrfurcht vor dem „Fachmann", so daß man meist nach kurzatmigem Anlauf wieder aufhört, „sich mit Politik zu beschäftigen", um alles beruhigt diesen „Fachleuten" zu überlassen, die ja doch, so glaubt man, sicherlich Realisten sind. Eine seltsame, weder historisch noch empirisch zu begründende Annahme! Ein wirklicher Praktiker, wohl der größte zur Zeit lebende, denkt anders über seine Kollegen: „Wahr ist, daß die weisen Staatsmänner der Welt, die sich ohne Zweifel für Praktiker und Realisten halten, sich bei der Lösung der Weltprobleme nicht allzu erfolgreich gezeigt haben, so daß eine Krise die andere ablöst. Und darum muß ich sagen, daß ich das Vorgehen dieser sogenannten „Praktiker", die uns zu dem gegenwärtigen Engpaß geführt haben, nicht wirklich praktisch finden kann" (Nehru). Wir bezahlen sie für die Praxis, aber die Richtung unserer Politik mitzubestimmnen, ist unsere tägliche Pflicht. Wir müssen ihnen genau auf die Finger sehen! Allzu viele Deutsche und gerade Gebildete haben sich erst kürzlich durch ihr „Führer befiehl, wir folgen" mitschuldig gemacht. Es geht eben z. B. nicht an, zu sagen, „die letzte Verantwortung für die atomare Bewaffnung fällt dem Staate zu" (Landesbischof H a u g). Sie fällt uns allen zu, und wir werden mit Recht dafür zur Verantwortung gezogen werden. — „Die Kirche ist noch mit jedem Machthaber ins Bett gegangen" — der Satz des heutigen Kirchenführers bestätigt dieses schrecklich wahre Wort des Wiener Historikers H e e r. — Wir müßten Praktiker zurechtweisen, die, wie vor kurzem einer von ihnen, zu sagen wagen, das Einfrieren der Atombewaffnung auf dem jetzigen Stand bedeute eine Diskriminierung (!!) der Truppen, die noch keine Atomwaffen haben.

Der amerikanische Nobelpreisträger Prof. P a u l i n g hat auf der Pugwashkonferenz die Gründung eines Instituts für Friedensforschung vorgeschlagen. Siehe da, eine Aufgabe gerade für die Gebildeten, die Wissenden, die Weiterschauenden, die dem Geiste und der Menschlichkeit Verpflichteten! Jeder kann schon heute damit beginnen, indem er erstens dem kalten Krieg in seinem Herzen und Kopf Valet sagt, indem er dann sich umsieht nach den wirklich modernen Bestrebungen und Institutionen, deren „Vertreter" ihn, den „Vertretenen", so nötig haben. Hans D a h m e n schlug die Ernennung eines „Friedensministers" vor, der, so wie der Kriegsminister, alles strategische und taktische Wissen, das Urteil der militärischen Fachleute und die technische Entwicklung heranzieht, „alles anzubieten hat, was an geschichtlichen Erfahrungen, an politischen und psychologischen Erkenntnissen, an geistigen Entwicklungen dem Frieden zu dienen vermag. Er müßte die große Gegenstimme darstellen, die nicht fehlen darf, wenn die Menschen und die Staaten nicht allzu einseitig ungeheure Kräfte für den Fall des Krieges aufbringen sollen". Solang es dieses Amt noch nicht gibt, solange nicht der Außenminister wie durch die indische Verfassung dazu verpflichtet ist, sein Amt gleichzeitig als „Friedensminister" auszuüben, muß diese Gegenstimme durch u n s hörbar werden. Wir wissen, daß allein die USA mit ihrem Bombenvorrat die Menschheit 20mal vernichten können. Wir haben die Pflicht, zu fordern, daß nun endlich Geld für menschenwürdigere Zwecke und für eine unter der Decke der „Friedenssicherung durch die Atomabschreckung" zu bauende bessere Friedenssicherung genehmigt wird. „Es ist eine Tragödie, daß für die Rüstung zum Schaden des sozialen Fortschritts in der Welt riesige Geldsummen aufgewandt werden. Und es ist eine noch größere Tragödie, daß die Atmosphäre der Furcht und der Unvernunft anhält, wo doch der Weg zur Verständigung offen ist. (Als Deutsche müssen wir leider fortfahren: Und es ist die größte Tragödie, daß ausgerechnet wir Deutschen, die wir erst vor kurzem so unendlich viel Leid durch eine falsche Politik verschuldet haben, wieder aufs falsche Pferd setzen!) Es ist

nicht möglich, die Probleme des Atomzeitalters mit den konventionellen Mitteln von gestern zu lösen. Weder in der Politik noch in der Wirtschaft können diese konventionellen Ideen zu befriedigenden Resultaten führen. In der Weltpolitik macht sich ein Mangel an Klugheit bemerkbar, da man einen kalten Krieg mit allen Begleiterscheinungen von Furcht und Haß weiterführt, wo es doch offenkundig ist, daß dies die Gefahren für die Menschheit vergrößert und unmöglich zu einer Lösung führen kann. Es ist unrealistisch, anzunehmen, daß die Unruhen, Streitigkeiten und Leidenschaften der Welt durch einen Zauberstab oder durch fromme Redensarten beseitigt werden können. Aber es ist ganz und gar r e a l i s t i s c h , einen Aktionskurs zu verfolgen, der die Spannung verringern hilft und die letzte Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts beseitigt. Seinem Wesen nach ist dieser Aktionskurs eine neue geistige Haltung . . ., aber diese Haltung kann nur echt sein, wenn sich eine Wandlung von Seele und Geist vollzogen hat und nicht nur Worte gewechselt werden, die ihren Sinn verloren haben. Frieden ist keine Enthaltsamkeit vom Krieg, sondern ein Versuch, in der ganzen Welt ein Klima des Friedens zu schaffen. Wir wollen daran denken, daß die Friedensstifter gesegnet sind!" Hic Rhodus, hic salta, du Vater, du Erzieher, du politischer Laie, das sagt dir der schon oben zitierte größte heutige Fachmann in Politik! Alles, was dir wert ist, kannst du heute in die politische Waagschale werfen: es wird mitwirken, die verstiegenen „Realpolitiker" zur einzigen wirklich modernen Realpolitik zu zwingen.

Dr. A c h i m v o n B o r r i e s

„Kontinuität" oder Demokratie?

D a s E n d e d e r G l o r i o l e

Das Jahr 1959 ist kein gutes Jahr für Konrad A d e n a u e r. Die Legende, das Produkt byzantinistischer Lobredner und parteipolitischer Propagandisten, ist zerstört. Die „Kanzler-Dämmerung", die im Herbst vorigen Jahres in London und Washington begonnen hatte, hat auf die Bundesrepublik selbst übergegriffen! Fast überall im Westen hatte der Bundeskanzler in den letzten Monaten eine sehr schlechte Presse. Man verhehlte in den entspannungs-willigen politischen Kreisen Großbritanniens und der USA nicht länger sein Mißtrauen gegenüber den Absichten Dr. Adenauers, der sich, zusammen mit General d e G a u l l e , immer wieder allen weltpolitischen Verständigungsversuchen gerade der britischen Diplomatie entgegenwarf. Die Genfer Konferenz, welches immer ihr Ausgang sein mag, hat zumindest schon die Irrealität, das Anachronistische des gesamtdeutschen Anspruchs der Bonner Regierung offenbar gemacht. In der Bundesrepublik regen sich seit Monaten mehr und mehr Zweifel an der Zweckmäßigkeit der absolut starrsinnigen Atomwaffen-Politik des Kanzlers. Die außenpolitische Isolierung Bonns im eigenen, im westlichen Lager war bereits sehr weit fortgeschritten, die Isolierung der Adenauer-Gruppe innerhalb der CDU und in der deutschen Öffentlichkeit hatte begonnen: als der Bundeskanzler am 4. Juni den Widerruf seines Entschlusses vom 7. April, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren, mitteilte. Die deutsche und die internationale Reaktion auf diese Nachricht glich einer Lawine. Der Schar der Kritiker Konrad Adenauers wurde unversehens

Legion. Denn der verantwortliche westdeutsche Staatsmann hatte, wie sich nun zeigte, seiner eigenen Partei und der deutschen wie auch der internationalen Öffentlichkeit zwischen jenen beiden Daten ein Schauspiel politischer Kabalen geboten, für das der Ausdruck Kolportage milde ist. Als habe er nach dem Verlust des außenpolitischen Glorienscheines nun auch allen denen Recht geben wollen, die seit Jahr und Tag von „Kanzler-Demokratie" gesprochen und vor den Folgen einer solchen staatspolitischen Praxis gewarnt haben, statuierte Dr. Adenauer ein Exempel, das so bald nicht mehr vergessen werden wird. Aber nicht wenige von denen, die heute betroffen und bestürzt sind, mögen sich selbstkritisch fragen, ob zu solcher Reaktion denn nicht längst Anlaß war. Denn für alle die, die Konrad Adenauers Regierungs-Stil schon seit langem mit größten Bedenken betrachtet, die Ziele wie die Wege und die Mittel dieses Kanzlers stets sehr skeptisch-mißtrauisch angesehen haben, für sie konnte die Entscheidung vom 4. Juni so wenig überraschend sein wie der Aufwand an Skrupellosigkeit, der ihr voranging. Es sind vor allem diese M e t h o d e n Dr. Adenauers gewesen, die ihm leidenschaftliche Kritik, auch von zahlreichen Anhängern seiner Außen- und Innenpolitik, eingetragen haben. Dagegen haben dann die Apologeten wider Willen aus den Reihen der CDU, die Entschluß und Gegen-Entschluß ihres Herrn und Meisters vor der Öffentlichkeit zu verteidigen die peinliche Aufgabe hatten, mit schlecht gespielter Scheinheiligkeit erklärt, der Kanzler sei doch „völlig im Rahmen der Gesetze" geblieben. Und dieser selbst scheute sich nicht, den unbeendeten gnadenlosen Machtkampf, das unbarmherzige Intrigenspiel um die höchsten Staatsämter im Schoße seiner Partei als „bloße atmosphärische Störung" darzustellen und sie mit einer unglaubwürdigen „Versöhnungs"-Maskerade „abzuschließen" . . . Als sollte dem staatspolitischen Trauerspiel das parteipolitische Satyrspiel nicht fehlen . . .

Denn um ein staatspolitisches Trauerspiel handelt es sich. Nicht die formelle „Legalität" jener machtpolitischen Manipulationen des Bundeskanzlers steht in Frage, sondern das s t a a t s p o l i t i s c h e , d e m o k r a t i s c h e E t h o s seiner politischen Praxis. Dr. Adenauer ist „im Rahmen der Gesetze" als demokratischer Politiker unglaubwürdig geworden. Denn er hat als d e r verantwortliche Politiker der Bundesrepublik zwar nicht gegen „die Gesetze", wohl aber gegen die u n g e s c h r i e b e n e n Gesetze jedes demokratischen Staatswesens verstoßen: durch die grenzenlose, mutwillige Mißachtung aller demokratischen Spielregeln (in der eigenen Partei ebenso wie im Staate) und durch die bedenkenlose Herabwürdigung des Amtes des Bundespräsidenten zum Objekt hemmungsloser parteipolitischer Machenschaften. Der von der Mehrheit der CDU-Fraktion offensichtlich bevorzugte Anwärter auf den Kanzler-Posten, Herr E r h a r d , wurde getäuscht, verleumdet, gedemütigt und dann auf offener Szene düpiert. Allein schon dieser Akt des ganzen Stückes ist von so unwahrscheinlicher Schäbigkeit, daß der heutige westdeutsche Regierungschef sich damit selbst disqualifiziert hat. Es mag die Sache Herrn Erhards und seiner Fraktion sein, wie sie mit einem solchen Ausmaß von Verlogenheit und Unverfrorenheit bei ihrem Partei-Chef Adenauer fertig werden; es ist aber die Sache a l l e r Bürger der Bundesrepublik, wie diese Bundesrepublik mit einer solchen wider Treu und Glauben verstoßenden Praxis des B u n d e s k a n z l e r s Adenauer fertig wird. Nicht um Fragen des Staats-Rechtes, sondern um staatspolitische S t i l - Fragen handelt es sich bei alledem. Schlimmeres ist geschehen als eine Verletzung der Gesetze — d e r S c h e i n d e r E h r b a r k e i t bei diesem Staatsmann Konrad Adenauer ist endgültig dahin! Nicht nur der demokratisch gesinnte Teil der westdeutschen Öffentlichkeit, auch das Ausland hat die Lektion begriffen.

Aber der Fall Adenauer ist keineswegs nur ein Fall Adenauer, er ist nicht minder ein Fall CDU/CSU. Es ist diese Partei, die den Bundeskanzler stellt und

seine Regierungspraxis deckt. Sie hat sich in all den fetten Jahren ihrer einträglichen Herrschaft im Staate daran gewöhnt, Adenauer-Partei zu sein, alle Verantwortung auf den „Führer" abzuwälzen und allein schon in seiner Person die Garantie permanenten Erfolges zu sehen. Nun hat der Parteichef ein erstes Aufbegehren in der Fraktion mit Mitteln erstickt, die nicht nur die Partei, sondern die Bundesrepublik überhaupt teuer zu stehen kommen. Der Fall Adenauer ist aber vor allem darum ein Fall CDU, weil die Fraktion einmal mehr sich unfähig und nicht willens gezeigt hat, dem autokratischen Gebaren Dr. Adenauers wirksam Einhalt zu gebieten. Sie ist einer klaren moralischen und politischen Entscheidung wiederum ausgewichen. Sie hat sich abermals, wenn auch grollend, einem Manne unterworfen, dessen ganze „staatsmännische Weisheit" niemals aus anderem bestanden hat als aus einem schier unerschöpflichen Repertoire von kleinen Kniffen und Schlauheiten, von Mittelchen und Mätzchen, mit denen mißliebige politische Gegner sich düpieren lassen. Niemals war Konrad Adenauer mehr als ein Parteiführer (und was er als solcher seiner eigenen Partei zuzumuten bereit ist, haben gerade diese Wochen gezeigt), stets blieb er der raffinierte „Taktiker" um jeden Preis, selbstgefällig und zynisch noch im Mißerfolg, von keines politischen Ethos Blässe angekränkelt. Einzig die unsägliche Mittelmäßigkeit und der Autoritäts-Hunger seiner eigenen „Partei-Freunde", zusammen mit einer unaufhörlichen Propaganda, haben das Bild des großen „Staatsmannes" Adenauer geschaffen. Dieser Nimbus ist heute schon ein Nichts, und zwar außen- wie innenpolitisch. Die CDU aber hat die zahlreichen Probleme, die für sie, und damit auch für die Bundesrepublik, mit dem Namen Konrad Adenauers verbunden sind, nicht nur nicht gelöst, sie ist einer Lösung neuerlich aus dem Wege gegangen. Aber sie wird mit einer solchen bloßen „Taktik" nicht mehr über ihren Schatten springen können. Sie wird, je länger desto weniger, nicht um die Programm- und nicht um die Personen-Krise herumkommen, die in den Wochen zwischen dem 7. April und dem 4. Juni zum ersten Male offenbar geworden und nach dem 4. Juni nur wieder notdürftig, unglaubwürdig verschleiert worden ist.

In welchem Maße diese Partei einem mystischen Personen-Kult verfallen ist und wie sehr sie darüber das eigene, konstruktive politische Denken verkümmern läßt, hat in der Bundestagsdebatte über den „Fall Adenauer" die Äußerung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Krone deutlich gemacht: in der Politik seien „Programme" zwar wertvoll, wertvoller aber seien „Persönlichkeiten". Nichts aber ist dem Geist der Demokratie mehr zuwider als eine solche Haltung, die schließlich zur Unterwerfung unter irgendeine „Führerpersönlichkeit" und ihren „Willen" führen muß, mag der Führer nun Adolf Hitler, de Gaulle oder Adenauer heißen. Freilich: heute, in der deutschen politischen Wirklichkeit von 1959, ist der Name Adenauer ein „Programm" — und die CDU wird der Frage nicht ausweichen können, wie lange sie sich mit diesem Manne und diesem Programm noch zu identifizieren gedenkt!

Die Fehlspekulation

Die staatspolitische Krise, in die das Vorgehen Dr. Adenauers nach dem Urteil aller besonnenen Kritiker die Bundesrepublik gestürzt hat, hat ihren eigentlichen Grund in der Krise, in die das politische Konzept des Bundeskanzlers geraten ist. Und nur in solchen Zusammenhängen sind auch die Entscheidungen Dr. Adenauers vom April und Juni hinsichtlich seiner Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten zu verstehen. Eine nur verfassungs-rechtlich formale und eine nur ethisch-staatspolitische Beurteilung erfassen die Tragweite dieser Vorgänge nicht, so notwendig sie sind. Denn das Schauspiel „Präsidentschafts-Kandidatur" mit all seinem scheinbar verwirrenden Hin und Her ist weit weniger irrational und

verwirrend, wenn man es nicht isoliert betrachtet. Nur daß, erkennt man Gründe und Hintergründe, die Gestalt des Hauptdarstellers nicht eben vertrauenerweckender wird . . .

Wir haben uns vor zwei Monaten an dieser Stelle gegen die von oppositionellen Kreisen nach dem 7. April im Überschwang vertretene Meinung gewandt, die Präsidentschafts-Kandidatur Dr. Adenauers sei gleichsam seine politische Abdankung, unter dem Druck seiner Fraktion zustandegekommen. Gewiß mochten einzelne CDU-Politiker nun die Bahn frei wähnen für die eigenen Ambitionen. Der Kanzler selbst aber hat sehr bald nach der Annahme der Kandidatur zu verstehen gegeben, daß diese für ihn nur ein politischer Schachzug unter anderen war, genauso, wie nun der Verzicht ebenfalls nur eine neue Macht-Manipulation ist. Das Ja im April, das Nein im Juni sind zwei Akte desselben Schauspiels. Dieses Schauspiel selbst aber heißt und hat zum Inhalt: die Sicherung der Adenauer-Politik des Kalten Krieges um jeden Preis. Man erfuhr aus Dr. Adenauers eigenem Mund, wie er den Übergang ins Präsidenten-Palais verstand. Drei Ziele waren entscheidend: 1. Die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik sollte „auf Jahre hinaus" gesichert werden, in einem Augenblick, da diese Politik bereits in den Reihen der CDU selbst umstritten war. Dazu aber bedurfte der bisherige Bundeskanzler gerade in diesem parteipolitisch kritischen Augenblick eines ihm selbst unbedingt ergebenen Nachfolgers. Das Amt des Bundespräsidenten sollte ihm 2. die Vollmacht zu einer Regelung seiner eigenen Nachfolge in diesem Sinne geben. Konrad Adenauer selbst aber gedachte 3. als Bundespräsident auch weiterhin der eigentlich entscheidende Mann im Staate zu sein und erklärte unverhohlen, die verfassungsmäßigen politischen Einflußmöglichkeiten des Präsidenten-Amtes seien bisher weder ausgeschöpft noch von der Öffentlichkeit gewürdigt worden. So glaubte der Kanzler gerade durch diesen Schritt noch einmal das Steuer herumreißen zu können. Rückblickend erscheint sein Entschluß vom 7. April als eine Flucht nach vorn, in einer Situation, in der sich das Fiasko seiner Deutschland-Politik nicht mehr verschleiern ließ und in der er von der Öffentlichkeit der westlichen Bündnispartner bereits als weltpolitischer Störenfried angegriffen, von der deutschen Öffentlichkeit mit wachsendem Zweifel betrachtet wurde.

Wenn sich Konrad Adenauer Anfang Juni zu einer Sinnesänderung entschloß, die seine eigene Partei schockierte, so hatte das einen sehr einfachen Grund: sein nicht minder unerwarteter Schritt von Anfang April beruhte auf einer Fehlspekulation. Die weltpolitische Lage führte zu einer weiteren Schwächung der Position der Bundesregierung: auf der Genfer Konferenz erschienen erstmals Vertretungen b e i d e r deutscher Staaten. Die „Kontinuität" der sterilen Adenauer-Politik wurde immer fragwürdiger. Die Bestellung des Nachfolgers im Kanzleramt aber wurde zum Konfliktstoff zwischen dem Regierungschef und der Fraktion der CDU/CSU. Deren Mehrheit wünschte offenbar den liberalen Bundeswirtschaftsminister zum Kanzler zu erheben, während Dr. Adenauer in dem der Großindustrie nahestehenden Herrn E t z e l den Mann seiner Wahl sah. Mit welchen Mitteln der Bundeskanzler seinen Favoriten durchzubringen versuchte, ist heute genügend bekannt. Der Erfolg blieb ihm versagt. Zum ersten Male vermochte er die Fraktion nicht zu ducken. Bei Dr. Adenauers Argwohn gegen Herrn Erhard dürften außenpolitische Gründe keine geringe Rolle gespielt haben. Als konsequenter Anhänger der Politik der Freihandelszone sympathisiert der Wirtschaftsminister zumindest wirtschaftspolitisch weit mehr mit Großbritannien als mit Frankreich — und das allein mag schon genügt haben, ihn in den Augen des heutigen Bundeskanzlers zu disqualifizieren, der sich bei dem verzweifelten Bemühen um eine Verewigung seiner Atomwaffen- und Teilstaat-Politik gerade nur noch auf das Frankreich General de Gaulles stützen kann. England hingegen ist

in den Augen Dr. Adenauers heute der „böse Geist" der westlichen Allianz — weil die britische Politik am konsequentesten dafür eintritt, endlich gewisse militärpolitische und politische Voraussetzungen für eine Entspannung zwischen Ost und West zu schaffen. Konnte Dr. Adenauer sich mit seinem Vorschlag Etzel nicht gegen die Fraktion durchsetzen und verweigerte er ihr andererseits die Anerkennung der Kanzler-Kandidatur Erhards, so mißlang ihm schließlich auch die angestrebte Neuinterpretation der politischen Kompetenzen des Bundespräsidenten. Die Öffentlichkeit reagierte auf solche Andeutungen außerordentlich kritisch, in der Partei selbst zeigten gerade die „Kronprinzen" wenig Begeisterung über diese Ambitionen des offenbar unzähmbaren „Alten". Dr. Adenauer mußte erkennen, daß sich das Ziel „Sicherung der Kontinuität der bisherigen Politik" auf den eingeschlagenen Wegen nicht erreichen ließ. So wählte er nun, nach jener dramatischen „Flucht nach vorn", eine nicht minder dramatische Kehrtwendung — in den heute überall diskutierten, nahezu einhellig verurteilten Formen, um den Preis der demokratischen Glaubwürdigkeit seiner Person und auch seiner Partei. Denn zwar der unbegrenzte Machtwille des Kanzlers allein hat den staatspolitisch folgenschweren „Fall Adenauer" geschaffen, aber das erbärmliche Verhalten der Fraktion erst hat ihn zum Alarmzeichen werden lassen. Konrad Adenauer zog es vor, als Bundeskanzler die Zügel unmittelbar in der Hand zu behalten, die Nachfolge-Frage abermals zu vertagen und der Fraktion nun wieder einen ebenso integren wie politisch farblosen und unselbständigen Kandidaten für das Präsidenten-Amt vorzuschlagen: da es nicht möglich war, einen Bundeskanzler zu bestellen, der dem Bundespräsidenten Adenauer unbedingt politisch hörig gewesen wäre, hofft der große Manipulator nun wieder, einen Bundespräsidenten zu finden, der dem Bundeskanzler Adenauer hörig bleibt. Darum wurde zunächst einmal in einer wochenlangen Kampagne hinter den Kulissen der Prätendent der Fraktion für das Kanzler-Amt systematisch verdächtigt, vor allem auch im Ausland, wo derlei Denunziation allerdings kaum Erfolg hatte. Auch das wundert nicht. Denn angesichts der weltpolitischen Lage einerseits, der absoluten Intransigenz des Kanzlers Adenauer andererseits mag es nicht wenige klarblickende politische Persönlichkeiten in den USA und in Großbritannien geben, denen heute schon ein Kanzler Erhard als NATO-Partner sehr viel sympathischer wäre als der starrköpfig-unkonstruktive Dr. Adenauer . . .

Skrupellose Selbstbehauptung

Der Entschluß Dr. Adenauers, Bundeskanzler zu bleiben, ist ein neues Zeichen taktischer Stärke; gleichzeitig aber ist er auch ein Ausdruck der elementaren politischen Schwächen Konrad Adenauers und ein Hinweis darauf, wie isoliert dieser heute schon ist. Es ist der Fehler der meisten Kritiker des „Falles Adenauer", über den staatspolitisch-formellen und den politisch-sittlichen Problemen, die diese Affäre aufwirft, diese ihre politische Substanz zu übersehen. Was wir in diesen Monaten in der Bundesrepublik erleben, sind nichts anderes als die verzweifelten und immer skrupelloser werdenden Versuche einer von Dr. Adenauer geführten Politiker-Gruppe, ihre parteipolitische Machtposition um jeden Preis zu behaupten und ungeachtet des Bankerotts ihrer Politik diese Politik allen Einwänden zum Trotz fortzusetzen. Es ist eine Skrupellosigkeit nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche, aber sie ist darum nicht minder gefährlich. Und wenn sich heute die Kritik nahezu einmütig gegen die fragwürdigen Methoden dieser Politiker richtet, so kann es dabei nicht bleiben: denn nicht minder fragwürdig sind die (allerdings oft verschleierten) Inhalte und Ziele ihrer Politik. Nicht allein der bedenkenlose Machtwille Dr. Adenauers korrumpiert zusehends die Demokratie in der Bundesrepublik — die Zwecke und Ziele, denen diese Macht dient, sind vollends eine nationale Gefahr. Dr. Adenauer weiß sehr gut, in welcher

Sackgasse sich seine „Stärke"-Politik befindet und in welchem Maße sein Wiedervereinigungs-Wille unglaubwürdig geworden ist. Wenn er seine Sinnesänderung vom 4. Juni mit einer „Verschlechterung der außenpolitischen Lage" begründet, so mag das zum Teil nur dazu dienen, überhaupt irgendeinen plausiblen Grund anzugeben. Aber wer wollte verkennen, daß der Kanzler subjektiv, von seinem Standpunkt aus, durchaus recht hat? Für i h n hat sich die außenpolitische Lage verschlechtert, für i h n wird sie sich weiter verschlechtern (wer weiß, was uns noch alles unter Hinweis auf eine solche „Lageverschlechterung" zugemutet werden wird in den nächsten Monaten . . .) — und wenn die Bundesrepublik heute viele ihr suggerierte nationalpolitische Hoffnungen zu Grabe tragen, den Weg der Vernunft und der Mäßigung wählen m u ß, will sie nicht eine internationale Katastrophe heraufbeschwören, so ist gerade d a s das Ergebnis jener Politik Konrad Adenauers, um deren Verewigung sich der Kanzler heute bemüht. Dieser Kanzler zwingt der Bundesrepublik immer wieder die Identifikation seiner Person und seiner Politik mit ihrem Schicksal auf. Und man darf sagen: solange die Bundesrepublik sich nicht von ihm und seiner Politik emanzipiert, wird ihre internationale Position immer schwächer werden, von ihrem moralischen Kredit zu schweigen. Denn diese Politik ist nicht in der Lage, irgendeines der internationalen, nationalen und westdeutschen Probleme konstruktiv zu lösen. Die ganze politische Weisheit dieser Regierung Adenauer erschöpft sich in Macht-Manipulationen. Wir haben vorhin Konrad Adenauer die Qualität und die Würde des Staatsmannes abgesprochen. In der Tat war er niemals mehr als ein gewitzter, verschlagener Parteiführer, besser der Führer eines politischen Clans, der sich um seine Person herum gebildet hat. Die Reden des CDU-Parteivorsitzenden Adenauer lassen erkennen, daß er die Bundesrepublik gewissermaßen als eine Art CDU-Familienunternehmen ansieht. Auch das hat zu der erschreckenden Niveaulosigkeit und Enge wesentlich beigetragen, die unser öffentliches Leben charakterisiert. Nichts liegt diesem Kanzler ferner als der Gedanke einer ehrlichen nationalen Solidarität aller Deutschen aller Klassen und aller Religionen und aller Parteien. Kaum je war der Appell an die nationale Einigkeit eine solche Lüge wie in diesem Munde. Diese „Einigkeit" wird beschworen, um die Misere der eigenen Partei vor der Opposition zu verschleiern. Die Sozialdemokratie aber ist für Konrad Adenauer nicht ein national-politischer Partner, sondern eine Art unliebsamer Untermieter im restaurierten Hause der besitzbürgerlichen Gesellschaft, dem man nur auf Grund der demokratischen Gesetze nicht das Wohnrecht bestreiten kann, der aber gesellschaftlich und politisch stets und immer der „Feind" schlechthin ist, den es zu hassen und zu bekämpfen gilt, weil er das gesellschaftliche Monopol des restaurierten Besitzbürgertums bedroht. Das ist der Geist Konrad Adenauers — der Geist von 1900.

So wie der Kanzler in diesen Wochen seine Parteifreunde behandelt hat, ist er mit der Opposition eh und je verfahren. Und die Art und Weise, wie er heute die Macht zu behaupten sucht, ist keine andere als die, in der er sie errungen hat; man denke nur an die Formen, in denen Dr. Adenauer Wahlkämpfe „zur Rettung des Abendlandes" führt . . . Es ist kein Zufall, daß bei den jüngsten Machenschaften gerade Herr Dr. S c h r ö d e r sein Intimus, sein Mitverschworener sozusagen, war. Denn die politische Gesinnung dieses autoritären Ministers ist Geist vom Geiste Adenauers. Noch immer propagiert er sein dubioses „Notstandsgesetz". Und er hat in diesen Wochen seinen Entwurf für das im Grundgesetz angekündigte P a r t e i e n g e s e t z der Öffentlichkeit unterbreitet: ein Entwurf, der auf nichts anderes als auf die Verschleierung der großindustriellen Finanzquellen der CDU abzielt*). Auch dieser Gesetzentwurf und der berüchtigte „Ehrenschutz"-Entwurf sind einzelne Aktionen in dem einen großen Zusammenhang der Sicherung der politischen Herrschaft der Adenauer-Gruppe und der CDU um

jeden Preis. Der autoritäre Staat kommt hier in pseudo-demokratischen Formen und unter dem Vorwand des „Schutzes der Freiheit", der „Persönlichkeit"!

Je schwächer die innenpolitische, die nationalpolitische und die internationale Position der Regierung Adenauer wird, desto größer wird die Gefahr, daß diese autoritären Übergriffe sich mehren und zum System werden. Platonische Proteste post festum genügen in diesem Falle so wenig wie die bloße Einsicht genügt, daß die westdeutsche A t o m r ü s t u n g rein militärisch sinnlos, politisch aber eine schwere Hypothek ist. Und ebenfalls genügt nicht die resignierte Erkenntnis, daß es nun einmal zwei deutsche Staaten gibt: diese Erkenntnis muß der Ausgangspunkt einer nüchternen politischen Willensbildung werden. Die „Kontinuität", der alle Manipulationen Dr. Adenauers dienen, mit denen er die Demokratie korrumpiert, ist all dem entgegen. Die internationale Lage u n d heute die innenpolitische Lage der Bundesrepublik verlangen e i n e und dieselbe Konsequenz. Von ihr hat am 4. Juni die britische Sonntagszeitung Reynold News gesprochen: „Dr. Adenauer ist für eine Politik unbeugsamer Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion. Er verlangt solche Bedingungen für eine Beendigung des Kalten Krieges, wie sie nur ein Sieger auferlegen könnte, und man kann aus seiner Politik sehr wohl folgern, daß er glaubt, Deutschland wird davon profitieren, wenn es zu keiner Einigung zwischen Ost und West kommt. Zu einer Zeit, da auf beiden Seiten ein wirklicher Wunsch nach einem ‚Auftauen' besteht, ist es eine ausgesprochene Katastrophe, daß dieser widerspenstige alte Mann eine Schlüsselrolle im Westen einnimmt. Nur die westdeutsche Bevölkerung kann sich mit Dr. Adenauer auseinandersetzen. Aber sie sollte sich bewußt sein, daß in allen westlichen Ländern eine wachsende Ungeduld mit der sterilen Politik des ‚Adenauerismus' herrscht. Wenn die Westdeutschen den Einfluß behalten, der ihnen rechtmäßig zukommt, dann müssen sie Wege finden, den ‚alten Fuchs' zum Schweigen zu bringen. Anderenfalls wird das Verlangen überwältigend werden, daß Westdeutschland bei der Suche nach einer Einigung zwischen Ost und West übergangen werden muß."

*) Die schweizerische Zeitung „Die Tat" (bürgerlich) schrieb am 3. Juni darüber: „Der wirkliche Grund der Zurückhaltung, die die Bundesregierung auf diesem Felde übt, liegt auf der Hand: die CDU hat weder ein Interesse daran, durch restlose Offenlegung ihrer Finanzierung sich selber den Hahn abzudrehen, aus dem sie ihr Lebenswasser bezieht, noch daran, ihre Abhängigkeit von den Geschenken der Großindustrie, der Großfinanz und anderen Wirtschaftsgruppen allzu aktenkundig zu machen... Die CDU, deren Parteiorganisation gegenüber der ihrer Rivalin zur Linken sehr im argen liegt, will nicht darauf verzichten, dieses Manko in Wahlkämpfen dadurch auszugleichen, daß sie praktisch UNBESCHRÄNKTE MITTEL für ihre Propaganda mobilisiert und damit ihre überlegene Finanzkraft bis zum äußersten ausspielt."

Konni Zilliacus, M.P., London

Die Labour-Party und die H-Bombe

Am 4. Juni d. J. nahmen die Delegierten der turnusmäßig alle zwei Jahre stattfindenden Konferenz der Gewerkschaft der Kommunalen und Allgemeinen Arbeiter (National Union of Municipal and General Workers) mit 150 gegen 126 Stimmen bei 75 Enthaltungen eine Entschließung an, in der gefordert wird, die nächste Labour-Regierung solle die Produktion nuklearer Waffen einstellen und ihren Einsatz von britischem Territorium aus verbieten.

Mit vollem Recht wurde diese Abstimmung von der Presse als ein bedeutsames Ereignis behandelt, das von jenem Tage an bis heute lebhaft diskutiert wird. Die Gewerkschaft der Kommunalen und Allgemeinen Arbeiter ist nicht nur die drittgrößte Gewerkschaft im Lande, sie ist zugleich auch die am meisten rechts gerichtete, die orthodoxeste, und die Gewerkschaft, die sich in ihrer zuverlässigen Ergebenheit gegenüber der Führung der Arbeiterbewegung von keiner anderen ausstechen läßt. Wenn diese Säule der Wohlanständigkeit in der Arbeiterbewegung die einseitige nukleare Abrüstung verlangt, so wirkt das, wie eine Zeitung feststellte, als wenn das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion eine Entschließung verabschiedet hätte, durch die die Verstaatlichung der Industrie verurteilt wird.

Dazu kommt noch, daß mehrere größere Gewerkschaften, die der Bergarbeiter, der Eisenbahner und die riesige Gewerkschaft der Transport- und Allgemeinen Arbeiter (Transport and General Workers Union) ihre turnusmäßigen Konferenzen im Juli abhalten. Einzelne unter ihnen oder sie alle könnten dem Beispiel der Gewerkschaft der Kommunalen und Allgemeinen Arbeiter folgen.

Man erwartet in der Tat, daß die Gewerkschaft der Eisenbahner und die der Transport- und Allgemeinen Arbeiter dies tun werden. Die Eisenbahner nehmen in politischen Fragen gewöhnlich einen linken Standpunkt ein, und der Generalsekretär der Gewerkschaft der Transport- und Allgemeinen Arbeiter, Mr. Frank Cousins, gilt als ein Mann der Linken und als leidenschaftlicher Verfechter der einseitigen nuklearen Abrüstung. Es ist beinahe gewiß, daß er es in seiner Gewerkschaft durchsetzen wird, den gleichen Standpunkt einzunehmen wie die Gewerkschaft der Kommunalen und Allgemeinen Arbeiter.

Politische Kommentatoren berechnen bereits das wahrscheinliche Stimmenverhältnis während der Jahreskonferenz der Labour-Party. Dort geben die Delegierten der Gewerkschaft der Kommunalen und Allgemeinen Arbeiter — wie die der anderen Gewerkschaften — ihre Stimmen entsprechend der Anzahl der durch sie vertretenen korporativen Mitglieder der Labour-Party en bloc ab*). Die Delegierten der Gewerkschaft der Kommunalen und Allgemeinen Arbeiter verfügen über rund 600 000 Stimmen, die der Gewerkschaft der Transport- und Allgemeinen Arbeiter über rund 1 000 000 Stimmen.

Auf der Konferenz der Labour-Party in Scarborough im vergangenen Oktober wurde die einseitige nukleare Abrüstung mit 5 100 000 gegen 980 000 Stimmen abgelehnt. Der größte Teil der 980 000 Stimmen wurde von den Delegierten der

*) In den britischen Gewerkschaften zahlen die Mitglieder zusammen mit ihrem Gewerkschaftsbeitrag einen besonderen Beitrag, den „political levy", und werden damit korporative Mitglieder der Labour-Party. Nur diejenigen Mitglieder, die bei ihrem Beitritt zur Gewerkschaft ausdrücklich erklären, diesen politischen Beitrag nicht zahlen zu wollen, sind hiervon ausgenommen. Auf den Kongressen der Labour-Party sind die Gewerkschaften mit den Stimmen der von ihnen vertretenen korporativen Mitglieder stimmberechtigt.

aus Einzelmitgliedern gebildeten Parteiorganisationen in den Wahlkreisen abgegeben, die zusammen über insgesamt 1 000 000 Stimmen verfügen. Ihnen schlossen sich mehrere kleine Gewerkschaften an. In diesem Jahr wird ein noch größerer Teil der Wahlkreisorganisationen und eine weitere Anzahl der kleineren Gewerkschaften für die einseitige nukleare Abrüstung stimmen, wodurch sich vielleicht 1 500 000 Stimmen ergeben werden. Mit den 1 000 000 Stimmen der Gewerkschaft der Transport- und Allgemeinen Arbeiter und den 600 000 Stimmen der Gewerkschaft der Kommunalen und Allgemeinen Arbeiter würden mehr als 3 000 000 Stimmen zusammen kommen und sich somit glücklicherweise auf der Konferenz eine Mehrheit für die auch einseitige Atomabrüstung ergeben.

Die Führung der Labour-Party ist sich dieser Situation bewußt und entfaltet seit dem 4. Juni eine fieberhafte Aktivität. Vor kurzem richtete der Generalrat der Gewerkschaften (TUC General Council) das Ersuchen an das Exekutivkomitee der Labour-Party (Labour Party National Executive), die im März 1958 von beiden Körperschaften gemeinsam bschlossene Erklärung über die Abrüstung und die nukleare Kriegführung zu prüfen und entsprechend der neuen Lage zu revidieren. Der Generalrat stellte fest, daß die Erklärung überholt sei. Frank Cusins ist wahrscheinlich der geistige Vater dieses Schritts, der vom linken Flügel innerhalb des Nationalen Exekutivkomitees begrüßt wurde.

Zunächst wurde für die gemeinsame Zusammenkunft ein Termin im Monat Juli nach den Gewerkschaftskonferenzen festgelegt. Jetzt hat jedoch das Nationale Exekutivkomitee den Termin auf den 23. Juni vorverlegt. Es gehen eine Unmenge Gerüchte um, die Politik der Labour-Party würde dahingehend revidiert werden, daß eine Labour-Regierung sich bereit erklären würde, die Produktion nuklearer Waffen einzustellen, wenn alle anderen Staaten, ausgenommen die USA und die UdSSR, ein Abkommen unterzeichnen, durch das sie auf nukleare Waffen verzichten würden.

Ein derartiges Abkommen würde allerdings niemals zustande kommen, denn diejenigen Staten, die selbst Nuklearwaffen herstellen möchten, wollen sie ja entweder gegen die USA oder der UdSSR einsetzen. Für sie sind in dem einen wie in dem anderen Falle die lächerlich geringe britische Produktion atomarer Waffen und die veralteten britischen Methoden, diese Waffen abzuschießen, uninteressant.

Die Linke innerhalb der Labour-Party ist ihrerseits nicht untätig. Vor allem weiß sie, daß die Entschließung der Konferenz der Gewerkschaft der Kommunalen und Allgemeinen Arbeiter kein Zufall, sondern ein Symptom war. Die Linke in der Partei stellt die aktivsten Elemente sowohl in der Führung und in den Ortsgruppen der nicht parteigebundenen Organisation „Kampagne für nukleare Abrüstung" (Campaign for Nuclear Disarmament) und im Ausschuß für die Arbeiterbewegung beim Nationalrat dieser Organisation wie auch in den Wahlkreisorganisationen der Labour-Party und der gewerkschaftlichen Ortsvereine. Eine beachtliche Anzahl dieser Anhänger der Linken gehören der Gruppe „Sieg für den Sozialismus" (Victory for Socialism) innerhalb der Labour-Party und ihren Gewerkschaftsgruppen an. Diese Organisation sorgte dafür, daß soviel Wahlkreisorganisationen wie möglich den Text der Entschließung der Gewerkschaft der Kommunalen und Allgemeinen Arbeiter auf die Tagesordnung der Jahreskonferenz der Partei setzten. Die führenden Mitglieder dieser Gruppe warnten die Partei und die Öffentlichkeit, daß es nicht genügt, leere und unreale Vorschläge zu präsentieren, man würde die Produktion nuklearer Waffen einstellen, wenn und sobald ein Angebot angenommen wird, von dem jeder weiß, daß es nicht angenommen wird. Sie wiesen darauf hin, daß solche Vorschläge weder die Einheit der Partei wiederherstellen noch die Kampagne für die einseitige nukleare

Abrüstung beenden können. Die Labour-Party muß ihr gegebenes Versprechen, die nuklearen Versuche einseitig einzustellen, sobald sie die Regierung übernimmt, durch ein gleichermaßen unzweideutiges Versprechen ergänzen, im Interesse einer endlichen Überwindung des unheilvollen Wettrüstens die Produktion nuklearer Waffen einseitig einzustellen.

Das erste Versprechen wurde gegeben, um eine allseitige Beendigung der Versuche zu erleichtern; die zweite Verpflichtung kann zum Ausgangspunkt für einen Versuch werden, einen allgemeinen Verzicht auf atomare Waffen zu erreichen, zu mindest aber zum Ansatzpunkt für die Bildung eines „nichtnuklearen Klubs" von Staaten.

Es ist entscheidend, daß eine eindeutige Erklärung abgegeben wird, die nächste Labour-Regierung werde die Herstellung von Nuklearwaffen beenden und ihre Verwendung von britischem Territorium aus verbieten, unabhängig von dem, was andere Staaten unternehmen werden*).

Hermann Schwann

Genf und die deutsche Frage

Zu den vier Überbringern des Memorandums von über 3500 westdeutschen Persönlichkeiten an die Konferenz der Außenminister, das wir in der Dokumentation dieses Heftes veröffentlichen, gehörte neben Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner, Kirchenpräsident D. Martin Niemöller und Karl Graf von Westphalen auch der Verfasser der nachfolgenden Ausführungen. Diese wurden von ihm unter dem unmittelbaren persönlichen Eindruck der in Genf geführten Gespräche, u. a. auch mit Außenminister Gromyko, niedergeschrieben.

Es erscheint uns notwendig, diesem Artikel eine Darstellung anzuschließen, in der die Annäherung der Standpunkte in bezug auf die Bildung einer deutschen Kommission sichtbar wird. Vor allem scheint uns dies auch deshalb geboten, weil in der westdeutschen Öffentlichkeit diese bedeutsame Chance zur Wiedervereinigung und zu einer Friedensregelung mit Deutschland hinter dem Schlagwort von dem „Neuen Ultimatum" nur ungenügend herausgestellt wurde. Die Bildung einer gesamtdeutschen Kommission dürfte im Gespräch bleiben. *D. Red.*

Wochenlang ging das Tauziehen der vier Mächte in Genf, jede Seite ängstlich darauf bedacht, die Verantwortung für ein etwaiges Scheitern der Konferenz der Gegenseite zuzuspielen. Noch ist nicht abzusehen, wie der Gordische Knoten entwirrt werden kann. Mit dem Schwert will ihn jedenfalls im Augenblick noch keiner durchschlagen.

Die Anwesenheit der beiden deutschen Delegationen im Konferenzsaal hat die Erfolgsaussichten der Beratungen keineswegs günstig beeinflußt. Sie haben sich in den zehn Jahren allzustark in die Rolle von Marionetten hineingelebt. Sie warten darauf, daß sie an Drähten in Bewegung gesetzt werden. Die Drahtzieher sitzen dabei nicht nur in Washington und in Moskau, sondern vor allem in Pankow und Bonn. Es gibt zuviele Tabus und zuviele Ratgeber, die offenbar aus sehr ichbezogenen Gründen an einem positiven Ausgang der Konferenz desinteressiert sind. Erschwerend für eine Lockerung des verhärteten Verhältnisses

*) Siehe hierzu „Dokumente zum Zeitgeschehen", S. 494.

kommt für beide Teile Deutschlands hinzu, daß sie Deutsche sind, denen die Ideologie und das politische Dogma wesentlicher dünkt als praktische politische Ergebnisse, wichtiger als die deutsche Frage und ihre Lösung. Die von Pankow und Bonn zu der Konferenz gelieferte Begleitmusik ist erschütternd und alles andere als nützlich. Die Musikanten sind entsprechend der Struktur in der DDR die offiziellen Regenten, in der Bundesrepublik, da man den innerpolitischen Streit um die einsamen Entschlüsse des Bundeskanzlers ausgerechnet während der Verhandlungen um das Schicksal der Deutschen hochspielte und er sich damit selbst ausschaltete, dieses Mal mehr Tagungen inoffizieller Stellen und werbemäßig aufgemachte Empfehlungen der Presse. Da hört man auf der Godesberger Tagung der „Aktionsgemeinschaft sozialer Marktwirtschaft" von dem Schweizer Nationalökonomen Röpke, daß der „Ost-West-Handel das Gleiche wie Tod-Handel" sei, man liest in Tageszeitungen und Illustrierten Auszüge aus dem Buch von William S. Schlamm „Die Grenzen des Wunders", in dem er das Schutz- und Trutzbündnis zwischen der Bundesrepublik und den USA und eine Politik der Superstärke empfiehlt.

Die Delegationen der beiden Deutschland in Genf haben persönliche Kontakte miteinander nicht aufgenommen. Der Delegationsleiter der DDR, Außenminister Dr. Bolz, hat sich zwar wiederholt in den Plenarsitzungen für gesamtdeutsche Gespräche eingesetzt. Gromyko hat am 25. Mai darüber hinaus eine dahingehende Empfehlung der vier Mächte an beide deutsche Delegationen in Vorschlag gebracht. Bei der bundesdeutschen Delegation und bei den Westmächten haben diese Anregungen keine Resonanz gefunden. Ein brieflicher Vorschlag von Bolz an den Außenminister Dr. von Brentano, über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden Deutschland zu sprechen, fand bei dieser Themenstellung begreiflicherweise kein Interesse, leider aber auch keinen sinnvolleren thematischen Gegenvorschlag. Die Delegation der Bundesrepublik hat den Weisungen von Bonn entsprechend gar keinen Versuch gemacht, mit der offiziellen Vertretung des kleineren Bruders ins Gespräch zu kommen. Man stolperte über Zwirnsfäden, als ob mit Gesprächen die de jure- oder die defacto-Anerkennung der DDR verbunden sei. Dabei weiß jeder, daß diese Anerkennung zunächst durch neutrale Mächte und dann durch unsere westlichen Verbündeten nur eine Frage sehr kurzer Zeit sein wird. Man hält in Bonn an der den deutschen Interessen geradezu ins Gesicht schlagenden, wirklichkeitsfremden Hallstein-Doktrin fest, und die Genfer Vertretung der Bundesrepublik verhielt sich entsprechend. Zweimal ist, wie ein führendes Mitglied der DDR-Organisation erzählt, von einem Händedruck zwischen zwei Mitgliedern der beiden Delegationen zu berichten: der eine bei der Wahl des Saales für die Pressekonferenz, der andere in einer Gaststätte, als der Berichter an einem Tisch mit zwei westlichen Journalisten von einem führenden Delegationsmitglied der Bundesrepublik irrtümlich, aus Unkenntnis oder unvermeidbar mitbegrüßt wurde. Man fragt mit Recht, wie sich wohl bei einem zweigeteilten England (z. B. der Süden kommunistisch und Schottland monarchistisch) zwei englische Delegationen auf einer internationalen Konferenz verhalten hätten, bei der über die Wiedervereinigung Englands verhandelt würde? Ganz abgesehen davon, daß es in England wahrscheinlich nicht zu der Zweiteilung gekommen wäre — wie die beiden deutschen Delegationen in Genf würden sich beide mit Sicherheit nicht verhalten.

Es ist müßig, darüber zu sprechen, welche Chancen eine aufgeschlossenere, wendigere und zielbewußtere Haltung der Deutschen in Genf gehabt hätte. Die westdeutschen politischen Parteien, soweit sie konkrete Diskussionsbeiträge für die Konferenz geliefert hatten — die CDU/CSU hatte bezeichnenderweise diesbezüglich keine Anregungen — haben darauf verzichtet, ihre „Pläne" in Genf hart und

wirksam zu vertreten. Die SPD hatte über ihrem Deutschlandplan sogar etwas kalte Füße bekommen. Allein der ehemalige Justizminister Dr. Thomas Dehler schlug sich — nicht nur ohne jede Unterstützung durch seine Partei, sondern heftig kritisiert von einigen ihrer „Landesfürsten" — tapfer als Einzelkämpfer, allerdings ohne sichtbare Wirkung, in der Konferenzstadt. Er hatte begriffen, worauf es ankam.

Eine Politik, die das kennzeichnende Beiwort deutsch in Anspruch nahm, mußte über den Ablauf der Konferenz auf das stärkste beunruhigt sein. Als die vier Mächte sich darüber zu einigen begannen, daß man in Genf nur über die Berlinfrage sich verständigen wolle, da hätten diejenigen Deutschen, denen es wirklich ernst ist mit der politischen Entspannung, mit dem Zustandekommen eines Friedensvertrages und mit der Wiedervereinigung, wie ein Mann antreten und aufstehen müssen. Sie hätten erklären müssen, daß eine Verständigung nur über die Berlinfrage schlechter sei als eine Vertagung oder gar ein Scheitern dieser Konferenz. Die Verständigung über Berlin bedeutet nämlich eine langfristige Vertagung der deutschen Frage. Sie macht zwar den Weg frei für eine Gipfelkonferenz. Diese Gipfelkonferenz aber wird sich nicht mit Europa aufhalten, sondern vordergründig und erstrangig nur die Probleme des Wettrüstens der Atommächte behandeln. Sie wird den Atomklub mit einem absoluten numerus clausus schaffen, darüber hinaus aber den status quo in der ganzen Welt irgendwie zu stabilisieren trachten, ihn einfrieren. Zuletzt aber bedeutet die isolierte Lösung der Berlinfrage, daß der kalte Krieg von der obersten Ebene weltweiter Interessen in die unterste Ebene des kalten Bruderkrieges verlagert wird. Die Deutschen hüben wie drüben werden sich untereinander befehden und in die Haare geraten und in den Augen von Ost und West zum ewigen Störenfried einer friedlichen Entwicklung in Europa gestempelt. Ganz unabhängig davon, welcher Kompromiß in der Berlinfrage gefunden wird, die praktische Durchführung wird irgendwie in die Zuständigkeit und Verantwortung der Deutschen übergehen. Die Gegensätze werden weiter vertieft und damit der Graben zwischen Ost und West, der mitten durch Deutschland geht. Die Deutschen werden endgültig zu Handlangern (oder Landsknechten?) von West und Ost degradiert.

Der Bundestagspräsident Gerstenmaier hatte absolut recht, als er die Frage eines Friedensvertrages als die entscheidende, kurzfristig zu lösende Frage an die Spitze stellte. Leider fehlte ihm die Resonanz und das Stehvermögen, um zunächst die Gegner dieser Auffassung in seiner eigenen Partei, an der Spitze den Bundeskanzler, auf seinen Standpunkt zu zwingen.

Sehr kennzeichnend war in Genf die Reaktion der Deutschen auf den von Gromyko gemachten Versuch, die Weiterbehandlung der mitteleuropäischen Probleme durch eine zeitlich befristete Berlinlösung und durch den Einbau eines Junktims zwischen einer endgültigen Lösung der Berlinfrage und der Fragen eines Friedensvertrages, der politischen Entspannung und der Wiedervereinigung sicherzustellen. Daß die drei Westmächte sich für diesen Gedanken nicht begeistern konnten, ist klar; denn der status quo ist im Augenblick noch für ihre Interessen und für ihre Sicherheit zumindest nicht ungünstig. Ihnen genügt es völlig, wenn sie bei der Berlinfrage ohne Gesichtsverlust eine Einzellösung finden. Sie sind an der Wiedervereinigung keineswegs besonders interessiert (der verstorbene Außenminister Dulles meinte „in fünfzig oder hundert Jahren"). So erklärt sich auch die heftige Reaktion der USA, Frankreichs und sogar Englands: „unannehmbares Ultimatum". Daß auch die Regenten in der DDR bei Vorlage dieses Vorschlages durch einen glanzvollen Empfang in Moskau zunächst entschädigt und von der Nützlichkeit dieses Vorschlages überzeugt werden mußten, dürfte sich

inzwischen herumgesprochen haben. Auch die Delegation der DDR in Genf war keineswegs begeistert, als sie von dem Junktim vor seiner Verkündung erfuhr. Das hatte man nicht erwartet; man war eingestellt auf eine isolierte Behandlung und auf eine die eigene Position wesentlich verbessernde Herauslösung der Probleme um Westberlin. Das völlig Unbegreifliche aber war, daß die Vertreter der Bundesrepublik den Grundgedanken Gromykos nicht sofort aufgegriffen haben. Sie waren von den sowjetischen Plänen vorher unterrichtet und hatten genügend Zeit, sich auf diese überraschende Wendung einzustellen. Hier wurde wieder einmal eine vielleicht nicht wiederkehrende Chance verpaßt, mit einem Unterschied im Methodischen: Während bisher der Westen alle sowjetischen Vorschläge (etwa die Note vom 10. März 1952) deshalb nicht beachtete, weil sie seitens der Bundesregierung als undiskutabel oder belanglos abgewertet wurden und in den Papierkorb flatterten, während also bisher der Westen im Gefolge des Bundeskanzlers handelte, war es dieses Mal umgekehrt. Der Westen nahm Stellung, und die Bundesrepublik gehorchte.

Das wohlverstandene deutsche (gleich gesamtdeutsche) Interesse hätte die westdeutsche Delegation veranlassen müssen, auf ihre Verbündeten dahin einzuwirken, daß sie in eine ernsthafte Diskussion der sowjetischen Vorschläge eintraten. Sie hätte darüberhinaus in Einzelgesprächen die bundesrepublikanische Presse objektiv auf die Vor- und Nachteile der sowjetischen Vorschläge hinweisen müssen. Auf keinen Fall durfte sie zulassen, daß eine Einheitsmeinung im deutschen Blätterwald und im westdeutschen Rundfunk aufkam. Der Vorschlag Gromykos lag absolut in der Richtung desjenigen, der die Wiedervereinigung wirklich will. Über Einzelheiten, wenn man will über „Giftzähne", hätte verhandelt werden können und müssen. Das Junktim — das was das Entscheidende — konnte nur von jemand, der an der Wiedervereinigung uninteressiert ist oder der sie nicht wünscht, zu einem „Ultimatum", zu einem Unter-Zeitdruck-Verhandeln umfrisiert werden. Man hat den Eindruck, daß dieses Junktim nur der vorgeschobene Grund für die Ablehnung des Gromyko-„Pakets" gewesen ist, jedenfalls für die Ablehnung durch die westdeutsche Delegation. Für sie war wahrscheinlich die von Gromyko vorgeschlagene gesamtdeutsche Kommission in paritätischer Zusammensetzung wesentlich besorgniserregender als das Ultimatum, das keins ist. Sowohl die Tatsache einer derartigen Kommission an sich wie auch ihre paritätische Zusammensetzung sind für die heute in Bonn Regierenden mehr als unangenehm, vor allem auch deshalb, weil sowohl der SPD-Plan wie auch die Forderungen der FDP in dieser Richtung liegen und auch der US-Außenminister Herter im Grundsatz einer derartigen Kommission, wenn auch in anderer Zusammensetzung, zugestimmt bzw. sie selbst vorgeschlagen hat. Diese gesamtdeutsche Kommission sollte nach dem Vorschlag der Sowjets binnen Jahresfrist den vier Mächten einen Plan zur Wiedervereinigung auf der Grundlage des sowjetischen Friedensvertragsentwurfes zur Beschlußfassung vorlegen.

Die Bildung der von den vier Mächten beschlossenen Kommission der beiden Deutschland hätte durchaus im deutschen Interesse gelegen. Hier konnte eine wirkungsvolle Beratung der vier Mächte durch eine gesamtdeutsche Kommission verwirklicht werden. Hier hätten auch zu der „Grundlage", zu dem sowjetischen Friedensvertragsentwurf, geeignete Abänderungsvorschläge gemacht werden können. Aber die „paritätische" Zusammensetzung? Wenn die UdSSR mit Finnland oder die USA mit Cuba verhandeln, sind die Kommissionen ebenfalls paritätisch besetzt. Wenn es im Laufe der Verhandlungen Fragen gab, über die eine Einigung nicht zu erreichen war, konnten strittige Auffassungen bei Vorlage des Verhandlungsergebnisses an die vier Mächte aktenkundig gemacht und ihnen zur Entscheidung unterbreitet werden.

Das Wichtigste aber war, daß dieses Junktim den Topf der Wiedervereinigung auf dem Feuer ließ. Wer also die sowjetischen Vorschläge dazu mit unwahrer Begründung ablehnt, der will keine politische Entspannung und keine Wiedervereinigung. Die Spuren schrecken! Heute würden sich alle Beteiligten freuen, wenn sie noch einmal eine Note vom 10. März 1952 serviert bekämen. Es besteht die große Sorge, daß sie binnen kurzem schon erkennen werden, daß das sowjetische Angebot vom 10. Juni 1959 einer sehr gründlichen Aussprache wert gewesen wäre.

Die bisherige Ablehnung sämtlicher Friedensvorschläge der Sowjets durch Westdeutschland, die angestrebte atomare Aufrüstung der Bundeswehr, die Politik der „Stärke" und des „hart am Rande des Abgrundes", die massive und dumme Charakterisierung der Sowjets durch führende westdeutsche Politiker vom „Todfeind" über „Banditen" bis zum „Ausradieren", alles das hat nicht die erwartete abschreckende Wirkung bei den Sowjets ausgelöst, sondern ein Mißtrauen im Osten geschaffen, das das Mißtrauen des Westens gegenüber dem Osten möglicherweise noch übertrifft. Das sowjetische Sicherheitsbedürfnis an seiner offenen europäischen Grenze ist auch heute trotz der riesigen Überlegenheit in konventioneller Bewaffnung und trotz des mehr als absoluten Gleichstandes in Massenvernichtungsmitteln e i n, wenn auch längst nicht mehr d e r einzige Grund für die immer wiederholten Versuche der Sowjets, in Europa eine Zone der Ordnung und des Friedens zu schaffen. Es ist völlig irrig und dumm, dieses sowjetische Streben als ein Zeichen der Schwäche anzusehen. Das mag vielleicht bei den Angeboten im Jahre 1952 noch eine gewisse Rolle gespielt haben. Mit zunehmender eigener Stärke wurden auch die Friedensvorschläge härter. Wenn das Ziel einer wirklichen Befriedung Europas weiter durch den westdeutschen Widerstand unerreichbar bleibt, dann rückt der Zeitpunkt in bedrohliche Nähe, an dem dieser Friede und damit die Sicherheit der sowjetischen Westgrenze mit anderen Mitteln verwirklicht wird.

Der sowjetische Wille zu einem Friedensvertrag ist absolut hart und unwiderruflich. Über den Inhalt eines derartigen Vertrages kann man heute noch sprechen. Ob es morgen noch möglich sein wird, ist ungewiß. Eine den deutschen Interessen und dem Frieden in der Welt gleicherweise dienende Politik darf nicht mehr den Weg der letzten zehn Jahre fortsetzen. Er hat uns in eine ausweglose Sackgasse geführt. Die Politik des Westens, insbesondere aber der Bundesrepublik muß darauf ausgehen, auch ihrerseits den ehrlichen Willen zum Frieden glaubhaft unter Beweis zu stellen. Sie vertritt damit auch die richtig verstandenen Interessen ihrer derzeitigen westlichen Verbündeten und schaltet gleichzeitig das mehr und stärker aufkommende Mißtrauen dieser Verbündeten gegen ein an dem hemmungslosen Rüstungswettlauf sich beteiligendes Westdeutschland aus.

Wir Deutsche müssen aus der unrealistischen Vorstellung heraus, als ob unser Schicksal und unsere Zukunft das einzige wichtige Problem auf dieser Erde ist. Bald schon könnte die deutsche Frage auf eine Zweit- oder Drittrangigkeit absinken, die sich mit Korea, Vietnam oder Formosa vergleichen läßt.

Die Gegensätze innerhalb des Westens sind in Genf überdeutlich geworden. Frankreich versucht mitten im Verlauf der Konferenz mit dem Vorstoß gegen die Nato nicht nur die Aufnahme in den kommenden Atomklub zu erzwingen, sondern vollzieht in der Praxis damit gleichzeitig eine Annäherung an Moskau. Frankreich hat damit auf den Konferenzverlauf einen mehr als verhängnisvollen Einfluß genommen. Die durch die französische Haltung erzwungene etwaige Verlagerung amerikanischer Luftwaffenverbände auf deutschen Boden macht den von Herter vorgelegten westlichen Friedensplan in dem für die Sowjets interessantesten Punkt der Sicherheitsabmachungen unglaubwürdig. Englands Haltung in

Genf und vorher hat zusätzlich bei den Sowjets die Hoffnung bestärkt, die Nato-Einheit, die sichtbar immer brüchiger wird, schon jetzt sprengen zu können.

Aber auch der Osten ist über den Verlauf der Konferenz keineswegs absolut glücklich und in dem einzuschlagenden Weg offenbar nicht einig. Es besteht der Eindruck, als ob sich in den Gang der Verhandlungen auch China, zu dem die Bundesrepublik immer noch keine Beziehungen hat, stark eingeschaltet hat und in Moskau, in Genf und in Bern als einflußreicher Anwalt für die DDR, für Ulbricht insbesondere und gegen die Gromyko-Vorschläge aufgetreten ist. Die durch die starre Haltung des Westens verhinderte Aussprache über diese Vorschläge hat die Feststellung verhindert, ob in Moskau über den einzuschlagenden Weg Meinungsverschiedenheiten bestehen, ob es richtig ist, daß in Moskau eine sehr einflußreiche Gruppe um Sorin die Nato über England sprengen will oder ob eine nicht minder mächtige Gruppe um Mikojan, zu der interessanterweise auch der sowjetische Botschafter in der DDR gezählt wird, die direkte Verständigung mit den USA sucht. Man soll diese Meinungsverschiedenheiten aber nicht überbewerten. Ob darüber hinaus das Auftreten des DDR-Außenministers, Dr. Lothar Bolz, bei den Sowjets mit reiner Freude aufgenommen worden ist, bleibt dahingestellt.

Für uns Deutsche ergibt sich aus der Genfer Konferenz nur dreierlei: Trotz aller Gesundbeterei wird die Nato nur solange halten, wie alle Beteiligten sich von ihr Vorteile erhoffen. Ihre Auflösung wird den letzten noch fehlenden Beweis dafür erbringen, daß die westdeutsche Politik seit 1952 völlig falsch war. Zweitens wird die deutsche Frage von den Großmächten nie um ihrer selbst willen oder um der Gerechtigkeit willen auf der Tagesordnung stehen, sondern allenfalls als Aufhänger und als Kompensationsobjekt zur Lösung anderer interessanterer Fragen. Drittens wäre die Fortsetzung der bisherigen Politik, wenn sie bei einer direkten Verständigung zwischen Washington und Moskau darauf abstellt, an die Stelle der Nato und nach ihrer Auflösung eine Allianz der Bundesrepublik mit den USA, d. h. die völlige Isolierung Westdeutschlands in Europa zu setzen, eine Katastrophe. Die erste praktische Konsequenz aus dieser besseren Politik muß darauf abzielen, daß die atomare Rüstung ein alleiniges Vorrecht der drei Atom-Mächte bleibt und daß keine weiteren Atom-Mächte mehr hinzutreten. Es muß ausschließlich diesen drei überlassen bleiben, das atomare Gleichgewicht nach oben oder besser nach unten auszubalancieren. Alle übrigen europäischen Völker und später auch die außereuropäischen sollten sich zu einem Antiatomwaffenklub zusammenschließen. Wenn eine bundesrepublikanische Regierung diese entscheidende Aufgabe endlich begreift, aufgreift und durchführt, dann gibt es keinen Grund, aber auch keine Notwendigkeit und Möglichkeit mehr, gegenüber einem geteilten oder wiedervereinigten Deutschland irgendein Mißtrauen wegen aggressiver Absichten zu haben.

Der Einwand, daß man mit dem Verzicht auf Atomwaffen sich jedem erpresserischen Druck einer Atom-Macht aussetzt und die eigene Sicherheit damit aufs Spiel setzt, ist lächerlich und dumm; denn die Sicherheit Deutschlands und Europas liegt nicht in dem Besitz eigener Atomwaffen, sondern in dem Gleichgewicht der Ausrüstung der drei Atom-Mächte. Der Eigenbesitz von Massenvernichtungsmitteln ist im Gegenteil bei dem heutigen Stand der Technik angesichts der geopolitischen Lage Europas ein Moment größerer Unsicherheit und erhöhter Gefährdung. Für diesen die eigene Sicherheit nicht schädigenden Verzicht auf Massenvernichtungsmittel und für die tatkräftige Verwirklichung einer europäischen Konvention zur Ächtung der Massenvernichtungsmittel innerhalb Europas sind auch heute noch ganz konkrete politische Gegenleistungen der Atom-Mächte einzutauschen. Mehr als zwei Jahre sind nutzlos verstrichen, seit ich diesen Gedanken zum ersten Mal aussprach. Damals waren die zu erzielenden Gegenleistungen

ungleich höher. Auch damals war von einer Frist die Rede, wie bei dem Vorschlag Gromykos, und nicht von einem „Ultimatum". Der Vorschlag ging dahin, die europäische Atom-Konvention auf zwei Jahre zu befristen, damit die Atom-Mächte ihrerseits die daraus abzuleitenden politischen Konsequenzen in der Zwischenzeit zu ziehen in der Lage wären: Auflösung der Nato und des Waschauerpaktes und absolute Neutralität der europäischen Antiatom-Mächte, Neuordnung des europäischen Besatzungssystems, d. h. Räumung der besetzten Länder und Beseitigung der Stützpunkte hüben wie drüben, Schaffung eines Friedensvertrages mit Deutschland, der den garantierten, absoluten Verzicht auf jede Gewaltanwendung honoriert, Wiederherstellung der deutschen Einheit, ohne daß dabei der einen oder anderen ideologischen Vorstellung Gewalt angetan wird, und ohne Diskriminierung der bisherigen Besatzungsmächte, gleichzeitig aber auch volle Handlungsfreiheit aller europäischen Völker, soweit sie an der Atomkonvention beteiligt sind, d. h. praktisch auf jede Gewaltanwendung verzichtet haben, hinsichtlich handelsvertraglicher, devisenrechtlicher, zollmäßiger, wirtschaftspolitischer usw. Vereinbarungen und Zusammenschlüsse.

Die beiden deutschen Delegationen in Genf oder wenigstens eine von ihnen hätte den vier Mächten diese seit mehr als zwei Jahren vorliegende Konzeption vortragen sollen. Die Bundesrepublik hätte es vermutlich leicht gehabt, den angelsächsischen Mächten die riesigen Vorteile einer derartigen Lösung für sie selbst deutlich zu machen. Frankreich würde vielleicht im ersten Augenblick etwas Widerstand geleistet haben, um dann aber unter Verzicht auf Atomwaffen nach Liquidierung des nordafrikanischen Abenteuers an der Verwirklichung dieses Gedankens führend mitzuarbeiten. Die Sowjets würden ebenso rasch begriffen haben, daß ihnen hier eine einmalige Chance der Sicherung ihrer europäischen Grenze, der Neuordnung Europas und eines ständig wachsenden Güteraustausches mit einem befriedeten Europa geboten wurde.

Wochen sind in Genf vertan mit dem Streit um die Berlinfrage. Herauskommen wird günstigstenfalls ein niemanden befriedigender Kompromiß, wenn überhaupt etwas erreicht wird. Der Grund für dieses mehr als kümmerliche Ergebnis liegt im wesentlichen darin, daß die Deutschen ohne eigene oder mit zwei falschen Vorstellungen die wertvolle Zeit der Staatsmänner der vier Mächte beansprucht haben. Wenn man einen Streit der Großen um eine Einzelfrage ausräumen will, dann muß man diese Frage hineinstellen in eine große Konzeption, deren Verwirklichung für alle interessant und nützlich ist, die dem Frieden dient und die die Möglichkeit bietet, die durch einen unsinnigen Krieg zerrissenen Fäden wieder neu und dauerhaft zu knüpfen.

Zur Bildung einer gesamtdeutschen Kommission:

Weitgehende Annäherung der Standpunkte bietet reale Möglichkeiten zur Wiedervereinigung

Aus dem Deutschlandplan der SPD vom 18. März 1959:

Die politische Zusammenführung beginnt in der ersten Stufe mit der B i l d u n g e i n e r g e s a m t d e u t s c h e n K o n f e r e n z. Beide deutsche Regierungen entsenden Beauftragte auf der Grundlage der P a r i t ä t.

Die g e s a m t d e u t s c h e K o n f e r e n z hat die Aufgabe, Regelungen über innerdeutsche Angelegenheiten zu vereinbaren.

Aus den Leitvorstellungen der FDP (Deutschlandplan der FDP) zur Lösung der deutschen Frage vom 20. März 1959:

Die v i e r M ä c h t e fordern die s t a a t l i c h e n O r g a n e i n b e i d e n T e i l e n D e u t s c h l a n d s auf, umgehend Vereinbarungen über Maßnahmen

zu treffen, die der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands dienen.

Aus dem Paketplan des Westens, vorgelegt und vertreten durch Außenminister Herter am 15. Mai 1959:

Im Hinblick auf die vielschichtigen Probleme der Wiedervereinigung wird eine Übergangszeit vereinbart. Die vier Mächte setzen einen gemischten deutschen Ausschuß ein.

Der gemischte deutsche Ausschuß wird beauftragt, die technischen Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu koordinieren und zu erweitern.

Der gemischte Ausschuß soll seine Aufgaben binnen dreißig Monaten gelöst haben.

Aus der Erklärung des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 10. 6. 1959:

Die vier Mächte empfehlen beiden deutschen Regierungen die Bildung einer paritätisch zusammengesetzten Kommission aus Vertretern beider deutschen Staaten. Aufgabe der gesamtdeutschen Kommission: Förderung der Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten; Ausarbeitung von Maßnahmen zur Wiedervereinigung Deutschlands; Beratung von Vorschlägen für einen Friedensvertrag mit Deutschland. Binnen Jahresfrist soll die Kommission über die Erfüllung dieser Aufgaben berichten.

Aus der Erklärung des Außenministers der DDR vom 10. 6. 1959:

Im Interesse eines Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Wiedervereinigung Deutschlands sind gleichberechtigte Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten erforderlich; die Bildung eines gesamtdeutschen Organs — zum Beispiel eines gesamtdeutschen Ausschusses — wäre nützlich.

Dr. Helmut Brandes

Keine Kamele schlucken . . .

Das Problem der ehemaligen NS-Richter und Staatsanwälte

Im Hinblick auf die zu erwartenden Verhandlungen über die Zukunft Deutschlands sollten sich die zuständigen Stellen in der Bundesrepublik mehr als bisher einem Problem widmen, das unter dem Stichwort „NS-Richter" seit längerer Zeit in der Öffentlichkeit diskutiert und im Ausland mit einiger Sorge verfolgt wird. Je länger dieses Problem ungelöst bleibt, um so größer wird die Gefahr, daß die Bundesrepublik in der Auseinandersetzung mit dem Osten in eine Lage gerät, die es den verantwortlichen Männern schwermachen wird, das Wort von den demokratischen Verhältnissen im Westen durch Tatsachen zu erhärten. Die jüngste deutsche Vergangenheit scheint nämlich in keinem Bereich des öffentlichen Lebens so wenig überwunden zu sein wie in der Justiz.

Obgleich die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe kaum Nennenswertes unternommen hat, um diesem Zustand ein Ende zu bereiten, gereicht es ihrem Leiter, dem Generalbundesanwalt Dr. Max Güde, zur Ehre, daß er am 19. Oktober vergangenen Jahres vor der Evangelischen Akademie in Bad Boll offene Worte für das Verhalten der Richter und Staatsanwälte während des 3. Reiches fand. „Ist es

nicht wahrhaft erschreckend", so sagte er, „zugeben zu müssen, daß wir, wir Staatsanwälte und Richter, objektiv zu einem Werkzeug des Unrechts, ja zu einem Instrument des Terrors gemacht wurden?" Der Generalbundesanwalt sprach damit aus, was viele seiner Kollegen landauf und landab nicht wahrhaben wollen. Für ihre Ohren muß es befremdlich geklungen haben, daß Güde keinem Richter und keinem Staatsanwalt, der sich während der NS-Zeit im Sinne der damaligen Regierung betätigt hat, ausdrücklich das Recht zubilligte, sich darauf zu berufen, den Unrechtscharakter nationalsozialistischer Justiz nicht erkannt zu haben. Güde warf ihnen „innere Schwäche" vor und erklärte, in dieser inneren Schwäche wurzele die Widerstandslosigkeit gegen die Praktiken der damaligen Justiz.

Dieser Vorwurf gegenüber einem Stand, der wie kein zweiter dazu berufen und ausersehen ist, die ehernen Grundsätze des Rechtes zu wahren und ihnen zum Siege zu verhelfen, wiegt ungeheuer schwer. Er kann nicht nur auf die Vergangenheit, sondern muß auch auf die Gegenwart bezogen werden. Die vom Generalbundesanwalt kritisierte innere Schwäche scheint heute der Bereinigung des Problems der NS-Richter im Wege zu stehen. „Unsere Vergangenheit", so meinte Güde, „ist nicht bewältigt, weil wir ihr nicht mit Wahrhaftigkeit ins Auge gesehen haben".

Als während der zurückliegenden Monate der Vorwurf erhoben wurde, 800 ehemalige Sonder- und Kriegsrichter, die sich persönlich mit Schuld beladen haben sollen, seien wieder im Justizdienst der Bundesrepublik tätig, glaubte die Bundesregierung, diese Vorwürfe stillschweigend übergehen zu können. Leider hat es der Bundestag bisher versäumt, seiner Kontrollpflicht gegenüber der Regierung Genüge zu tun. Die Abgeordneten aller Parteien zeigen eine merkwürdige Scheu, das heiße Eisen zu berühren. Aber es wird dadurch nicht aus der Welt geschafft. Im britischen Unterhaus kam es wegen der Tätigkeit ehemaliger NS-Richter und Staatsanwälte schon wiederholt zu Debatten. Die angeblich leidenschaftslosen und kühlen Engländer waren es, und nicht die Deutschen, die sich wegen der NS-Richter erregten. Zu wiederholten Malen forderten Labour-Abgeordnete am 19. November 1958 von der britischen Regierung Auskunft darüber, wie es sich mit der Wiederbeschäftigung ehemaliger Sonderrichter in der Bundesrepublik verhalte. Dabei kam es zu stürmischen Szenen. Die Abgeordneten wollten sich nicht damit zufrieden geben, daß die Bundesregierung in Bonn auf eine entsprechende Anfrage der Regierung ihrer Majestät der britischen Königin sich ihrer Verantwortung mit einem Hinweis auf die Zentralstelle zur Ahndung von NS-Verbrechen entzog.

Diese Zentralstelle besteht seit einem dreiviertel Jahr. Auf einer Tagung am 5. 10. 1958 in Bad Harzburg beschlossen die Justizminister der Länder ihre Errichtung, um — wie es hieß — bisher ungesühnte Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft beschleunigt und gerecht ahnden zu können. Der niedersächsische Justizminister Dr. H o f m e i s t e r teilte im Anschluß an die Konferenz mit, daß jede Länderverwaltung einige Staatsanwälte in die Zentralstelle abordnen wolle. Dem Beschluß vom 5. Oktober war ein aufsehenerregender Artikel des Stuttgarter Generalstaatsanwalts N e l l m a n n vorausgegangen, der am 3. September 1958 in der „Stuttgarter Zeitung" die Errichtung der Zentralstelle mit den Worten gefordert hatte: „Wir dürfen nicht zulassen, daß Mörder und ihre Gehilfen, die wir mit systematischem und planvollem Vorgehen erreichen könnten, straflos ausgehen und zum Teil als Beamte und Angestellte des Staates, sogar der Polizei, tätig sind."

Vor Nellmann hatte sich Prof. Eugen K o g o n am 25. 8. 1958 dafür eingesetzt, daß die zuständigen Behörden eine Liste mit den Namen aller Personen anlegen, die verdächtigt seien, während des „Dritten Reiches" Verbrechen begangen zu

haben. Zu jener Zeit ging durch die Öffentlichkeit eine große Bewegung, ausgelöst durch den Prozeß gegen den KZ-Aufseher Martin Sommer und den Skandal um die Flucht des KZ-Arztes Dr. Eisele. Zu Recht wies Kogon darauf hin, daß sich die Öffentlichkeit nur ungenügend der notwendig erscheinenden Konsequenzen bewußt werde. Die Deutschen seien zwar über die zur Sprache gekommenen NS-Verbrechen empört, aber sie äußerten ihre Empörung nicht in politischer Form.

Wie vielschichtig das Problem der NS-Richter ist, zeigte sich u. a. im Herbst 1958 im Anschluß an den erwähnten Prozeß gegen Sommer. Derselbe Mann, der als Vorsitzender des Schwurgerichts den ehemaligen Arrestverwalter des Konzentrationslagers Buchenwald zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt und der während der Verhandlung scharfe Worte gegen die während der NS-Zeit begangenen Unmenschlichkeiten gefunden hatte, sah sich plötzlich dem Vorwurf ausgesetzt, selbst mitschuldig zu sein. Am 3. 9. 1958 meldete die Deutsche Presseagentur, daß gegen den Landgerichtsdirektor Paulus aus Bayreuth Belastungsmaterial vorliege, dessen Prüfung nach Mitteilung des bayerischen Justizministeriums die „Vorstufe zu einem Ermittlungsverfahren" bilde. Paulus sei am Sondergericht Nürnberg-Fürth tätig gewesen. Gleichfalls liege Belastungsmaterial gegen andere Richter vor, u. a. gegen Landgerichtsrat Pfaff aus Würzburg, das noch geprüft würde.

Um diese Zeit war es Bundeskanzler Dr. Adenauer, dessen Ausspruch, endlich Schluß zu machen mit der „Naziriecherei", schon vor Jahren von den ehemaligen Dienern des NS-Reiches als Ermunterung aufgefaßt werden mußte, der sich dafür einsetzte, von den ins Gedächtnis zurückgerufenen Unrechtshandlungen nicht zuviel Aufhebens zu machen. Vor 20 Journalisten, Zeitungs- und Zeitschriftenverlegern, die als Mitglieder des Presserates in das Palais Schaumburg geladen worden waren, verhehlte der Regierungschef nicht seine Sorgen über „mögliche Auswirkungen der KZ-Prozeß-Berichte". Wie wenig Anlaß in Wirklichkeit dafür bestand und besteht, das Geschehen während des Tausendjährigen Reiches dem Vergessen anheim fallen zu lassen, hätte der Kanzler am 25. Oktober 1957 im „Rheinischen Merkur", einem ihm nahestehenden Blatt, nachlesen können. Dort vertrat Dr. Otto Gritschneder die Meinung, „daß wir den Unrechtsstaat, den wir ‚Nationalsozialismus' zu nennen übereingekommen sind, noch keineswegs überwunden haben, weder ideologisch noch personell".

Wie wahr die Worte Gritschneders sind, zeigte sich während des Prozesses gegen den ehemaligen Generalfeldmarschall Schörner. Mehrere hohe und höchste Richter, die in dem Verfahren als Zeugen aussagten, mußte das Gericht wegen des Verdachts der Mittäterschaft unvereidigt lassen; darunter den Oberlandgerichtspräsidenten Dr. Hülle aus Oldenburg, der als ehemaliger Ministerialrat, Oberstrichter und Prozeßreferent beim Reichskriegsministerium an der Abfassung des berüchtigten „Führerbefehl Nummer 7" mitgewirkt hat. Dieser Befehl gab jedem Soldaten die Möglichkeit, gegen einen angeblichen Feigling von der Waffe Gebrauch zu machen. Ebenfalls unvereidigt blieben Landgerichtsrat Enkhaus aus Bückeburg und Senatspräsident Neumann vom Landessozialgericht in Westberlin.

Wie peinlich die Wiederbeschäftigung ehemaliger Kriegs- und Sonderrichter für die Bundesrepublik werden kann, wurde im Herbst vergangenen Jahres auch bei einem Verfahren gegen drei FDGB-Angehörige vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe sichtbar. Die Verteidiger der Angeklagten stellten den Antrag, den Präsidenten des 3. (politischen) Senats, Dr. Ernst Kanter, für befangen zu erklären, weil er Mitglied des Reichskriegsgerichts und gegen Kriegsende Chefrichter im besetzten Dänemark gewesen sei. Ein Kriegsgerichtsrat, so meinten die

Verteidiger, sei in jedem Fall mitverantwortlich gewesen für die Aufrechterhaltung der Diktatur. Im einzelnen warfen sie Kanter vor, am 11. 10. 1939 das Feldurteil gegen den Funkergefreiten Hartmann Raschke wegen Wehrkraftzersetzung mitbestätigt, am 25. 1. 1944 das Todesurteil gegen den Grenadier Johann Frerichs bestätigt und am 13. 2. 1945 als Chefrichter in Dänemark die Hinrichtung des Hieronymus Schön verfügt zu haben.

In einem Presseinterview äußerte der ehemalige dänische Staatsadvokat und heutige leitende Mitarbeiter im dänischen Finanzministerium, Troells Hoff: „Nach meiner Auffassung trägt Kanter die Mitverantwortung für die furchtbaren Strafen, die über dänische Bürger verhängt worden sind".

Der 3. Senat lehnte den Befangenheitsantrag ab. Bundesanwalt Loesdau erklärte, die von den Verteidigern vorgelegten Dokumente sagten nichts über Kanters „tatsächliches richterliches Mitwirken an Urteilen der Kriegsgerichtsbarkeit" aus. Kanter sei weder Nationalsozialist noch Militarist gewesen.

Wie sehr diese Erklärung an der eigentlichen Problematik vorbei ging, gab die „Frankfurter Rundschau" am 13. 9. 58 in einem Kommentar zu verstehen. Das Blatt schrieb: „Um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Person des Präsidenten dieses Senats steht es nun einmal schlecht, wenn er in das Kreuzfeuer von Befangenheitsanträgen gerät". An den Richter-Wahlausschuß des Bundestages richtete die Zeitung die Frage: „War es klug, den Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium, Dr. Ernst Kanter, zum Senatspräsidenten beim Bundesgerichtshof zu machen?" Zwei Tage vorher, am 11. September 1958, hatte die „Süddeutsche Zeitung" daran erinnert, daß bei der Ernennung Kanters „in der Öffentlichkeit Bedenken geäußert worden sind".

Aber Kanter amtiert noch heute.

Ein weiteres Schulbeispiel für die Nachlässigkeit bei der Wiedereinstellung ehemaliger NS-Juristen ist der Fall des Frankfurter Oberstaatsanwaltes Schweinsberger. Er mußte im Dezember vergangenen Jahres vom Dienst suspendiert werden, nachdem bekannt geworden war, daß er 1952 den Wehrmachtsbeamten Weisheit gedeckt hatte, der wegen eines Mordes an 77 Juden, darunter vielen Frauen und Kindern, vor Gericht gestellt werden sollte. Der Fall Schweinsberger ist auch in anderer Hinsicht von Interesse. So wie die Richterkollegen des Senatspräsidenten Kanter dem ehemaligen Kriegsgerichtsrat „antinazistische Gesinnung" bestätigten, so erklärte Schweinsberger, er habe den Vorsitz in der Verhandlung gegen Weisheit aus „antinazistischer Einstellung" heraus abgelehnt. In einem Geheimschreiben an den Oberstkriegsgerichtsrat der 1. Panzerarmee teilte Schweinsberger am 1. Oktober 1942 allerdings die wahren Gründe mit: „Ich bin als nationalsozialistischer Richter nach meiner Ansicht nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, volks- und staatsfremde Urteile durch eine etwaige Übereinstimmung des Vorsitzenden durch die Beisitzer zu verhindern."

Es spricht für die Entschlossenheit der hessischen Landesregierung, verdächtige Richter oder Staatsanwälte unter keinen Umständen im Justizdienst zu dulden, daß sie einen offiziellen Beauftragten des Justizministeriums nach Ostberlin entsandte, der sich an Ort und Stelle mit den Originaldokumenten vertraut machte. Eine Überprüfung der Akten ergab die Richtigkeit der gegen Schweinsberger erhobenen Vorwürfe.

Dieses Ergebnis scheint nunmehr das Justizministerium von Baden-Württemberg veranlaßt zu haben, Fühler nach Ostberlin auszustrecken, um Anschuldigungen zu überprüfen, die gegen mehrere Richter und Staatsanwälte erhoben werden, die im baden-württembergischen Justizdienst beschäftigt sind. Zu ihnen gehören der Stuttgarter Oberlandesgerichtsrat Walter Eisele, früher Amtsgerichtsrat und Senatsvorsitzender am Sondergericht Prag, der Ravensburger Landgerichtsrat

Dr. Reimers, früher Kammergerichtsrat und Richter am Sondergericht Berlin sowie am Volksgerichtshof, der Heidelberger Staatsanwalt Rehder-Knöspel, früher Oberstaatsanwalt beim deutschen Landgericht in Prag, der Karlsruher Amtsgerichtsrat Dr. Heinrich Eppinger, früher Oberlandesgerichtsrat für politische Strafsachen in Leitmeritz, sowie eine Reihe von Richtern bzw. Staatsanwälten im Bereich des Landgerichts Mannheim. Der Präsident dieses Landgerichts, Dr. Anschütz, bestätigte am 2. Juli 1958, daß das Justizministerium Baden-Württemberg die früheren Tätigkeiten dieser und anderer Richter überprüfe.

Eisele wird u. a. vorgeworfen, als Vorsitzender der VI. Kammer des Sondergerichts beim deutschen Landgericht in Prag am 27. April 1944 die tschechoslowakischen Staatsbürger Franz Hadac, Antonie Hadac, Thomas Resl und Wilhelmine Resl zum Tode verurteilt zu haben, weil sie „einen Reichsfeind unterstützt und nicht angezeigt" haben. (Die Verurteilten haben einen von der Gestapo gesuchten Widerstandskämpfer beköstigt und beherbergt.) Die Anklageschrift in diesem Verfahren trägt die Unterschrift des in Heidelberg tätigen Staatsanwalts Rehder-Knöspel. Auf seinen Antrag soll am 30. März 1940 auch Ladislaus Vojtech zum Tode verurteilt worden sein, weil er sich des gleichen Deliktes schuldig gemacht hatte. (Aktenzeichen 5 KLs 18/40.) Rehder-Knöspel soll ferner der amtierende Staatsanwalt bei der am 5. Februar 1943 in Dresden erfolgten Hinrichtung des angeblich von Eisele zum Tode verurteilten Adalbert Mika aus Obtschau gewesen sein. In dem von Rehder-Knöspel unterzeichneten Hinrichtungsbericht heißt es: „In der Strafsache gegen Adalbert Mika fanden sich in einem umschlossenen Hofe des Landgerichtsgebäudes am Münchener Platz zur Vollstreckung des Todesurteils ein:

Erster Staatsanwalt Rehder-Knöspel
als Leiter der Vollstreckungsbehörde . . .

Der Verurteilte wurde durch zwei Gefängniswachtmeister vorgeführt. Der Vollstreckungsleiter beauftragte nach Feststellung der Personengleichheit des Vorgeführten mit dem Verurteilten den Scharfrichter mit der Vollstreckung des Urteils des Sondergerichts Prag vom 25. November 1942. Der Scharfrichter vollzog hierauf um 18 Uhr 35 Minuten die Todesstrafe an dem Verurteilten mit der Fallschwertmaschine.

Von der Vorführung des Verurteilten bis zur Übergabe an den Scharfrichter vergingen drei Sekunden und von der Übergabe des Verurteilten an den Scharfrichter bis zur Vollstreckung des Todesurteils vergingen 11 Sekunden.

Leichnam und Haupt des Verurteilten wurden dem Gefängnisbeamten zur Weiterbehandlung übergeben."

Die Schwere der Vorwürfe gegen rund 800 ehemalige Sonderrichter, Kriegsrichter und NS-Staatsanwälte läßt es geboten erscheinen, mit einer Überprüfung nicht länger zu warten. Um die Bemühungen der Länderjustizverwaltungen zu unterstützen, sollte endlich wahr gemacht werden, was der niedersächsische Justizminister nach der Konferenz vom Oktober vergangenen Jahres in Bad Harzburg ankündigte. Zur Stunde steht die Abordnung mehrerer Staatsanwälte durch jede der Länderverwaltungen in die Zentralstelle zur Ahndung von NS-Verbrechen nämlich noch aus. Die Zentralstelle arbeitet nur mit einem Staatsanwalt und einigen Sachbearbeitern. Bei der Fülle der zu klärenden Fälle können also nur geringe Fortschritte erzielt werden. Es wäre betrüblich, wenn sich der verschiedentlich geäußerte Verdacht bestätigen sollte, wonach die Zentralstelle in Ludwigsburg nur aus optischen Gründen errichtet worden ist, um vor allem dem Ausland gegenüber den Willen zu demonstrieren, die Ahndung ungesühner NS-Verbrechen voranzutreiben.

Dieser Verdacht ließe sich am besten entkräften, wenn — wie im Fall Schweinsberger — offizieller Kontakt zu jenen Ostberliner Stellen aufgenommen würde, die offenbar über ausreichendes Dokumenten-Material verfügen, um jeden der bisher bekanntgewordenen Fälle gründlich zu überprüfen und anschließend entweder eine Rehabilitierung der Betreffenden oder die notwendigen disziplinarischen oder strafrechtlichen Schritte einzuleiten. Mit Rücksicht auf die vielen Opfer der nationalsozialistischen Justizmaschinerie erscheint die vor Jahren fixierte sogenannte Hallstein-Doktrin über die Nichtanerkennung der DDR kein hinreichender Grund, um diese Kontaktaufnahme zu unterlassen. Die mit der Überprüfung der NS-Richter und Staatsanwälte befaßten Beamten könnten jederzeit darauf verweisen, daß sie nach geltendem Recht verpflichtet sind, alle Möglichkeiten zur Aufklärung eines Vergehens oder Verbrechens auszuschöpfen.

Für diese Aufklärung lassen sich sogar politische Gesichtspunkte ins Feld führen, wie sie eingangs erwähnt worden sind. Letzten Endes würde die Bereinigung des Problems der NS-Richter sich zum Nutzen der Bundesrepublik auswirken. Durch die Beschäftigung ehemaliger NS-Richter gibt sie sich eine Blöße, auf die zu gegebenenem Anlaß von der anderen Seite immer wieder hingewiesen werden kann. Bei all dem darf nicht außer acht gelassen werden, daß das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz solange gefährdet ist, wie die zuständigen Stellen davor zurückschrecken, den Justizapparat gründlich zu durchleuchten. Es sollte zu denken geben, daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 6. Oktober 1958 im Hinblick auf eine Reihe milder Urteilssprüche gegen belastete NS-Anhänger die Frage stellte: „Kann es sich ein Rechtsstaat leisten, daß seine Bürger, wenn sie über die sanften Urteile der letzten Monate reden, auf die möglichen psychologischen Handicaps der Richter zu sprechen kommen?"

Die Bereitschaft zur „Aufarbeitung" der Vergangenheit wird durch Prozesse gegen Typen wie Martin Sommer, Wilhelm Schubert und Gustav Sorge nur mangelhaft bewiesen. Im Hinblick auf diese Fälle und auf das Problem der NS-Richter gilt der Satz, den der Stuttgarter Generalstaatsanwalt Nellmann in dem bereits zitierten Artikel vom 3. 9. 1958 aussprach: „Wir dürfen nicht Mücken seihen und Kamele schlucken."

Stefan Andres

Eine Antwort

Sie fordern mich auf, zu dem Bäumchen-wechsle-dich-Spiel unseres Herrn Bundeskanzlers öffentlich Stellung zu nehmen. Was die Hauptfigur in diesem allerdings grotesken politischen Spiel angeht, so wäre, will man ihr, der Hauptfigur, nicht Unrecht tun, doch wohl eher ein in der Gerontologie bewanderter Psychiater zu Rate zu ziehen. Aber auch er dürfte nicht nur den „großen alten Mann", sondern müßte mehr noch seine nähere politische Umwelt, mit der „der Alte" dieses Spiel treiben kann, in die Betrachtung ziehen, sie aber auf ihre männliche und persönliche Reife untersuchen. Ja, er müßte sogar die gesamte Öffentlichkeit, soweit sie dieses Spiel billigt, auf den einen, immer noch gleich gefährlichen Punkt untersuchen: auf den Vater-Komplex, den ich aber, um nicht als Freudianer

verdächtigt zu werden, lieber einen politisch-romantischen Persönlichkeitskult nennen und, falls auch dieser Begriff verdächtig ist, einfach mit Verantwortungsschwäche, politischer Indolenz und unmännlicher — oder typisch männlicher? — Feigheit umschreiben möchte. Unter starker genialer Persönlichkeit stellt sich — und leider nicht nur in Westdeutschland! — die Gesellschaft einen Mann vor, der, unabhängig von den Erkenntnissen und berechtigten Forderungen seiner Mitmenschen, den eigenen Willen zur Richtschnur des allgemeinen Handelns macht — und als letzte Instanz auf die eigene Brust zeigt und sich eben dadurch zum deus terrenus macht. Kann man es uns verdenken, wenn wir Mißtrauen hegen gegen solche genialen Persönlichkeiten, die sich, statt der Vernunft Rede und Antwort zu stehen, auf ihr Gewissen berufen? Oder sich für unersetzbar, für den Finger Gottes, das Werkzeug der Vorsehung halten? Wird hier nicht das Gewissen zu einem Hinterausgang, zu einer Überlistung des Mitspielers, zu einer taktischen Ausflucht des puren Pragmatikers? Ja noch mehr: das an solcher Stelle und in solchem Augenblick bemühte Gewissen — die Stimme also, durch die sich der Mensch mit der Wahrheit und dem Höchsten Gut verbunden glaubt — verführt sie nicht eben dadurch, daß die Person sich selbst verabsolutiert, in die nebligen Bereiche des Relativismus?

Man überlege einmal: da steht ein alter und in gewisser Hinsicht verdienter und tüchtiger Mann, der behauptet, er allein könne die Außenpolitik der Bundesrepublik in dieser Stunde bestimmen. Er beruft sich dabei auf sein Gewissen. Und seine Parteifreunde glauben es ihm. Oder — glauben sie ihm etwa doch nicht? Aber das dürfen wir einfach nicht annehmen, denn damit beleidigten wir ein paar hundert deutscher Männer und Frauen auf eine gar nicht zu überbietende Weise. Wenn sie aber diesem Mann, der, statt Gründe vorzubringen, sich auf seine innere Stimme beruft, wenn sie ihm wirklich glauben und weiter vertrauen, können wir es dann dem alten Mann verargen, wenn er sich für unersetzlich, ja für unser aller Schicksal hält? Wieder erleben wir es, daß eine starke Persönlichkeit, indem sie ihrer Umgebung ihren Willen aufdrückt, durch die Anpassungslust und Widerstandslosigkeit dieser Umgebung in einen leeren Raum gerät, wo sie mit sich selbst allein ist und zum Gespenst wird. Der Anblick eines Königs Lear, der zu früh abdankte und seine Macht verteilte und nun zum Bettler vor den Beschenkten wird, ist lange nicht so tragisch und vor allem nicht so peinlich, als ihn ein tüchtiger und vitaler Staatsmann bietet, der, von seinen weihräuchernden Kreaturen umgeben, noch die Sterbekerze wie ein Zepter schwingen wird und nicht ahnt, daß das Zünglein an der Waage der weltpolitischen Entscheidung, für das er sich auch dann noch hält, von andern und feineren Gewichten bewegt wird, von Gewichten, die er, der gläubige Mensch, eigentlich mit in die Rechnung hätte setzen müssen.

Simon Messer

Die verborgene Wildheit unseres Regims

Muß einem das Leben in unserem Lande der künstlich angehaltenen Winde nicht langsam unheimlich werden? Wohin man blickt — überall in der Welt hat die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg Erschütterungen, Krisen, Umbrüche, Ablösungen, Dramen, Neuformierungen mit sich gebracht, nur in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Bei uns hat man in diesen Tagen wieder einmal Gelegenheit, sich an Reinhold Maiers resigniertes Wort von ehedem zu erinnern: „Was muß eigentlich bei uns noch alles passieren, bevor etwas passiert?"

Bei uns passiert nichts. Bei uns stellt sich ein prominenter Politiker vor das Volk hin und ruft: „Die Hand soll demjenigen abfallen, der noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt"; wenig später wird der gleiche Mann Rüstungsminister. Bei uns zieht der Regierungschef in den Wahlkampf mit der feierlichen Versicherung: „An eine atomare Ausrüstung unserer Truppe ist nicht zu denken"; gleich nach der Wahl stellt sich heraus, daß die atomare Ausrüstung unserer Truppe schon beschlossene Sache war, als der Regierungschef feierlich das Gegenteil verkündete, aber der Mann bleibt Regierungschef. Bei uns — „Doch wozu auch all die Worte — kennt ja selbst ihn ganz genau."

Bei uns wird Stabilität markiert. Mag alle Welt im Umbruch sein — wir haben das nicht nötig. Die persönliche Großmannssucht unserer Wirtschaftswunder-Bürger manifestiert sich auch in unserer Politik: Regierungssturz? Wie shoking! In guten Familien tut man sowas nicht.

Immerhin jedoch: halb waren wir den Alten schon los. In diesem Jahr 1959 schien sich auch bei uns etwas tun zu wollen. Und nun ist wieder nichts daraus geworden. Den Alten schienen die leisen, aber doch eben noch vernehmbaren Seufzer der Erleichterung, die bei Ankündigung seiner Demission sich seiner eigenen Partei entrangen, arg gewurmt zu haben. Er setzte voll Arglist eines jener Ränkespiele in Gang, die in Deutschland den Herrschenden traditionsgemäß kein besonders großes Risiko kosten, und kehrte schadenfroh auf den schon aufgekündigten Thron zurück. Die Erde hat ihn wieder.

Lassen wir ihn. Gönnen wir ihm das befristete Glück der letzten Illusion. Wenn einer, der es billiger hätte haben können, partout seinen Nimbus höchstselbst zerstören will, soll man ihm nicht in die Arme fallen. Konrad Adenauer führt vor der erstaunten Welt den gespentischen Monolog eines Greises auf, der zum Altsein alles besitzt außer dem Schönsten: der Altersweisheit. Bitter ist's, wenn einem die Stunde schlägt; viel bitterer aber, wenn der's gar nicht merkt. Konrad Adenauer merkt es nicht: das wird die Geschichtsschreibung dermaleinst als sein auffälligstes Persönlichkeitsmerkmal festhalten. Und es wird der Tag kommen, an dem gerade seine Verehrer mit dem Schicksal zu hadern beginnen werden, daß es nicht auch ihn — wie den glücklicheren und größeren John Foster Dulles — gnädig zu sich genommen hat, noch bevor alle seine Irrtümer mit der Brutalität einer Springflut über seinem schon längst nicht mehr hehren Haupt — und über seinem Volk — zusammenschlagen.

Aber um Adenauer geht es eigentlich gar nicht mehr, denn seine Irrtümer haben schon angefangen, über ihm zusammenzuschlagen: Seine Vorstellungen von der Wiedervereinigung sind schon ad acta gelegt, die Gipfelkonferenz wird kommen, die faktische Anerkennung der DDR wird Fortschritte machen, die Abrüstung wird unabhängig von der Deutschlandfrage vorangetrieben werden... In England würde schon ein Bruchteil von Adenauers Fehleinschätzung der Weltlage genügen, um ihm den Laufpaß zu geben.

Auch um Ludwig Erhard, des Ränkeschmieds neuestes Opfer, geht es nicht so recht —, denn was hätte er tun sollen? Demissionieren? Das tun deutsche Minister nicht gern. Vom Holze eines Gustav Heinemann, der das als einziger seit 1945 getan hat, ist eben nicht jeder geschnitzt. Kämpfen? Gesetzt einmal, Erhard wäre zunächst tatsächlich zum Kampf entschlossen gewesen: mit wem hätte er diesen Kampf führen sollen? Mit dem gehemmten schwäbischen Bruttler Gerstenmaier vielleicht, der nach ein paar anfänglichen Schnaubtönen plötzlich die wundervolle christliche Regel für sich entdeckte, daß Versöhnung, auch in der Politik, eher ein Zeichen für Stärke als für Schwäche sei? Von allen anderen erst gar nicht zu reden — am wenigsten von Ihrer Majestät, des Kanzlers, gehorsamster Opposition, den Sozialdemokraten, deren Spitzengremium am gleichen Wochenende, als der zynisch triumphierende Kanzler in München sich das ungeheuerliche Wort erlaubte, diese ganze Geschichte gehe die Opposition gar nichts an, nichts Wichtigeres zu beschließen hatte, als daß die Mitarbeit an der munteren linkssozialistischen Hamburger Studentenzeitung „Konkret" mit der Mitgliedschaft in der SPD nicht mehr zu vereinbaren sei.

Kein Zweifel: Vor allem auf D. Eugen Gerstenmaier waren in diesen Wochen viele Blicke erwartungsvoll gerichtet. Er hatte sich im Laufe der Jahre aus anfänglicher Biederkeit respektabel hinaufgemüht auf die Plattform der relativ geringsten Adenauer-Faszination. Doch nun, da er einen bestimmten Startschuß hätte geben können, gab er diesen nicht. Er „versöhnte" sich. Damit trat das ein, was wirkliche Kenner unserer Verhältnisse von Anfang an prophezeit hatten: Nichts. Der Berg hatte gekreißt — und er hatte eine Maus geboren. Die stärkste Fraktion im Bonner Parlament hat etwas getan, das man nur noch Selbstverstümmelung aus Feigheit vor dem Feind nennen kann. Charles de Gaulle in Frankreich hat immerhin erst einmal eine Nationalversammlung davonjagen müssen, bevor eine zweite ihm zu Willen war. Konrad Adenauer in Deutschland braucht nicht einmal das in's Auge zu fassen; dieselbe Fraktionsmehrheit, die Wochen zuvor seinen Entschluß gebilligt hatte, endlich aus der aktiven Politik auszusteigen, billigte nun seinen gegenteiligen Entschluß.

Haben alle diese Volksvertreter denn gar kein Körnchen Angst davor, es könnte dereinst auf ihnen ein ähnlicher Makel hängen bleiben wie seinerzeit auf denen, die Hitlers Ermächtigungsgesetz gut hießen?

Ist ihnen denn gar nicht bewußt, daß in diesen Tagen ungezählte Menschen bei uns und im Ausland an unserer Demokratie verzweifelt sind?

Daß Konrad Adenauer kein Demokrat ist, wissen wir lange. Aber daß unsere — um einen der gewählten Ausdrücke Gerhard Schröders zu gebrauchen — „relevanten" Parlamentarier auch des Kanzlers bisher rücksichtslosestes Schindludertreiben mit den inneren Gesetzen der Demokratie und mit ihnen selbst erdulden, ohne den in der Presse ringsum zu Tage getretenen Mehrheitswillen ihrer Wähler zum Handeln zu befolgen, das ist mehr, als die Polizei erlauben dürfte. Oder meinen die Herren in Bonn, es stärke die gesellschaftliche, demokratische Moral des Volkes, wenn ihm demonstriert wird, daß es in seinem Lande um die Wahl des Staatsoberhauptes im Grunde ebenso dreckig zugeht wie daheim bei ihm in seinem Dorf bei der Wahl eines neuen Kegelvereinskassierers und wenn er erkennt, daß sich hinter der Hochglanzfassade einer Gala-Verfassung ein Regime der verborgenen Wildheit breitmacht? In so hoch bezahlter Position — vom Volk bezahlter — dem Volk nicht bestes Beispiel geben, heißt, das Volk offensichtlich beleidigen.

Was ist es doch für eine klägliche Auffassung von Demokratie, uns glauben machen zu wollen, nur ein Mann — und nur ein ganz bestimmter, außer ihm sonst keiner — könne das Staatsschiff sicher durch alle Fährnisse lenken?! Eine

Demokratie, deren formbildende Persönlichkeiten nicht jederzeit gegeneinander austauschbar sind, ist nicht nur eine klägliche, sie ist überhaupt keine Demokratie mehr.

Über diesen niederschmetternden Eindruck der letzten Wochen wird so mancher Mensch bei uns nachzudenken beginnen —: das ist das vorläufige Ergebnis dieser Hanswurstiade. Unsere Staatsbürger leisten sich ahnungslos ein Parlament, das ebenso über unsere Verhältnisse geht wie manch anderes Repräsentierstück unserer Konjunktur, — ein Parlament nämlich, das sich demokratisch nennt, dessen „relevante" Vertreter aber offenbar die elementarste Faustregel der demokratischen Idee entweder nicht kennen oder nicht befolgen wollen. Hier ist sie — eingekleidet in eine historische Anekdote (leider keine deutsche):

Als Bernadotte, der spätere schwedische König Karl XIV., noch französischer Kriegsminister war, wollte Siéyès als Mitglied des Direktoriums unbedingt seine Absetzung erzwingen, weil er bei Bernadotte diktatorische Gelüste witterte. Gohier widersprach ihm und sagte: „Bernadotte ist nicht nur nützlich, er ist für die Republik unentbehrlich!" — „Gerade darum", erwiderte Siéyès; „wenn in einer Republik jemand unentbehrlich wird, muß man ihn als den gefährlichsten Feind ansehen und mit jedem Mittel entfernen." —

Zum Schluß noch zwei andere Worte. Das erste richtet sich an D. Gerstenmaier: Kein Christ, Herr Bundestagspräsident, kann von Ihrer Anmerkung über den Wert der Versöhnung in der Politik hämisch reden; jeder vernünftige Mensch muß es prinzipiell begrüßen. „Auch in der Politik ist Versöhnung eher ein Zeichen für Stärke als für Schwäche" — ein großes, ein wahres Wort. Aber sollte es nur innerhalb im Grunde Gleichgesinnter gelten dürfen? Wie wäre es, wenn man es auch außenpolitisch in Erwägung zöge? Die Völker der Welt fiebern ja förmlich nach Versöhnung! Es wäre eine wundervolle Frucht Ihres jüngsten Gewissenskampfes, Herr Bundestagspräsident, wenn Sie dafür sorgen wollten, daß das von Ihnen in die Debatte geworfene schöne Wort nicht wieder in die Versenkung tauchen kann — z. B. auch in Genf, wo Wilhelm Grewe und Lothar Bolz nun seit Wochen beieinander sind, ohne sich auch nur Guten Tag gesagt zu haben.

Und das zweite: Der Kanzler hatte insofern leichtes Spiel, als er seinen Widersachern zu suggerieren verstand, die Bundesregierung dürfe sich gerade jetzt keine Krise leisten: die Bedrohung durch die Sowjets sei ernster als je zuvor, also gelte es zur Stunde ganz besonders, eng zusammenzurücken und kein Zeichen der Schwäche zu geben... Das kann man Belagerungspsychose nennen; sie ist bis auf diesen Tag des alten Magiers probatestes Mittel gegen alle Muck-Versuche in den eigenen Reihen geblieben.

Frage an diejenigen „in den eigenen Reihen", die das nun am eigenen Leib zu spüren bekommen haben:

Können Sie sich jetzt, meine Herren „relevanten" Parlamentarier in Bonn, ein klein wenig besser als früher vorstellen, wie es zum Beispiel den Sowjets zu Mute ist, die das Gefühl, vom Westen „belagert" zu sein, seit vierzig Jahren haben? Wenn ja, dann wäre das eine zweite positive Erkenntnis aus dem Scherbenhaufen, den Sie im schönen Monat Juni 1959 aus unseren demokratischen Sitten von einem hemmmngslosen alten Mann haben machen lassen, statt diesen in's Scherbengericht zu nehmen, wie nicht nur das Volk, sondern sogar der größere Teil unserer Rechtspresse das von Ihnen erwartet hat.

RA Erwin Fischer

Grundgesetz und Wiedervereinigung

Der Zusammenhang zwischen dem Problem der friedlichen Wiedervereinigung und der atomaren Aufrüstung ist evident: sie schließen sich gegenseitig aus. Infolgedessen ist von großer Bedeutung, wie sich das Bundesverfassungsgericht zu dem Gebot der Wiedervereinigung geäußert hat. Dies geschah in dem Urteil des 1. Senats vom 17. August 1956, durch das die Kommunistische Partei Deutschlands für verfassungswidrig erklärt wurde. In diesem Verfahren hatte die KPD den Antrag gestellt, das Verfahren gegen sie als grundgesetzwidrig und daher unzulässig einzustellen, weil der allen übrigen grundgesetzlichen Vorschriften gegenüber vorrangige Verfassungsgrundsatz der Verpflichtung zur Wiedervereinigung Deutschlands die von der Bundesregierung begehrte Feststellung der Verfassungswidrigkeit hindere.

Im Hinblick auf diesen Einwand hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, daß die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands ein vordringliches nationales Ziel sei. Dies sei nicht nur politisch selbstverständlich, sondern folge auch aus dem rechtlichen Gesichtspunkt, daß das Deutsche Reich durch den Zusammenbruch als Staats- und Völkerrechtssubjekt nicht untergegangen sei. Daher seien bereits die Vorarbeiten zum Grundgesetz von dem Gedanken beherrscht gewesen, daß alles vermieden werden müssen, was geeignet sei, die Spaltung zwischen Westdeutschland und der sowjetischen Besatzungszone zu vertiefen. Aus diesem Grunde habe man die Wiedervereinigung Deutschlands als politisches Ziel auch im Text des Grundgesetzes sichtbar in den Vordergrund gerückt. Die Präambel bringe den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck, „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinigten Europa dem Frieden der Welt zu dienen". Es folge der Schlußsatz: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden". Und schließlich bringe Art. 146 GG mit der Beschränkung der Geltungsdauer des GG klar zum Ausdruck, daß erst die von dem gesamten deutschen Volke zu beschließende Verfassung als die endgültige Entscheidung des deutschen Volkes über seine staatliche Zukunft anzusehen ist.

Die folgenden Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts sind so bedeutsam, daß sie wörtlich wiedergegeben werden sollen: „Dem Vorspruch des GG kommt naturgemäß vor allem politische Bedeutung zu. Er geht von der Vorstellung des fortbestehenden gesamtdeutschen Staates aus und betrachtet die von ihm aufgerichtete Staatsordnung als eine Ausübung gesamtdeutscher Staatsgewalt auf einem räumlich zunächst beschränkten Gebiet. Er ist daher politisches Bekenntnis, feierlicher Aufruf des Volkes zu einem Programm der Gesamtpolitik, das als wesentlichsten Punkt die Vollendung der deutschen Einheit in freier Selbstbestimmung enthält. Darüber hinaus hat aber der Vorspruch auch rechtlichen Gehalt. Er beschränkt sich nicht auf gewisse rechtlich erhebliche Feststellungen und Rechtsverwahrungen, die bei der Auslegung des GG beachtet werden müssen. Vielmehr ist aus dem Vorspruch für alle politischen Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland die Rechtspflicht abzuleiten, die Einheit Deutschlands mit allen Kräften anzustreben, ihre Maßnahmen auf dieses Ziel auszurichten und die Tauglichkeit für dieses Ziel jeweils als einen Maßstab ihrer politischen Handlungen gelten zu lassen."

Das Bundesverfassungsgericht folgert weiter: „Nach der negativen Seite hin bedeutet das Wiedervereinigungsgebot, daß die staatlichen Organe alle Maßnahmen zu unterlassen haben, die die Wiedervereinigung rechtlich hindern oder fak-

tisch unmöglich machen. Das führt aber zu der Folgerung, daß die Maßnahmen der politischen Organe verfassungsgerichtlich auch darauf geprüft werden können, ob sie mit dem Wiedervereinigungsgebot vereinbar sind."

Selbstverständlich billigt das Bundesverfassungsrecht den politischen Organen eine Handlungs- und Ermessungsfreiheit zu. Man müsse es ihnen überlassen, zu entscheiden, welche Wege sie zur Herbeiführung der Wiedervereinigung als politisch richtig und zweckmäßig ansehen. Die politische Ermessensfreiheit beschränke sich damit praktisch auf den allerdings immer noch weiten Bereich der hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Wiedervereinigung zweifelhaften Maßnahmen. Denn der Richter könnte eine Maßnahme der politischen Organe nur dann als verfassungswidrig beanstanden, wenn die Verletzung des Verfassungsgebots der Wiedervereinigung durch sie evident und die Maßnahme unter keinem Gesichtspunkt zu rechtfertigen wäre.

Nun leuchtet ein, daß bezüglich der positiven Maßnahmen zur Herbeiführung der Wiedervereinigung ein anderer Maßstab anzulegen ist als bezüglich der negativen. Welche Wege zur Wiedervereinigung richtig und zweckmäßig seien, mag im einzelnen zweifelhaft sein. Es lassen sich daher viel leichter Ausflüchte finden, wenn es an dem von der Verfassung geforderten intensiven Willen zur Wiedervereinigung fehlt. Anders verhält es sich, wenn politische Organe Maßnahmen ergreifen, die „die Wiedervereinigung rechtlich hindern oder faktisch unmöglich machen". Hier hat das Bundesverfassungsgericht eine klare Sprache vernehmen lassen. Es dürfte, um sich seiner Worte zu bedienen, „evident" sein, daß die atomare Rüstung — sei es auch im Rahmen der Nato — die Wiedervereinigung faktisch unmöglich macht und somit das Verfassungsgebot der Wiedervereinigung verletzt. Daraus folgt, daß die atomare Rüstung verfassungswidrig ist.

Nun meint das Bundesverfassungsgericht, die Maßnahme müßte „unter keinem Gesichtspunkt zu rechtfertigen" sein, wenn der Verfassungsrichter sie als verfassungswidrig zu beanstanden hätte. Offenbar soll diese Formulierung besagen, daß auch eine Maßnahme, die offensichtlich das Verfassungsgebot der Wiedervereinigung verletze, nur dann als verfassungswidrig beanstandet werden könne, wenn sie unter keinem Gesichtspunkt zu rechtfertigen wäre. Diese zweite Voraussetzung steht in Widerspruch zu dem eindeutigen Grundsatz, daß alle Maßnahmen zu unterbleiben haben, die die Wiedervereinigung faktisch unmöglich machen. Mit dieser weitgehenden Formulierung würde den politischen Organen nämlich ein Freibrief ausgestellt werden, den „wesentlichsten Punkt" des Programms der Gesamtpolitik — nämlich „die Vollendung der deutschen Einheit" — zu ignorieren und unmöglich zu machen. In anderen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, die sich mit dem Ermessen des Gesetzgebers befassen, ist auch stets davon die Rede, ob eine Regelung „unter keinem sachlich vertretbaren Gesichtspunkt" zu rechtfertigen wäre. Da das Gebot der Wiedervereinigung dem Bundesverfassungsgericht zufolge auch ein r e c h t l i c h e s Gebot ist, dürfte es mindestens geboten sein, die zweite Voraussetzung unter den gleichen Vorbehalt zu stellen, daß lediglich ein sachlich vertretbarer Gesichtspunkt einen Rechtfertigungsgrund darzustellen vermöge. Dazu kommt noch eine weitere Erwägung. Allgemeiner Auffassung zufolge kommt Entscheidungen des Verfassungsgesetzgebers ein höherer Rang zu als anderen, besonders wenn es sich um fundamentale Entscheidungen des Verfassungsgesetzgebers handelt. Nun ergeben die oben zitierten Äußerungen, daß das Bundesverfassungsgericht dem Wiedervereinigungsgebot einen solchen hohen Rang zuerkennt. Ein sachlich vertretbarer Gesichtspunkt, der die Verhinderung der Wiedervereinigung rechtfertigen könnte, müßte daher auf eine gleichrangige Norm zurückzuführen sein. Gibt es eine solche?

Art. 24 des Grundgesetzes, wonach der Bund „sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen" kann und „hierbei in die Beschränkung seiner Hoheitsrechte einwilligen" wird, „die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern", ist sicher eine gleichrangige Norm. Diese Verfassungsbestimmung vermag aber eine atomare Rüstung nicht zu decken, da sie sicherlich nicht geeignet ist, eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeizuführen und zu sichern. Die Berufung auf Art. 24 GG versagt auch deshalb, weil jede Atomrüstung der Vorbereitung völkerrechtswidriger Handlungen dient und schon die Versuche mit Bomben dieser Art rechtswidrig sind, weil sie das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 GG) verletzen.

Ob der Verzicht auf eine atomare Rüstung dem deutschen Volke die Wiedervereinigung beschert, vermag niemand zu sagen. Diesem Nachweis zu dienen, sind diese Ausführungen nicht bestimmt. Sie gehen vielmehr von der unwiderlegbaren Annahme aus, daß die Atomrüstung die Wiedervereinigung faktisch unmöglich macht und sie daher verfassungswidrig ist.

E. S. Sachs, London

Afrika und der kalte Krieg

Der Appell von Königin Elisabeth an den vor kurzem in London veranstalteten Atlantischen Kongreß, durch den der zehnte Gründungstag der Nato gefeiert werden sollte, der Kongreß möge „einfache Empfehlungen und kluge Ideen" hervorbringen, hatte keine sensationelle Wirkung. Der hübsche und verbindliche Luftwaffengeneral Lauris Norstad, Oberkommandierender der Nato, sagte voraus, ein Unfall werde höchstwahrscheinlich die Ursache des nächsten Krieges sein, der sich aus einem Fehler oder einer falschen Berechnung ergeben würde. Diese „brillante" Analyse enthält nichts Neues; alle Kriege waren das Ergebnis von Fehlern oder falschen Berechnungen, zumindest auf der Seite des Unterlegenen. Die mehreren hundert Millionen in Westeuropa lebenden Männer, Frauen und Kinder werden nur wenig Trost in der Gewißheit finden, daß der Fehler eines beliebigen Mannes ihnen allen Tod und Zerstörung bringen kann.

Dem General folgte mit einer weiteren Ansprache Admiral Gerauld Wright, der alliierte Oberkommandierende im Atlantik. Abgesehen davon, daß er erwähnte, die Nato verfüge über mehr als 3500 Schiffe und die Sowjetunion habe eine mächtige Flotte von Unterseebooten erbaut, empfahl er vor allem der illustren Versammlung, sie möge dafür sorgen, daß die Völker sich der gewaltigen Vorteile bewußt werden, die sich aus der Mitgliedschaft in der Nato ergäben. Welche „Vorteile" ergeben sich für die Völker der Staaten, die das Atlantische Bündnis bilden, aus dem Wettrüsten, das ihre Reichtümer verschlingt, und aus der Anwesenheit von Generalen und Admiralen, von Luftflotten, Armeen und Kriegsgeschwadern, die nur Tod und Vernichtung über alle Menschen bringen können, gleichgültig ob die Schlachten gewonnen oder verloren werden?

Sir William Hayter, ehemals britischer Gesandter in Moskau und heute Rektor des New College, Oxford, gab in pessimistischer Stimmung zu, daß der Westen noch keine wirksame Methode gefunden habe, um sich der Bedrohung der westlichen Interessen in den neutralen Staaten durch die Sowjetunion zu erwehren. Er hätte hinzufügen müssen, daß die einzige Hoffnung für den Westen, wenn er seine Interessen in den neutralen Staaten schützen will, darin liegt, auf die Methoden imperialistischer und kolonialer Herrschaft zu verzichten, sich unzweideutig von der Politik der „Beherrschung durch den weißen Mann" loszusagen, die vor allem den Angelsachsen so sehr am Herzen liegt, und dafür echte Demokratie in die Tat umzusetzen, den Kalten Krieg zu beenden und den entwicklungsfähigen und verarmten Völkern einen Teil der riesigen Summen, die heute für Rüstungen verwendet werden, zu geben, damit sie gesunde Volkswirtschaften aufbauen können.

Alastair Buchan vom Institut für Strategische Studien befürchtete, die Nato könne auseinanderbrechen, wenn die europäischen Staaten weiterhin versuchten, ihre eigenen nuklearen „Abschreckungsmittel" herzustellen. Ihm wurde von General Marcel Carpentier, dem Oberkommandierenden der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa, widersprochen, der erklärte, daß es für die Nato-Mitglieder lebenswichtig sei, über ihre eigenen Nuklearwaffen zu verfügen. Er meinte ferner, daß Frankreich „mit dem Kommunismus ringe", wenn es die Rebellion in Algerien zu unterdrücken suche. Dieses „Ringen mit dem Kommunismus" in Nordafrika hat sich als ziemlich langwierig und kostspielig erwiesen, und ein Ende ist noch nicht in Sicht. Es ist fraglich, ob sich Frankreich den algerischen Krieg und eine massenhafte Herstellung von Wasserstoffbomben erlauben kann. Aber diese kostspieligen und verrückten Phantastereien dienen allerdings dem „militärischen Ruhm" Frankreichs, der anscheinend dringend einer Auffrischung bedarf.

Durch die Jahrhunderte hindurch haben die Männer des Krieges stets irreführende Schlagworte benutzt, um ihre wahren Absichten zu verbergen. Wie viele Kriege, die dem Raub, der Eroberung und der Erhaltung des Privateigentums dienten, sind unter dem Vorwand geführt worden, „das Christentum, die Zivilisation und die Rechte kleiner Nationen zu schützen"? Aber zwei „Gespenster Banquos" spielten ihre Rollen beim Atlantischen Gastmahl des Macbeth. Da war zunächst der leere Stuhl, der für Island reserviert wurde, jenes kleine Land, das sich im Fischkrieg mit Großbritannien, dem großen Bruder in der Atlantischen Gemeinschaft, befindet. Dann aber: Das größte allseitige Unbehagen verursachte allerdings die Rede des Negers Dr. Mordecai Johnson, des Präsidenten der Howard Universität, Washington. Er begann mit den Worten: „Ich bin das Kind eines Sklaven. Mein Vater verbrachte 25 Jahre seines Lebens als Sklave, meine Mutter wurde als Sklavin geboren. Ich habe nahezu mein ganzes Leben auf dem Territorium der früheren Sklavenstaaten verbracht." Die auserwählten Delegierten, die sich versammelt hatten, um über die Methoden zu debattieren, mit denen man die „freie Welt", den „christlichen Glauben" und die „westliche Zivilisation" verteidigen solle, werden sich wohl außerordentlich ungemütlich gefühlt haben, als sie daran erinnert wurden, daß ihre Vorfahren im sechzehnten, siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert im Namen der „Zivilisation" und des „Christentums" Millionen von Afrikanern gewaltsam verschleppten und als Sklaven an amerikanische Siedler verkauften. Der gelehrte Doktor erinnerte seine Zuhörer daran, daß fünfhundert Jahre lang beständig Aggressionsakte gegen die Völker Asiens und Afrikas verübt worden seien und daß trotz aller Reden über die Menschenrechte „hundertundzehn Millionen Afrikaner immer noch ausgebeutet werden". Er hätte hinzufügen können, daß die

Nachkommen der befreiten Sklaven immer noch Rassengesetzen unterworfen sind und auf dem „Territorium der früheren Sklavenstaaten" gedemütigt und sogar noch gelyncht werden.

Den Gegenstoß führte ein Delegierter, von dem man es eigentlich nicht erwartet hätte. Mr. J. O l d e n b r o o k , der Generalsekretär des Internationalen Freien Gewerkschaftsbundes, meinte, daß Dr. Johnson zu pessimistisch sei. Er versicherte dem Kongreß, daß in den ehemaligen Kolonien und in den unterentwickelten Ländern, die nie Kolonien waren, Kräfte zu finden seien, die bereit wären, gegen den Kommunismus zu kämpfen. Schließlich erwies sich Dr. Johnson als ein weit besserer Kritiker denn als Meister der „einfachen Empfehlungen und der klugen Ideen". Er bannte selber die Gespenster der Vergangenheit. Während er seine Kritik an dem westlichen Kolonialismus und an der mageren finanziellen Hilfe des Westens für die unterentwickelten Länder aufrecht hielt, bot er zwei Lösungen an, die allerdings etwas abgedroschen erschienen. Zunächst betonte er die Notwendigkeit, in unseren Beziehungen zu den Völkern Asiens und Afrikas den christlichen Geist erneut zu beleben. Solche Anspielungen auf das Christentum erwecken jedoch bei den Bewohnern der unterentwickelten Länder keine angenehmen Erinnerungen. Ganz abgesehen davon, daß sie überwiegend keine Christen sind, haben sie von den Christen keine Liebe und Barmherzigkeit, sondern nur Unterdrückung und Ausbeutung erfahren. Seit mehreren Jahrhunderten haben sich Generale und Admirale sehr eingehend mit den Völkern Asiens und Afrikas befaßt. Sie zwangen der farbigen Bevölkerung mit Waffengewalt die imperialistische Herrschaft auf, und sie sind nicht gerade die rechten Leute, um den Bau eines Damms zu fördern, die Landwirtschaft zu reorganisieren und moderne Fabriken in rückständigen Gebieten zu bauen!

Zweitens empfahl Dr. Johnson eindringlich, der Westen solle diesen Völkern so viel finanzielle Hilfe wie möglich leisten, „bis es weh tut". Aber die Kalten Krieger, die sich zum Kongreß versammelten, sind mehr an Heeresdienstvorschriften als an Bibeln interessiert, und für ihre Dollars verlangen sie zuverlässige antikommunistische Streiter.

Andererseits verlangen die Millionen Afrikaner und Asiaten, die seit Generationen in tiefster Armut leben, Brot für sich und ihre Kinder. Sie empfinden keineswegs den Wunsch, Soldaten des kalten oder des heißen Krieges zu werden. Von den Russen und den Chinesen sind sie niemals unterdrückt worden, aber alle führenden Mitglieder der Nato haben sie in der Vergangenheit unterdrückt, und einige tun das noch heute.

Abgesehen davon, daß der Kalte Krieg und die antikommunistischen Kreuzzüge die Demokratie zerstören und die Reaktion und den Militarismus stärken, machen sie es der verarmten Bevölkerung der unterentwickelten Gebiete schwierig, wenn nicht gar unmöglich, eine gesunde Volkswirtschaft aufzubauen. Jene 1800 Millionen Menschen, die nicht wissen, woher sie die nächste Mahlzeit nehmen sollen, wollen nicht, daß über ihre Zukunft von den Weltmächten im Lichte militärischer Strategie entschieden wird; sie haben auch nicht den Wunsch, Futter für Kanonen oder Atombomben zu werden. Sie wissen: wenn sie ihre geringen finanziellen Mittel für Rüstungszwecke verwenden, werden sie sich nicht aus der Armut befreien können. Sie wissen auch: solange der Westen ein Viertel seines Nationaleinkommens für Rüstungen verwendet, wird wenig übrig bleiben, um ihnen zu helfen. Es ist in der Tat so, daß viele Afrikaner und Asiaten, unabhängig von ihrer politischen Meinung, die industriellen und technischen Fortschritte Rußlands und Chinas mit Sympathie und Bewunderung verfolgen.

Vor allem: die Völker Asiens und Afrikas wissen, daß ein Krieg, gleichgültig wo er geführt wird, ihnen nur Verwüstungen und noch größere Armut bringen kann.

Es ist fraglich, ob irgendeiner der auf dem Atlantischen Kongreß gemachten Vorschläge das wirkliche militärische Problem lösen würde, dem sich der Westen gegenüber sieht. Im Zeitalter der interkontinentalen ballistischen Geschosse hat Herr Chrustschow durchaus recht, wenn er dem Pentagon empfiehlt, die „unbesiegbare" amerikanische Luftwaffe ins Museum zu schaffen. Auch Seestreitkräfte können keine entscheidende Rolle in einem voll entfesselten nuklearen Krieg spielen. In konventionellen Waffen aber besitzt die Sowjetunion einen überwältigenden Vorsprung.

Da aber der Kampf um die Seele Afrikas und Asiens zu einem bedeutsamen Problem geworden ist, ist es notwendig, die ruhmredigen Behauptungen des Genossen Oldenbrook zu untersuchen. Wie stehen die farbigen Völker der Welt zum Kalten Krieg?

Die Situation in Asien ist gegenwärtig ziemlich statisch und ist allgemein bekannt. Die 650 Millionen Chinesen — ein Viertel der Weltbevölkerung — gehören nicht zu den christlichen oder nichtchristlichen Kräften, die gewillt sind, gegen den Kommunismus zu kämpfen. Die Araber und die schwarzen Afrikaner erwachen gerade erst von ihrem langen Schlaf, und die nationale Revolutionswelle gegen den Imperialismus und gegen die Armut, die vor kurzem durch Asien und den Nahen Osten fegte, beginnt, einen mächtigen Einfluß auf die Länder zwischen Kairo und dem Kap der Guten Hoffnung auszuüben. In Afrika sind die Dinge noch sehr im Fluß. Es ist notwendig, die Ereignisse der Vergangenheit und der Gegenwart auf diesem riesigen Kontinent zu untersuchen, um die Rolle, die die Völker Afrikas im Kalten Krieg spielen werden, richtig einschätzen zu können.

Drei Gruppen sind an den Auseinandersetzungen beteiligt: die Bewohner Afrikas, die Strategen des Kalten Krieges und die Hunderte von Millionen Menschen in Westeuropa.

*

Gewaltige Entfernungen, mangelhafte Verbindungen, Unterschiede der Sprache, der Kultur, der Religion und geschichtlichen Entwicklung haben Barrieren zwischen den 60 Millionen Arabern und den 160 Millionen Schwarzen, die den afrikanischen Kontinent bewohnen, geschaffen. Dennoch beginnt ein allen gemeinsamer Einfluß die eingeborenen Völker zu einigen.

Eine nationale Revolution breitet sich zur Zeit über den ganzen afrikanischen Kontinent aus, der 23 % des gesamten Festlandes der Weltkugel ausmacht. Die Araber im Norden, die Kikuyus in Kenia, die Barotsis in Rhodesien, die Zulus und Basutos in der Union Südafrika haben ein Wort gelernt, das alle Barrieren, alle Entfernungen und alle nationalen Unterschiede überspringt. Dieses Wort heißt Freiheit. Es schallt aus den algerischen Konzentrationslagern, aus den Siedlungen um Nairobi und in Bulawayo, aus den unzähligen Gefängnissen des kolonialen Afrikas. Ganz Afrika erwacht, langsam und schmerzhaft, aber die Völker, die braunen wie die schwarzen, werden zu einer mächtigen Armee zusammengeschweißt, die entschlossen ist, das uralte Joch der Knechtschaft und der Erniedrigung abzuwerfen und die nationale Unabhängigkeit zu erlangen.

Parallel zur Herausbildung eines Nationalbewußtseins unter den eingeborenen Völkern erleben wir das Entstehen einer Einheitsfront der eineinviertel Million Colons im Norden und der drei Millionen weißen Siedler im zentralen und südlichen Teil des Kontinents. Im Norden wie im Süden weigern sie sich halsstarrig, aus der Geschichte zu lernen, hier wie dort sind sie entschlossen, die privilegierte

Stellung einer regierenden Herrenkaste zu verteidigen, selbst wenn sie sich dabei das Genick brechen. Sie sind um die Gegenwart besorgt und starren angstgebannt in die Zukunft. Es gibt einen weiteren Faktor, der die weißen Herrenmenschen des Südens und des Nordens vereinigt: Reaktionäre französische Politiker erklären gegenüber der Weltöffentlichkeit, sie würden den afrikanischen Kontinent vor dem Kommunismus schützen, wenn sie die algerische „Revolte" zu unterdrücken suchen. Dr. Hendrik Verwoerd, der Premierminister der Union Südafrika, Sir Roy Welensky, der Premierminister der Zentralafrikanischen Föderation, die Südrhodesien, Nordrhodesien und Njassaland umfaßt, verkünden gleichfalls unablässig in Gemeinschaft mit den Reaktionären im britischen Kolonialministerium, sie seien die „Retter" der „weißen, westlichen und christlichen Zivilisation" in Zentral- und in Südafrika.

Wenn wir den Schleier heuchlerischer Phrasen zurückziehen und die Tatsachen betrachten, so erkennen wir ein Bild, in dem Brutalität und Unterdrückung zu sehen sind, wie sie die finstere Vergangenheit mit ihren zahllosen Untaten gegen die Völker Afrikas kaum aufzuweisen hat. Während die Führer des Westens sich heiser schreien, sie würden die „freie Welt", die Demokratie und die Menschenrechte verteidigen, führen die Nachkommen der Sansculotten, die der Welt die erhabene Losung der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schenkten, einen unbarmherzigen Krieg gegen die algerischen Araber in einer Weise, die tiefe Empörung bei allen zivilisierten Menschen hervorgerufen hat. Etwa eine Million Araber befinden sich in Konzentrationslagern. Zehntausende, die Mehrheit von ihnen war unbewaffnet, sind getötet worden, einige im Kampf, aber die meisten kalt. Die in den deutschen Konzentrationslagern angewandten Martern haben einen unauslöschlichen Flecken auf dem deutschen Namen hinterlassen. Heute wenden französische Fallschirmjäger die gleichen diabolischen Methoden gegen arabische Männer und Frauen an, deren einziges Verbrechen es ist, nationale Unabhängigkeit und Freiheit zu verlangen, die die Reaktionäre überall mit Kommunismus gleichsetzen. Wen die Götter zerstören wollen, den schlagen sie zuerst mit Blindheit, und der Wahnsinn scheint heute die westlichen Länder zu regieren.

Vor fünf Jahren hätte Frankreich ein ehrenhaftes Abkommen mit den Arabern in Algerien treffen können, das die Stellung der dort ansässigen Franzosen gesichert und zugleich die Wünsche der arabischen Bevölkerung erfüllt hätte. Seit fünf Jahren führen die reaktionärsten Elemente Frankreichs auf den Weg der Katastrophe und der Entehrung. Das Leben vieler zehntausender junger Franzosen und Fremdenlegionäre wurde geopfert, Milliarden wurden vergeudet, um den Kolonialismus zu verewigen, und das Ende ist noch nicht zu erkennen. Etwa 30 000 arabische Sansculotten, die schlecht bewaffnet sind und keinen Nachschub erhalten, aber vom Geist der Freiheit beseelt werden, halten eine halbe Million Soldaten, die Elite der französischen Armee, seit fünf Jahren in Algerien fest. Dieser wahnsinnige Totentanz hat auch noch andere Aspekte. Die militärischen Führer des Atlantischen Bündnisses sind sehr erbost, weil die Franzosen ihre Armee aus Europa zurückgezogen haben. Auf dem Atlantischen Kongreß appellierte ein französischer General mit bewegten Worten an die Nato, sie möge einen militärischen Stützpunkt in Afrika errichten. Anscheinend stellen die freiheitsliebenden Araber eine größere Gefahr dar als die Rote Armee!

Was sind nun die Auswirkungen der Verteidigung Nordafrikas gegen die „kommunistische Bedrohung" auf die französische Demokratie? Vor nur einem Jahr führten die Colonels in Algerien mit Unterstützung der reaktionärsten Kreise in der Hauptstadt einen tödlichen Schlag gegen die französische Demokratie. Das arme Frankreich hatte zuerst einen Napoleon den Großen, bekam dann Napoleon den Kleinen aufgebürdet und läßt sich jetzt einen Napoleon den Langen

aufzwingen. Wer verteidigt heute die Demokratie in Frankreich? Nicht die Paladine des Kalten Krieges, sondern die Gruppen und Organisationen der Linken und die anderen Gegner dieser wahnsinnigen Politik. Die von den Kalten Kriegern ausgehende demoralisierende Wirkung auf das allgemeine politische Leben Frankreichs wird deutlich durch den elenden Morast gezeigt, in den die einst stolze französische „Sozialistische Partei" gesunken ist.

Die Handlungen de Gaulles wie die seiner Vorgänger enthüllen den völligen Bankrott der Politik des Kalten Krieges. Diese antikommunistischen Kreuzfahrer erklären uns feierlich, wir befänden uns in der unmittelbaren tödlichen Gefahr, von der Roten Armee überrollt zu werden. Warum beläßt de Gaulle, wenn das zutrifft, die französische Armee in Nordafrika? Warum besteht er auf ein eigenes „Abschreckungsmittel", warum fordert er die Kontrolle über die in Frankreich stationierten amerikanischen Nuklearwaffen?

Ist es nicht völlig klar, daß der Geist, dem die grausame Unterdrückung in Algerien entstammt, auch den Kalten Krieg inspiriert? In beiden Fällen wollen die Reaktion und der Militarismus ihre Stellungen gegen die heranwachsenden Kräfte des Fortschritts verteidigen. Sie sind so gefühllos geworden, daß sie bereit sind, Hunderte von Millionen Menschen für diese Ziel zu opfern. Die französische Politik in Nordafrika beweist deutlich, daß solcher „Antikommunismus" zur Zertrümmerung der Demokratie, zur nationalen Unterdrückung, zum Imperialismus, zur Herrschaft der Colonels, zum Massenmord und zur Folter führt.

Untersuchen wir kurz, was andere Fackelträger der Zivilisation und des Christentums in Afrika treiben. Die britische Kolonie Kenia wird von nahezu sechs Millionen Afrikanern und ungefähr 50 000 Europäern bewohnt; der Gesetzgebende Rat der Kolonie wird von den Weißen beherrscht. Der fruchtbarste Boden wurde den Afrikanern genommen und den Weißen zugeteilt. Fünfundzwanzig Jahre lang baten und flehten die Eingeborenen, das Kolonialministerium möge ihnen in ihrer Unterdrückung und ihrer Not helfen — vergebens. Das britische Kolonialministerium, das in den zwanziger Jahren einen vage liberalen, die Eingeborenen begünstigenden Standpunkt vertrat, unterstützte nach dem Krieg voll und ganz die Politik der „weißen Herrschaft".

Die landlosen, hungernden, aller Menschenrechte beraubten Kikuyus und die anderen afrikanischen Stämme erkannten jetzt, daß friedliche Methoden wirkungslos seien, gingen zum passiven Widerstand über und riefen alle Afrikaner auf, nicht länger mit den Weißen zusammenzuarbeiten. Im Jahre 1952 wurde deshalb der Ausnahmezustand verkündet. Mit der „Mau Mau" schufen sich die Weißen ein Schreckgespenst, um ihre eigenen heimtückischen Handlungen zu verschleiern. Die nun folgende Terrorherrschaft stellt eines der schwärzesten Kapitel in der Geschichte des Kolonialismus dar. Etwa zehntausend Afrikaner wurden getötet, mehr als tausend wurden, zumeist wegen eines Verstoßes gegen die Ausnahmebestimmungen, durch „Rechtsverfahren" an den Galgen gebracht. Didam Kimathis, einer der afrikanischen Führer, war schwer verwundet, als er sich ergab. Er wurde aus dem Lazarett gezerrt, damit man ihm den Strick um den Hals legen konnte. Wer den Mut und den Patriotismus der Neger bezweifelt, der möge das Stenogramm des Prozesses gegen diesen mutigen Mann lesen, der bis zum letzten Atemzug seine Wächter mit jener würdigen Verachtung behandelte, deren nur die Mutigsten fähig sind.

Nahezu 100 000 Menschen wurden in Konzentrationslager eingeliefert und dort jahrelang festgehalten. Mehrere Tausend schmachten noch immer hinter Stacheldraht; und erst kürzlich wurde die britische öffentliche Meinung durch die Nachrichten über den brutalen Mord an elf Gefangenen schockiert, die zu Tode geprügelt wurden. Jomo Kenyetta, der geliebte Führer der afrikani-

schen Massen, der einst, wenn die Geschichte Afrikas geschrieben wird, mit seinem Mut, seinem Patriotismus und seiner Klugheit Garibaldi und Kossuth gleichgesetzt werden wird, wurde auf Grund der Aussagen meineidiger Zeugen für sieben Jahre ins Gefängnis gesteckt. Die Zeugen waren von der Polizei von Kenia bestochen worden. Obgleich seine Strafe beendet ist, muß Kenyetta immer noch in der Verbannung leben.

Und diese Kalten Krieger beschwören uns, unser Blut für Freiheit und Demokratie zu vergießen!

Es würde zu viel Platz beanspruchen, wollte man die von den britischen „Erbauern des Empires" in den ersten Jahren nach der Besitznahme von Rhodesien verübten verräterischen und grausamen Taten aufzählen. Das Folgende ist ein kurzer Bericht über die Ereignisse in der Zentralafrikanischen Föderation in der unmittelbaren Vergangenheit. Im Jahre 1953 wurden die drei Territorien Südhrodesien, Nordrhodesien und Njassaland durch das britische Kolonialministerium und die Vertreter der weißen Siedler in diesen Gebieten in einer Föderation vereinigt. Die mehr als sieben Millionen zählende afrikanische Bevölkerung der Föderation wurde nicht gefragt. In der Tat wandte sie sich fast einhellig mit großer Bitterkeit gegen das neue Staatsgebilde, denn sie wußte, daß die politische Macht in den Händen der weniger als 300 000 Weißen verbleiben würde. Man sagte ihnen jedoch, daß die Verfassung der Föderation im Jahre 1960 überprüft werden würde.

Nach der Errichtung der Föderation verschlechterte sich die Lage der Eingeborenen beständig. Die Rassendiskriminierung wurde verstärkt, und die Weißen verfolgten unerbittlich eine Politik der Baaskap, der weißen Herrschaft, während sie gleichzeitig von der „Partnerschaft zwischen Schwarz und Weiß" faselten. In diesen Jahren wuchs in allen Teilen Afrikas das Verlangen nach Freiheit, und in den drei Territorien gewannen die Nationalkongresse der Neger die Unterstützung der Massen. Kein einziger Führer der Kongreß-Bewegung verlangte die Vertreibung der Weißen, sie forderten nur volle Bürgerrechte in ihrem Heimatland. Da der Zeitpunkt für eine Revision der Verfassung heranrückt und die reaktionären Gruppen unter den weißen Siedlern auch befürchteten, daß in Großbritannien eine Labour-Regierung an die Macht kommen könnte, verlangten die Weißen den Status eines Dominions für die Föderation, also souveräne Rechte für das von den Weißen beherrschte Parlament. Um dieser Forderung Gewicht zu geben, bedienten sie sich eines Tricks des verstorbenen und unbetrauerten Hermann Göring. Im vergangenen März inszenierten sie eine große „Verschwörung zum Massenmord", die in allen Einzelheiten dem Reichstagsbrand-Prozeß Görings glich. Nur gingen sie noch weiter. Göring machte den entscheidenden Fehler, die angeblichen „Verschwörer" vor Gericht zu stellen, wo die wahren Anstifter sehr bald bloßgestellt wurden. Sir Roy Welensky, der Führer der Weißen in Nordrhodesien, Sir Edgar Whitehead, der südrhodesische Premierminister, und Mr. Armistage, der Gouverneur von Njassaland, wandten die Technik der „großen Lüge" geschickter an. Mit einem Schlag wurden Hunderte von Negern, darunter alle Führer des Nationalkongresses von Njassaland, verhaftet und in Gefängnisse eingeliefert, ohne daß Anklage gegen sie erhoben wurde. Unter den Opfern der Tyrannei befand sich auch der charmante, hochintelligente und friedliche Dr. Banda, der dreißig Jahre seines Lebens in den USA und in Großbritannien verbrachte. Dr. Banda ist dem Verfasser persönlich bekannt. Jahrelang hat Dr. Banda in London eine ärztliche Praxis ausgeübt. Er ist ein gläubiger Christ ohne eine Spur von Bitterkeit, ein Mann des Friedens und des guten Willens, der vor einigen Jahren eine einkömm-

liche Praxis aufgab, um in seine Heimat zurückzukehren und dort die Sache der Freiheit zu verfechten.

Als Rechtfertigung für ihren Gewaltakt stellten die weißen Herrscher in London wie in Afrika die Behauptung auf, die Führer des Nationalkongresses von Njassaland hätten im geheimen geplant, alle 8000 Weisen in diesem Territorium zu ermorden. Diese Version wurde später dahingehend korrigiert, daß nur die führenden Europäer abgeschlachtet werden sollten. Die ganze Geschichte ist ein Phantasieprodukt. Wenn es Beweise dafür gibt, daß bestimmte Personen ein Blutbad planten, warum wurden sie nicht vor Gericht gestellt? Die in Njassaland tätigen Missionare der schottischen Kirche haben die fabrizierte Verschwörung in einem Schreiben an den „Manchester Guardian" mit unzweideutigen Worten enthüllt. Aber die meisten britischen Zeitungen brachten, da sie sich im Besitz und unter der Kontrolle mächtiger reaktionärer Finanziers befinden, die „Verschwörung zum Massenmord" in großer Aufmachung auf der ersten Seite.

In allen Teilen der Föderation begann die Herrschaft des Terrorismus. In Njassaland erschossen Truppen, die aus den beiden rhodesischen Territorien herbeigeholt worden waren, fünfzig Neger und verwundeten Dutzende von ihnen. In Nordrhodesien wurde der Zambia Nationalkongreß verboten, seine Führer wurden verhaftet. In Südrhodesien wurde der Afrikanische Nationalkongreß für illegal erklärt, mehrere hundert Menschen wurden verhaftet. Gegen den erbitterten Widerstand freiheitliebender Europäer wurde ein „Ausnahmegesetz" verabschiedet, das die Polizei bevollmächtigte, jede Person, deren Tätigkeit ihr unerwünscht scheint, für die Dauer von sieben Jahren einzukerkern! Negerhütten wurden niedergebrannt und Kollektivstrafen über ganze Gemeinden verhängt.

Noch befinden sich Hunderte von unschuldigen Negern im Gefängnis, deren einziges Verbrechen es ist, Menschenrechte zu fordern. Es gibt nicht die geringsten Anzeichen dafür, daß sie vor Gericht gestellt werden. Zuerst war die öffentliche Meinung in Großbritannien entsetzt, und die Labour-Party wird die Sache noch im Parlament zur Sprache bringen. Aber es gibt keinen beständigen und lauten Protest gegen die das Gesetz verletzenden Gewalttaten der weißen Herren. Dagegen unterstützt das Kolonialministerium die weißen Siedler voll und ganz. Welensky und Whitehead haben sich wiederholt als Erretter Afrikas vor dem Kommunismus präsentiert.

*

Aber die eifrigsten Paladine der christlichen Zivilisation und die unnachgiebigsten Kämpfer gegen den Kommunismus in Afrika sind die Mitglieder der Nationalen Partei in Südafrika und ihr Führer Dr. Hendrik V e r w o e r d. Man würde Bände benötigen, wollte man ausführlich die grausame Knechtung und Erniedrigung beschreiben, die die neuneinhalb Millionen Neger, die eineinviertel Million Farbigen (Nachkommen von Eltern verschiedener Rassen) und die 400 000 Inder von den Händen ihrer weißen Herren erleiden müssen. Nachfolgend skizzieren wir einige der wichtigsten Gesetze, die darauf gerichtet sind, den Nichteuropäern den sozialen Aufstieg unmöglich zu machen:

W a h l r e c h t: Die drei Millionen Weißen wählen 153 Abgeordnete in das Parlament der Union, die Farbigen wählen v i e r Abgeordnete, die Europäer sein müssen, die Neger wählen k e i n e Vertreter. Durch ein vor kurzem verabschiedetes Gesetz wurde den Negern das Recht genommen, drei Europäer als ihre Vertreter zu wählen. Die Inder haben k e i n Wahlrecht.

B o d e n b e s i t z: Der größte Teil der Neger ist auf dem flachen Land ansässig. Im Jahre 1913 wurde ein Gesetz, der Native Land Act, verabschiedet, durch das die Union in zwei Teile, einen weißen und einen schwarzen, aufgeteilt wurde. Kein Schwarzer kann Land in „weißen" Gebieten besitzen, und umgekehrt.

Die weißen Teile umfassen etwa 92 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, der schwarze Teil besteht aus weniger als 8 %. In den für die Eingeborenen bestimmten Reservationen ist der Hungertod zum Alltäglichen geworden. Es wird kein Versuch unternommen, die äußerst primitiven landwirtschaftlichen Methoden in diesen Gebieten zu verbessern.

Arbeitsbedingungen: Mehr als zwei Millionen Neger werden als Landarbeiter auf weißen Farmen beschäftigt. Ihr Jahreslohn schwankt zwischen 10 bis 40 £. Es ist kein ungewöhnliches Ereignis, daß schwarze Landarbeiter zu Tode geprügelt werden. Etwa 400 000 Neger werden mit einem Durchschnittslohn von 47 £ jährlich in den Bergwerken beschäftigt — das ist ein Zwanzigstel des Lohnes, der den europäischen Bergarbeitern in der Union gewährt wird. Sie werden gezwungen, von ihren Familien getrennt in Barackensiedlungen zu wohnen, wo sie auf jede politische, soziale oder kulturelle Tätigkeit verzichten müssen. Nach den Bestimmungen des Work and Mines Act darf kein Neger als gelernter Arbeiter im Bergwerk beschäftigt werden. Der Native Labour Regulation Act des Jahres 1911 verwandelte die schwarzen Arbeiter in Hörige. Gemäß dem Native Labour (Settlement of Disputes) Act vom Jahre 1953 dürfen die Eingeborenen keine Kollektivverhandlungen zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen führen. Streiks sind verboten und werden mit Gefängnisstrafen von drei Jahren bedroht. Der Industrial Conciliation Act des Jahres 1951 untersagt es den Gewerkschaften, Angehörige verschiedener Rassen als Mitglieder aufzunehmen. Durch den Abschnitt 77 dieses Gesetzes wurde der Arbeitsminister außerdem mit der unanfechtbaren Vollmacht ausgestattet, jeder beliebigen Gruppe von Nichteuropäern die Beschäftigung in irgendeiner Industrie, einem Handelszweig oder einem Beruf zu untersagen.

Niederlassungsrecht: Hunderttausende von Negern, die gezwungen wurden, in die Industriezentren zu ziehen, leben dort in grauenhaften Elendsvierteln, inmitten von Dreck und Schmutz. Sie dürfen nicht in den Städten wohnen, die mit ihrer Hilfe erbaut wurden, und sie dürfen auch keinen Boden besitzen, auf dem sie ein Haus errichten könnten. Nach den Bestimmungen des Group Areas Act ist der Innenminister ermächtigt, ganze Gemeinden aus Angehörigen derselben Rasse obdachlos zu machen und zur Ansiedlung in einem anderen Landesteil zu zwingen.

Die Politik der Apartheid, der Rassentrennung, wird überall erbarmungslos angewandt, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in den Hotels, in den Postämtern, den Kirchen, den Universitäten usw. An einem Dezembertag des Jahres 1956 wurden 140 Wohnungen in allen Landesteilen überfallen und 156 Männer und Frauen aller Rassen wurden unter der Beschuldigung des Hochverrats verhaftet *). Mr. C. R. Swart, der der Nationalen Partei angehörende Justizminister, hatte eine „kommunistische Verschwörung" entdeckt. Das Hauptbeweisstück der Polizei war die „Freiheitscharta", die von 3000 Delegierten aus den verschiedensten Gebieten der Union in einer öffentlichen Versammlung verabschiedet worden war, an der auch Hunderte von bewaffneten Polizisten teilgenommen hatten. Die Charta verlangte nicht mehr als die Gewährung voller demokratischer Rechte für alle Landesbewohner, unabhängig von ihrer Rasse oder Hautfarbe.

Noch vor knapp einem Monat wurde Albert Lutuli, der schwarze Abraham Lincoln Südafrikas, zu fünf Jahren Verbannung verurteilt. Er darf sein Dorf

*) Nach fast 2jähriger Haft mußte der Staatsanwalt die Anklage wegen völliger Haltlosigkeit der Anschuldigung zurückziehen. Gegen 91 der Beschuldigten wurden inzwischen jedoch neue Verfahren eingeleitet; nur 30 von ihnen wurden inzwischen unter Anklage gestellt, die anderen warten in's Ungewisse.

in Zululand nicht verlassen und darf sich nicht gleichzeitig mit mehr als zwei Personen unterhalten.

Jede Maßnahme der Unterdrückung oder der rassischen Diskriminierung, die gegen eine Person, eine Gruppe oder eine Gemeinde angewandt wird, erregt billigerweise den Zorn aller Menschen überall in der Welt, die derselben Rasse angehören. Die koloniale Unterdrückung und die gegen die Nichteuropäer gerichtete Diskriminierung haben dazu beigetragen, eine Einheitsfront von zweitausend Millionen Menschen schwarzer oder brauner Hautfarbe zu schaffen, der sich alle zivilisierten Weißen voller Stolz anschließen. O nein, Genosse Oldenbrook, die Massen der einfachen Menschen in Asien und Afrika wissen, daß diejenigen, die den Kalten Krieg und die Kreuzzüge unter der Devise des Antikommunismus fördern, vom selben Stamme sind wie jene, die sie seit Jahrhunderten in Knechtschaft halten.

Ich kenne Afrika gut. Ich habe den größten Teil meines Lebens in Südafrika verbracht. Im Kriegsfall könnten die weißen Herren Afrikas vielleicht ein paar Divisionen zur „Verteidigung der christlichen Zivilisation" entsenden, vielleicht auch nicht. Aber zweihundert Millionen Neger und Araber würden die Gelegenheit benutzen, um mit ihren Unterdrückern abzurechnen. Und es würde dann eine grauenhafte Abrechnung sein.

Horst Andel

Singapur auf neuen Wegen

Seit dem 1. Juni dieses Jahres regiert in der ehemaligen britischen Kronkolonie Singapur der jüngste Premierminister der Welt. Herr Lee Kuan Yew gebietet mit seinen 33 Lenzen auch über die jüngste Bevölkerung, die ein Land besitzt — mehr als fünfzig Prozent davon zählen noch keine zwanzig Jahre. Er gebietet zugleich über den jüngsten unabhängigen Staat der Erde, denn Singapur ist seit vier Wochen aus der genau 140 Jahre dauernden britischen Kolonialherrschaft entlassen. Zwar wird die neugewonnene Souveränität zunächst noch in der Zugehörigkeit zum Commonwealth seine Grenze finden; welchen epochalen Einschnitt sie in der Geschichte dieses Gebietes darstellt, beweist jedoch das Ergebnis der ersten freien Wahl. Sie endete, für die Engländer überraschend und peinlich genug, mit einem überwältigenden Erfolg der linksorientierten „Peoples Action Party", die 43 des 51 Sitze starken Parlamentes erhielt. Der bei den farbigen Völkern Asiens und Afrikas seit etwa einem Jahrzehnt zu beobachtende Trend zum Sozialismus, der hier die nationale Alternative zum weißen Kolonialismus ist, wurde in Singapur um eine neue Nuance bereichert.

Die durch einen Damm mit dem malayischen Festland verbundene Insel Singapur liegt im Schnittpunkt der großen südostasiatischen Handelsstraßen und hat ausschlaggebende Schlüsselpositionen für die militärische, politische und wirtschaftliche Expansion Südostasiens, Insulindes und Australiens. Ob der neue Staat seine auf den Kartentischen des Foreign Office in London konstruierte Position im Zusammenhang mit der Malaiischen Föderation und Großbritannien künftig behaupten kann, ist freilich eine Zweifelsfrage, die selbst die Väter dieser Schöpfung stellen.

Unter solchen Gesichtspunkten bleiben die Beweggründe, die die Briten zur Aufgabe dieser wichtigen strategischen Basis veranlaßten, zunächst einigermaßen dunkel. Fraglos wollten sie dadurch einer Entwicklung steuern, die sich — wie der Wahlausgang zeigte —, schon nicht mehr verhindern ließ. Die Existenz des jungen Staates ist auch jetzt noch, wie in den 140 Jahren vorausgegangener kolonialer Geschichte, von sehr künstlich geschaffenen Voraussetzungen abhängig. Hinzu tritt die unnatürliche Trennung vom malayischen Hinterland, die heute schon gebieterisch nach einer dauerhaften Neuordnung in diesem Raum verlangt!

Als Sir Thomas Stamford R a f f l e s 1819 dem Sultan von Johore die der Südspitze Malayas vorgelagerte Insel abkaufte, um dort einen Frei- und Umschlaghafen zu errichten, war sie kaum bevölkert. Im Zusammenhang mit dem westlichen Vordringen nach Ostasien wurde Singapur rasch zu dem, was es heute ist. Schon 1824 schlossen Großbritannien und die Niederlande einen Vertrag, demzufolge Singapur und die malayische Halbinsel als englisches, Sumatra als holländisches Einflußgebiet festgelegt wurde. Damit waren die historischen Bedingungen für den Aufschwung der Insel geschaffen. Die „Ostindische Handelsgesellschaft" besaß zu dieser Zeit die Monopolstellung im Chinahandel des Inselreiches. Der Geniestreich ihres Beamten hatte ihr mit Singapur eine Basis in die Hand gespielt, die fast genau auf halbem Weg zwischen China und Indien liegt und daher nicht nur der geradezu ideale Umschlagplatz für den gesamten Chinahandel wurde, sondern sich zum bedeutendsten Handelshafen für alle umliegenden Länder Südostasiens entwickelte.

Die Einführung der Dampfschiffahrt und die Eröffnung des Suezkanals im Jahr 1870 revolutionierten das Verkehrs- und Handelsbild der Insel völlig. Singapur wurde zur modernen Großstadt, in der die Chinesen nicht nur zahlenmäßig den Ton angaben. Sie besaßen vielmehr auch die großen Handelshäuser und damit praktisch die wirtschaftliche Macht. Der wachsende chinesische Reichtum drängte bald nach neuen Erwerbsmöglichkeiten. Im Gefolge der politischen Durchdringung Malayas durch die Engländer zwischen 1874 und 1895 verstanden es die Chinesen, neben dem Handel auch den aussichtsreichen Zinnbergbau der Halbinsel an sich zu bringen. Nach der Jahrhundertwende änderte sich dieser Zustand allmählich. Die Einführung der Kautschukplantagen erschloß eine weitere Quelle des Wohlstandes; moderne Zinngewinnungsmethoden gaben englischen und schottischen Industriellen das wirtschaftliche Übergewicht. Die großen Handelshäuser in Singapur, ohne die der natürliche Überfluß Malayas wertlos ist, blieben aber bis heute zum größten Teil in chinesischer Hand.

Der Ausgang des ersten Weltkrieges und das Ende des britisch-japanischen Bündnisses schoben die strategische Bedeutung Singapurs in den Vordergrund. Aus den Flottenrüstungsbeschränkungen blieb es ausdrücklich ausgenommen. In den Jahren von 1921 bis 1938 wurde es als Flottenstützpunkt nach modernsten Gesichtspunkten festungsmäßig ausgebaut. Der zweifelhafte Wert dieses Stützpunktes erwies sich für die Briten schon vier Jahre nach der Vollendung ihrer genialen Festungsanlagen. Im Jahr 1942 nahmen die Japaner ihn ohne größere Kampfhandlungen ein und hielten ihn bis Kriegsende besetzt.

Schon bald nach 1945 setzte sich in London die Erkenntnis durch, daß der asiatische Nationalismus auch in diesem Raum nicht aufzuhalten sei. Nach der 1946 erfolgten Auflösung der „Straits Settlements", deren Hauptstadt Singapur gewesen war, schuf Großbritannien als Ventil für die wachsenden Unabhängigkeitsbestrebungen zunächst die Malaiische Föderation. Singapur wurde Kronkolonie. Fünf Jahre später erhielt es die städtische Selbstverwaltung. Nach langwierigen Verfassungsberatungen wurde im Jahr 1955 das erste Parlament gewählt. Von den damals rund 300 000 Wahlberechtigten wählten gerade die Hälfte. Die von

Engländern und Amerikanern protegierten gemäßigten Sozialisten errangen einen Wahlsieg, der London in der Hoffnung bestärkte, es könne seine bedrohte koloniale Stellung in Singapur rechtzeitig aufgeben, ohne gleichzeitig seine wirtschaftliche Position zu gefährden. Die Engländer rechneten darauf, in wirtschaftlichen Vernunftgründen ihren besten Bundesgenossen bei den eingeborenen Nationalisten zu finden. Singapur lebt ja fast ausschließlich von seiner Funktion als Flottenstützpunkt und als bedeutendster Umschlaghafen für den britischen Ostasienhandel.

Der Wahlausgang vom 1. Juni hat alle dahingehenden Hoffnungen gnadenlos zerstört.

Von den knapp 1,4 Millionen Einwohnern, wovon über eine Million Chinesen sind, waren 600 000 wahlberechtigt. Der Sieg der eindeutig an Rotchina orientierten Volksaktionspartei kam für das Foreign Office schon deshalb überraschend, weil hier zum erstenmal einem Block von rund einer halben Million Auslandschinesen die Möglichkeit zu politischer Willensbekundung gegeben war. Man hätte sich auch nicht entfernt träumen lassen, daß diese ihre Stimme einer betont pekingfreundlichen Partei geben würden.

An dieser, nicht nur für London überraschenden Entwicklung sind nicht allein die Korruption und die Mißwirtschaft der seit 1951 halbselbständig regierenden prowestlichen Gruppen schuld. Die schwierigen sozialen Verhältnisse auf der Insel haben ihr Teil dazu beigetragen. Ungeheurem Reichtum steht eine unvorstellbare Armut der Massen gegenüber. Die noch immer ungewöhnlich große Anzahl der Kinderheiraten und der damit verbundene Kinderreichtum breitester Bevölkerungsschichten birgt weitere schwerwiegende Probleme in sich. Familien mit mehr als zehn Kindern sind keine Seltenheit. Der im letzten Jahresbericht der „Gesellschaft für Familienplanung" festgehaltene Lebenslauf einer 29jährigen Großmutter, die mit zwölf Jahren heiratete, seitdem fünfzehn Schwangerschaften hatte, wovon fünf Kinder überlebten, deren zwei bereits wieder, gerade erst zwölfjährig, heirateten und eine selbst schon ein Kind hat, ist durchaus nicht ungewöhnlich. Die Statistiker rechnen für das Jahr 1965 mit über zwei Millionen Einwohnern.

Ein weiterer Grund für den Wahlerfolg der PAP ist die in Singapur ebenso geschickte wie erfolgreiche Propaganda der chinesischen Kommunisten.

Die politische und soziale Situation in Singapur ist auf Jahrzehnte hinaus mit gefährlichen Explosivstoffen angefüllt. Großbritannien hat zwar im Unabhängigkeitsvertrag genügend Sicherungen verankert, die Maßnahmen der Selbstregierung vereiteln sollen, welche seine wirtschaftlichen und strategischen Interessen gefährden. Wahlsieger Lee Kuan Yew wird sich hüten, seine vor der Wahl ausgesprochene Forderung auf sofortige Aufgabe der britischen Basen in nächster Zeit zu verwirklichen, da sie sich für die wirtschaftliche Struktur der Insel katastrophal auswirken müßte. Wie lange sich diese Sicherungen aufrechterhalten lassen, ist aber eine Frage, die man sich im Foreign Office besorgt stellt. Der britische Gouverneur wurde schon zu handfesten Konzessionen an die neuen Machthaber gezwungen. Bevor Lee überhaupt die Regierungsgewalt übernahm, erzwang er als erste politische Tat die Freilassung von acht führenden Vertretern seiner Partei, die seit Jahren inhaftiert waren. Mehrere Firmen, Handelsniederlassungen und die einflußreiche Tageszeitung „Straits Times" haben schon vor oder unmittelbar nach Lees Regierungsantritt ihren Sitz ins benachbarte Malaya verlegt, um den ihnen angedrohten Maßnahmen vorläufig zu entgehen.

Der Verlust Singapurs würde dem britischen Ostasienhandel einen tödlichen Schlag versetzen. Auf dem Hintergrund der unsicheren Verhältnisse im benachbarten Indonesien und der gefahrvollen Zuspitzung der Lage in Indochina ist er

schon nicht mehr auszuschließen. Innenpolitisch tritt der von allen Parteien mit großem Elan geforderte Anschluß an die Malaiische Föderation als weitere Gefahr für die englischen Ziele hinzu. Er gäbe den, gemessen an dem Wahlausgang, pekingfreundlich eingestellten Chinesen das Übergewicht über die phlegmatischen Malayen, was früher oder später den Verlust dieses Gebietes für den Westen zur Folge hätte. Welche Ironie, daß der Sozialismus, dem die Westmächte in Europa keine Chance mehr einräumen, unter den farbigen Völkern Asiens und Afrikas einen Sieg nach dem andern einheimst...

Das Barometer steht für England und für den Westen auch in Singapur auf Sturm. Wie wenig sie dort noch zu hoffen haben, verrät eine Äußerung des ungewöhnlich klugen Lee Kuan Yew, der in Cambridge erzogen wurde: „Der Kampf ist klar — er gilt dem weißen Mann!".

Tian Olff

Finnland — Beispiel der Koexistenz

Während in Schweden, Norwegen und Dänemark die Wirtschaft noch immer unter dem Konjunkturabschwung des Vorjahres zu leiden haben, während der Europamarkt ohne Freihandelszone lange Schatten auf das Wirtschaftsgefüge dieser drei Staaten wirft, sieht man in Finnland der Zukunft mit großem Optimismus entgegen. Die Handelsdelegationen des Ostblocks geben sich in Helsinki ein Stelldichein: der Außenhandel Finnlands, heute schon zu 30 Prozent des gesamten Imports und Exports mit den krisenfesten Ländern des Ostblocks verbunden, soll noch stärker als bisher auf diese Wirtschaftsgemeinschaft abgestellt werden. Während die Werften in Oslo, Göteborg und Kopenhagen auf Grund der niedrigen Frachtraten auf dem Weltmarkt mit größten Schwierigkeiten kämpfen müssen — der Auftragseingang ist minimal —, melden die finnischen Werften steigenden Auftragseingang, die Vollbeschäftigung auf Jahre hinaus scheint garantiert zu sein. 80 Prozent der Schiffsbaukapazität in Finnland, 70 Prozent der Erzeugnisse im Metallgewerbe werden in die Sowjetunion exportiert. Und die Wirtschaftsexperten in Helsinki wollen noch einen engeren Anschluß an die östlichen Nachbarn finden. Der sowjetische Handelsminister verhandelt gegenwärtig mit Wirtschaftsminister K a r j a l a i n e n über das Rahmenabkommen zu einem Fünfjahresplan: nach dem Wunsch der Finnen soll ihr Land von der sowjetischen wirtschaftlichen Expansion im Rahmen des Siebenjahresplanes profitieren. Der außerordentlich komplizierten Wirtschaftsstruktur des ‚Landes der tausend Seen' soll damit dauerhafte Hilfe geleistet werden. Eine Hilfe, die zwar von den Vereinigten Staaten auch angeboten wurde, die aber mit der üblichen politischen Auflage verbunden war und deshalb von der Regierung in Helsinki abgelehnt wurde.

Dieses ist kein Aspekt des neuen politischen Klimas in Finnland, das sich durch Blut und Tränen im ständigen Kampf gegen den östlichen Nachbarn nun zu einer Vernunftpolitik des friedlichen Nebeneinander durchgerungen hat. Heute gibt es in diesem Lande, außer einigen Politikern der extremen Rechten (konservative Samlingspartei unter S a u k k o n e n) und einigen Sozialdemokraten des rechten T a n n e r - L e s k i n e n - L i n d b l o m - Flügels, keinen ernsthaften Po-

litiker mehr, der die von Präsident Paasikivi aufgestellten Prinzipien der Koexistenz in der Außenpolitik nicht rückhaltlos unterschreibt. Weite Kreise des finnischen Volkes sind sich dessen bewußt: alle ‚offenherzigen' Angebote der Nato-Mächte, die 1300 km lange Ostgrenze gegen die ‚roten Aggressoren' zu schützen, wurden strikt ausgeschlagen.

Nicht Raketen und Militärbasen, sondern eine auf Vernunft begründete Außenpolitik garantiert Finnlands Wohlfahrt. Um zu dieser Erkenntnis zu gelangen, hat Finnland einen weiten mühevollen Weg zurücklegen müssen. Jahrhundertelang im Spannungsfeld zwischen dem großbürgerlichen Schweden, das viele Jahre hindurch bis zu 85 Prozent der Industrie und des Handels in seinen Händen hielt, und dem zaristischen Rußland, zerriß Finnland bis in das Innerste. Scharfe Klassengegensätze zwischen dem schwedisch sprechenden Volksteil und den rückständig verarmten Arbeitern und Kleinbauern führten dazu, daß Finnland durch steigende Auswandererziffern ständig an Substanz verlor. Eine zahlenmäßig kleine Gruppe von militanten Faschisten führte das Land der vier Millionen Einwohner an den Rand der Katastrophe. Deutschand betrachtete Finnland als günstige Ausgangsposition für seine aggressive Aufmarschpolitik gegen die UdSSR. Um der verhängnisvollen Entwicklung zuvorzukommen, versuchten die Sowjets in über zwei Jahre dauernden Verhandlungen Finnland zu einer neutraleren Haltung zu bewegen. Finnland war damals nicht gut beraten, als die Verhandlungen abgebrochen wurden. Die unmittelbare Folge war der kurze, blutige Winterkrieg des Jahres 1939. Ernsthafte Historiker in Skandinavien sind sich heute darüber einig, daß die sowjetischen Politiker einen Ausgleich suchten und die Schuld für den Winterkrieg ausschließlich auf finnischer Seite zu suchen ist. Selbst der später als Kriegsverbrecher abgeurteilte Tanner gibt heute zu, daß er und seine politischen Berater die Situation vollkommen verkannt haben. „Wir rechneten damit, daß die Sowjetunion bluffte." (Tanner) Selbst nach dem mißlungenen Abenteuer des finnischen Winterkrieges, der mit einem Friedensvertrag 1940 endete, hatten die Politiker in Helsinki keine Lehre gezogen: sie stellten sich auf die Seite des deutschen Faschismus und drangen tief in das Gebiet der Sowjetunion vor. 1944 mußte das Land die Rechnung bezahlen: Finnland verlor Ostkarelien und war einem möglichen Friedensdiktat des übermächtigen Nachbarn ausgeliefert. Die deutschen Waffenbrüder dankten den Finnen damit, daß sie die Dörfer in den Nordregionen Lapplands sinnlos niederbrannten und ganze Landstriche verwüsteten.

Der Friedensvertrag der Sowjetunion wies, obwohl Finnland total und bedingungslos kapitulieren mußte, keinen Geist des Revanchismus auf. Der Flottenstützpunkt Porkkala, zeitweilig unter sowjetischer Verwaltung, wurde bald schon an Finnland zurückgegeben. Die Reparationsleistungen hielten sich in einem erträglichen Rahmen, so daß die Wirtschaft heute davon nicht mehr bedrückt ist. In dieser günstigen Ausgangslage gelangte Finnlands ‚großer alter Mann' Paasikivi an die Macht. Der Präsident, dem als größtem Politiker aller Zeiten in Finnland heute ein dankbares Erinnern sicher ist, hatte die Zeichen verstanden: nur in einer freundschaftlichen und friedlichen Zusammenarbeit mit dem übermächtig starken Nachbarn im Osten kann das Land in Frieden und Wohlfahrt gedeihen. Die Paasikivi-Linie, heute von Präsident Urho Kekkonen fortgesetzt, wird als Grundstein jeder möglichen finnischen Außenpolitik betrachtet. Kekkonen, als Präsident mit weitgehenden Machtbefugnissen ausgestattet, sorgt mit starker Hand dafür, daß die Koexistenzpolitik ohne Abweichungen weitergeführt werden kann. Obwohl Finnland seit Kriegsende 19 Regierungen kommen und gehen sah, ist außenpolitisch eine stetige und strikt neutrale Politik eingehalten worden. Die Sowjetunion trug in den vergangenen Jahren dieser Entwicklung Rechnung: eine

Vielzahl von freundschaftlichen Abkommen sichert die friedlichen Verbindungen der beiden Staaten. Mehrere Rubelanleihen halfen der Wirtschaft die Nachkriegsjahre ungeschadet zu überstehen, die gemeinsame Nutzung des Saimaa-Kanals und die Einräumung von Fischereirechten für Finnland in den Grenzgewässern der Sowjetunion waren weitere wichtige Bausteine der heutigen Politik. Schließlich sorgt ein lebhafter Kulturaustausch zwischen den Ländern für eine ständige enge Verbindung.

Die innenpolitische Situation zeigt seit einigen Jahren ein systematisches Erstarken der Arbeiterparteien. Seit den Sommerwahlen des Jahres 1958 sind die kommunistischen Volksdemokraten unter Hertta K u u s i n e n die stärkste Fraktion im finnischen Reichstag. Von 200 Mandaten vereinigen die Volksdemokraten 50 auf sich. Die derzeitig amtierende Minoritätsregierung unter Ministerpräsident S u k s e l a i n e n wird von der Kleinbauernpartei, den Agrariern, gebildet. Aus ihren Reihen kommt auch Staatspräsident Kekkonen selbst, und die Mehrheit der Agrarier fordert heute eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten im Reichstag. Diese Volksfrontlösung wird auch von dem ehemals linken Flügel der Sozialdemokratie, der heute selbständigen Gruppe der sogenannten Simoniten, unterstützt. Diese Radikalsozialistische Partei verfügt heute über 13 Reichstagsmandate, stützt sich aber mehr als andere Parteien der Linken auf das Vertrauen der Gewerkschaft und der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie unter Tanner und Deskinen hat dagegen das Vertrauen der Gewerkschaft verloren. Der Tanner-Leskinen-Flügel arbeitet eng mit den konservativen Kräften der Samlingspartei zusammen. Die übrigen politischen Parteien in Finnland, die schwedische Volkspartei und die finnische Volkspartei, gelten als Gruppierungen der bürgerlichen Mitte. Nach dem Abenteuer der Fagerholm-Koalition im Vorjahre (Fagerholm sammelte die gesamte Rechte gegen die in die Opposition gedrängten Wahlsieger, die Volksdemokraten; darauf zogen die Agrarier ihre Minister zurück, so daß das Kompromiß-Kabinett Fagerholm stürzte), als einige Politiker einen Anschluß an die Nato suchten, hat der Präsident Finnlands bewiesen, wie aussichtslos die westlichen Angebote wirtschaftlicher und politischer Art sind. In scharfen Worten wies Kekkonen die Westmächte in ihre Schranken. Finnland wird auf seinem Territorium niemals wieder einen Aufmarsch gegen den östlichen Nachbarn gestatten. Ein für alle Mal sagte er der ‚Großraumpolitik der Stärke' ab und bekannte sich zu den Prinzipien der Koexistenz. Finnland hat heute die niedrigsten Ausgaben für den Posten ‚Verteidigung' in der ganzen Welt. Und das finnische Volk weiß diesen Umstand wohl zu schätzen. Während das neutrale Schweden über 20 Prozent des Staatshaushaltes für Militärausgaben ausgibt, begnügt sich Finnland mit einer kleinen Streitmacht.

Das finnische Verhältnis zu Deutschland ist der gegenwärtigen Lage angepaßt. Helsinki unterhält zu beiden deutschen Staaten Verbindungen durch Handelsmissionen in Berlin und Bonn. Auffällig erscheint jedoch, daß immer wieder offizielle finnische Delegationen die DDR besuchen, dagegen die Bundesrepublik zu meiden scheinen. Der jetzige finnische Ministerpräsident Sukselainen, Ehrenbürger der Wittenberger Universität, hat in den vergangenen Jahren verschiedentlich die DDR besucht und seine Sympathien gegenüber den Fortschritten sozialer Art in diesem Land offen erklärt. Der Bundesrepublik dagegen begegnet man offenkundig mit einem gewissen Mißtrauen. Vor allem die Strauß'sche Militärkonzeption in der Ostsee findet in Finnland kein Verständnis, erinnert sie doch zu stark an die historisch dunkelsten Stunden Finnlands.

Juan Tierra, Madrid

Die wirtschaftspolitische Situation Spaniens

Zwanzig Jahre lang schwieg die Weltpresse zu den Terrormethoden des kubanischen Diktators Batista, bis die Maßnahmen de Castros das Ungeheuerliche offenbar machten. Dann herrschte peinliche Verlegenheit. Was wird nötig sein, das Leichentuch zu lüften, das ein anderer Diktator über Spanien spannt?

Explosive Ereignisse verkünden laut, daß die wirtschaftlichen Bedingungen für ein Volk untragbar geworden sind. Vorläufig gibt es kein anderes Barometer der wirtschaftspolitischen Situation in einem diktatorisch regierten Land als die offizielle Statistik. Die Angaben der offiziellen spanischen Statistik über diese Situation sind dürftig; dennoch verraten sie jedem Einsichtigen, daß hier ein Volk in den Halseisen langsam zu Tode gewürgt wird.

Mehr als zwei Drittel der Gesamtfläche Spaniens ist immer noch in den Händen der Großgrundbesitzer. Der Herzog Alba besitzt in allen spanischen Provinzen insgesamt 91 000 ha Land; der Herzog von Medinalli 80 000 ha und der Herzog von Penarada 52 000 ha. Vierzigtausend Großgrundbesitzer verfügen über 30 Millionen ha, während fünf Millionen Bauernfamilien nur 15 Millionen ha bearbeiten, zumeist als Pächter, die mehr als die Hälfte des Ertrags als Pachtzins abliefern müssen. Dazu kommt, daß unter der Parole „Schluß mit der unökonomischen Zersplitterung des Bodens" immer weitere Kleinbauern zugunsten des Großgrundbesitzes enteignet werden.

Der Weizenpreis wird von einer staatlichen Stelle festgesetzt, die sich „Nationales Weizensyndikat" nennt. Diese Organisation kauft die gesamte Produktion auf. Der Einkauf wird von Privatbanken finanziert und kontrolliert. Durch die Einführung der sogenannten beweglichen Wertskala für den Weizenpreis haben sich die Einkünfte des Staates seit 1948 verdreifacht, selbstverständlich auf Kosten der Bauern.

Selbstverständlich ist es aber nicht nur der faschistische Staatsapparat, der von dem Elend seiner Untertanen profitiert. Noch niemals in der spanischen Geschichte hat eine ausländische Macht so viele Vergünstigungen erhalten und in Anspruch genommen wie die USA. Die Situation der spanischen Geschäftsleute und Bauern ist dagegen faktisch die von Ausländern im eigenen Lande. Die alten und ertragreichen Oliven- und Apfelsinenkulturen werden durch Soja-Anbau ersetzt, an deren Verwertung die Amerikaner besonders interessiert sind, seit der Handel von Sojabohnen aus der Mandschurei entfiel. Die Bauern und Viehzüchterverbände protestieren vergebens gegen die Einfuhr amerikanischer Weizenüberschüsse, gegen die restlose Ausfuhr hochwertigen spanischen Olivenöls und die Einfuhr minderwertigen Olivenöls aus den Vereinigten Staaten.

Ein besonderes Kapitel bildet noch die rapide Verschärfung der Widersprüche zwischen den Finanzmächten und dem durch die inflationistische Politik der Regierung zur Unterernährung verurteilten spanischen Volk. In einer Zeit, in der der Wert der Löhne und Gehälter, der Wert des Einkommens der Bauern, der kleinen und mittleren Geschäftsleute ständig sinkt, beherrschen sechs Großbanken die Wirtschaft Spaniens und verzeichnen Gewinne, die die höchsten in der Geschichte des spanischen Bankwesens sind. Den Grad, den die Konzentration der spanischen Finanzen bereits erreicht hat, beweisen die offenen Konten dieser Banken, die in der Gruppe der „Nationalbanken" zusammengefaßt sind:

	1951		1958	
Nationalbanken	34 711	Mill. Peseten	58 673	Mill. Peseten
Regionalbanken	3 807	„ „	7 031	„ „
Lokalbanken	2 362	„ „	3 770	„ „
Ausländ. Banken	489	„ „	1 885	„ „

Die fünf wichtigsten Banken zeigen nachstehende Gewinne in Millionen Peseten

	1951	1953	1955
Banco Hispano-americano	129,0	170,4	240,6
Banco espanol de Credito	123,0	169,8	?
Banco Central	114,0	157,5	191,4
Banco de Viscaya	99,5	117,0	?
Banco de Bilbao	89,9	126,3	144,1

Vergleicht man nun die 1954 ausgeschütteten Gewinne der „fünf Großen" mit den Gewinnen von 1935, so erweist sich, daß sie 16 mal höher sind. Dieser steigende Gewinn der Großbanken resultiert nicht aus einem entsprechend angewachsenen Nationaleinkommen, sondern zeigt den fortschreitenden Prozeß der Akkumulation der Reichtümer in die Banktresore.

Gleichzeitig militarisiert sich das Franco-Regime in einem Maße, daß die gesamte Wirtschaftsstruktur durcheinander gerät. Die Haushaltspläne belegen eindeutig das Abrutschen in die Katastrophe:

	1950		1953		1957	
Heer	3166	Mill. Peseten	3392	Mill. Peseten	4912	Mill. Peseten
Marine	1147	„ „	1353	„ „	2187	„ „
Luftwaffe	1391	„ „	1732	„ „	2430	„ „
Öffentliche Arbeiten	1716	„ „	1945	„ „	4919	„ „

Durch die Unterzeichnung des spanisch-amerikanischen Paktes im Jahre 1953 sind die amerikanischen Trusts Teilhaber an den Gewinnen der staatlich geförderten Rüstungsindustrie geworden, außerdem steht auf Grund des Paktes der spanische Markt für die von jeglichen Steuern befreite Kapital- und Wareneinfuhr aus den USA offen. Das führte zur Überschwemmung des spanischen Marktes mit amerikanischem Öl und anderen Brennstoffen. Die Folge war der Beginn einer Krise in den Kohlengruben und in der Kohlenindustrie.

Nichtsdestoweniger scheint sich ein Nachlassen der amerikanischen „Hilfsbereitschaft" anzudeuten, und der Franco-Faschismus dürfte demnächst versuchen, die für ihn lebensnotwendigen K r e d i t e i n d e r B u n d e s r e p u b l i k zu bekommen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Welt-Städtebund gegen Atomtod

Die „Public Enterprise Record" veröffentlichte am 23. März 1959 folgenden Leitartikel aus der Feder des Bürgermeisters von Milwaukee (Wisconsin), Frank P. Zeidler:

Werden die Städte der nördlichen Erdhälfte das nächste Jahrzehnt überleben?

Wieder einmal sind die Menschen in den Städten der nördlichen Erdhälfte vom Massentod bedroht. Die Berliner Krise, mit der die Sowjetunion die Vereinigten Staaten konfrontiert hat, kann sehr wohl einen Atomkrieg auslösen, der die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und China zerstören wird. Der Diktator der Sowjetunion ist entschlossen, West-Berlin zu „liquidieren", und die westlichen Mächte haben durch ihre Führer die gleiche Entschlossenheit ausgedrückt, es nicht liquidieren zu lassen. Die Gelegenheiten für einen Kompromiß scheinen sehr gering, denn Westdeutschland wird die kommunistisch kontrollierte Regierung Ostdeutschlands nicht anerkennen, an welche die Sowjetunion ihre Autorität übergeben wird. Wenn die ostdeutsche Regierung versucht, die Straße nach Berlin zu sperren, werden die Westmächte kämpfen. Wenn die Westmächte kämpfen, wird die Sowjetunion die ostdeutsche Regierung unterstützen. Andererseits wird die Sowjetunion einen Plan unterstützen, ganz Berlin zu einer Freien Stadt zu erklären, vorausgesetzt, daß ihre Truppen in die Besatzungsmächte eingeschlossen sind. Dem werden die Westmächte nicht zustimmen. Vorschläge werden gemacht, um die Streitkräfte jeder Regierung zurückzuziehen, aber die Westmächte werden nicht abrücken, um das freie Berlin durch die ostdeutsche Regierung überrennen zu lassen.

Wenn keine Entscheidung erreicht wird, werden die Städte der westlichen Welt zur größten Todesfalle für Menschen in der ganzen Geschichte werden. Wegen dieser Möglichkeit glauben manche Befürworter des Verbots von Kernversuchen, daß die westlichen Regierungen den Forderungen der Sowjetunion nachgeben sollten, weil die Folgen unvorstellbar schrecklich wären. Andere erwidern, daß — wenn man diesen Forderungen nachgeben würde, dies nur zu weiteren Drohungen durch die Sowjetunion führen würde, und wenn es schließlich zu einer Kraftprobe kommt, dann solle man es jetzt dazu kommen lassen, bevor die Sowjetunion mit Raketen zu weit fortgeschritten ist, mit denen sie jede Stadt der Welt treffen könne.

Die Hoffnung der freien Welt liegt bei den Vereinten Nationen, die Berlin als eine freie Stadt unter Bedingungen überwachen sollten, die zu entwickeln sind und welche für die mächtige Kommunistische Partei und für die freie Welt annehmbar sind. Die Zukunft Milwaukees hängt von den Entscheidungen ab, die in der nächsten Zeit gefällt werden.

Ein Kongreß der Städte der Welt

Angesichts der Tatsache, daß die Kernenergie und Explosivstoffe die Menschen der Städte in der Welt bedrohen, sollten die Bewohner der Städte ihre National-Regierungen bitten, die Einberufung eines internationalen Städte-Kongresses zum Zwecke der Besprechung der Herstellungs-Kontrolle von Atomwaffen und die Beendigung der Bedrohungen für die Menschen in den Städten zu erwägen. Die führenden Beamten aller großen Städte sollten sich in einem solchen Kongreß zusammensetzen, um festzustellen, was geschehen kann, um die Spannungen zu beenden. Wenn Nationalregierungen kriegerisch miteinander sprechen, dann bedrohen sie eigentlich nicht nur das Leben der Menschen in den anderen Ländern, sondern auch das Leben ihres eigenen Volkes. Wenn Chrustschow den westlichen Demokratien den Atomkrieg androht, dann bedroht er auch das Leben von Hunderten von Millionen Russen in den Städten seines eigenen Landes. Auch Hitlers Kriegsgerede bedeutete die Zerstörung jeder wichtigen deutschen Stadt und den Tod von Millionen Menschen in diesen Städten.

National-Regierungen werden oft von politischen Parteien beherrscht, deren Stärke gewöhnlich von Leuten kommt, die keine persönliche Bedrohung durch den Krieg fühlen, weil sie entweder nicht in Städten leben oder von dort fliehen können. Der Stadtbewohner, der bedroht ist, ist jedoch oft mit seinen persönlichen Angelegenheiten zu beschäftigt, um viel Aufmerksamkeit darauf zu verwenden, was die National-Regierungen tun, und er kennt seine eigenen wirklichen Interessen nicht. Wenn die Menschen in den deutschen und japanischen Städten hätten wissen können, was ihnen passieren würde, weil ihre Regierungen drohten und einen Krieg anfingen, hätten sie vielleicht gegen ihre törichten nationalen Führer opponiert, die Vernichtung über sie brachten. Die Regierung der Vereinigten Staaten sollte daher die Führer aller wichtigen Städte der Welt zu einem Städte-Kongreß einladen und Vorschläge machen, die Frieden und Freiheit und die Beseitigung der Drohung mit atomarer Vernichtung garantieren können. Zu diesem Kongreß sollten auch die Führer aus Kunst und Wissenschaft und allen kulturellen Dingen eingeladen werden, um zu erörtern, wie die Menschen lernen können, ohne die Drohung mit gegenseitiger Vernichtung zusammenzuleben.

Für ihren Teil sollten die amerikanischen Städte ernsthaft darüber nachdenken, wie sie sich den Städten gleicher Wesensart in der ganzen Welt annähern können, um die Mißverständnisse und den schlechten Willen zu verringern, der sich entwickelt hat.

Deklaration einer Labour-Gruppe zum Beschluß der britischen Gewerkschaft der Kommunalen und Allgemeinen Arbeiter (NUGMW) für einseitige nukleare Abrüstung

Eine Gruppe führender Mitglieder der Labour-Party, deren Chairman Stephan S w i n g l e r, M. P. ist, und der u. a. die Unterhausabgeordneten Sydney S i l v e r m a n, Jan M i k a r d o und K. Z i l l i a c u s angehören, hat kürzlich der britischen Presse eine Erklärung zu dem Beschluß der „Gewerkschaft der Kommunalen und Allgemeinen Arbeiter" für das Verbot der Produktion und Anwendung von H-Bomben in England übergeben.

Darin heißt es:

Der Gedanke, Millionen von Männern, Frauen und Kindern durch nukleare Waffen zu vernichten und dabei möglicherweise die menschliche Rasse auszurotten, war, vom Standpunkt des Sozialisten, geschweige denn von dem eines Christen gesehen, stets moralisch verabscheuungswürdig. Der Versuch, derartige Waffen anzuwenden, um einem anderen Staat die Ansicht seines eigenen Landes über seine Rechte und Interessen aufzuzwingen, war stets eine Absurdität. Wie Aneurin B e v a n bereits im Juli 1957 vor dem Unterhaus feststellte, kann man nicht die Drohung, nationalen Selbstmord zu begehen, als Mittel für Verhandlungen oder als Verteidigungswaffe benutzen.

Jetzt werden jedoch sogar die militärischen und politischen Führer, die für diese abscheuliche und absurde Politik verantwortlich sind, gezwungen zuzugeben, daß diese Politik auch im Licht der von ihnen selbst vorgebrachten Tatsachen sich als unbrauchbar erwiesen hat: Die militärischen und politischen Fundamente der Strategie der nuklearen Abschreckung sind zusammengestürzt.

Die Gewerkschaft der Kommunalen und Allgemeinen Arbeiter hat diese Tatsachen mutig betrachtet und die einzigen logischen und praktischen Schlußfolgerungen gezogen, indem sie erklärte:

„Die nächste Labour-Regierung möge einseitige Maßnahmen treffen, indem sie die Produktion nuklearer Waffen einstellt und den Einsatz aller derartiger Waffen von britischem Territorium aus verbietet."

Im Verlauf des letzten Jahres hat eine zunehmende Zahl von militärischen Führern und Sachverständigen darauf verwiesen, daß die militärischen Voraussetzungen, auf denen die Beweisführung für die Notwendigkeit der atomaren Bewaffnung Großbritanniens ruhte, zusammengebrochen ist. So schrieb der militärische Mitarbeiter der „Times" am 15. Oktober:

„Die Regierungspolitik der Drohung mit der Verwendung nuklearer Waffen, falls (ein alliierter Staat) mit konventionellen Waffen angegriffen würde, war glaubwürdig, solange der Westen eine überwältigende Überlegenheit in nuklearen Waffen besaß und Amerika so gut wie unverwundbar war. Diese Voraussetzungen bestehen nicht mehr . . .

Das bedeutet, daß wir aufhören müssen, uns auf das nukleare Abschreckungsmittel der USA zu verlassen, um Aggressionen abzuschrecken, die sich nicht direkt gegen amerikanisches Territorium richten . . . Es ist völlig unrealistisch, . . . wenn Großbritannien auf sich selbst gestellt derartige Drohungen macht, denn seine Verwundbarkeit ist für jedermann offenkundig."

Am 24. Oktober sprach Feldmarschall Lord Montgomery das kurz und knapp aus: „Glauben Sie, daß der Westen im Falle einer russischen Aggression mit konventionellen Waffen sein nukleares Abschreckungsmittel gegen die russischen Städte anwenden und so eine russische Vergeltung riskieren würde, die das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten geschäftsunfähig machen würde? Ich glaube nicht, daß dies geschehen wird."

Es ist in der Tat so, wie General James M. Gavin, der ehemalige Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung der US-Armee, in seinem kürzlich veröffentlichten Buch „War and Peace in the Space Age" feststellte:

„Unser (anglo-amerikanisches) Programm ist hinter dem der Sowjetunion zurückgeblieben. Sie hat sich Geschosse mit größerer Reichweite, größerer Tragfähigkeit wie auch eine größere Zahl von Typen geschaffen, als wir sie besitzen. Für viele Jahre wird die Sowjetunion beim Bau von Geschossen und in der Raumschiffahrt dem, was der Westen leisten kann, um ein gutes Stück voraus sein."

Angesichts des Zusammenbruchs der militärischen Voraussetzungen — nukleare Überlegenheit des Westens und Unverwundbarkeit der Vereinigten Staaten — auf die sich die Theorie der nuklearen Abschreckung stützte, kann es nur von Vorteil sein, daß sich die politische Voraussetzung, nämlich der angebliche sowjetische Wille zur Aggression, gleichfalls als falsch herausstellt. Das ist durch keinen Geringeren als den konservativen Premierminister bewiesen worden: „Es ist nicht so, daß wir vorbereitete Aggressionsakte fürchten", erklärte Mr. Macmillan während seines kürzlichen Besuchs in Moskau, „gleichzeitig ist es unmöglich, uns vor der Gefahr eines Krieges zu verstecken, der durch eine Fehlberechnung oder durch Verwirrung ausgelöst werden könnte."

Selbst der stellvertretende amerikanische Außenminister C. Douglas Dillon erklärte in einer Rede vom 2. Juli, die er der Rolle des Privatunternehmertums in der amerikanischen Außenpolitik widmete, folgendes: „Ich glaube nicht, daß der Gang der Weltgeschichte durch den unvorstellbaren Wahnsinn eines von der Sowjetunion ausgelösten atomaren Krieges bestimmt werden wird. Ich glaube vielmehr, daß die Zukunft durch das politische, wirtschaftliche und ideologische Ringen gestaltet werden wird, zu dem unser westliches System freier Institutionen vom internationalen Kommunismus herausgefordert worden ist."

Feldmarschall Lord Montgomery, der ehemalige Oberkommandierende der Nato, erklärte sich zu dieser Frage noch emphatischer. Er schrieb am 17. Mai kurz nach seinem Besuch in der Sowjetunion in der „Sunday Times":

„Es wird oft geglaubt, die Russen planen, den Westen anzugreifen . . . Das glaube ich keinen Augenblick . . . Wenn je in unseren Tagen eine Nation den Frieden wünscht, so ist das die russische, damit sie ihre wirtschaftliche Macht aufbauen und den gegenwärtig niedrigen Lebensstandard ihrer Bevölkerung heben kann. Sie hat durch einen nuklearen Krieg nichts zu gewinnen, in der Tat hat sie alles zu verlieren. Aber sie denkt, daß wir den Krieg wollen und sie angreifen werden, sobald wir bereit sind. Das ist eine seltsame Situation. Zwei Blöcke, der Osten und der Westen, glauben beide, daß der andere vorhat, ihn jeden Augenblick anzugreifen. Die einfache Wahrheit ist, daß keiner irgendwelche Absichten hat, den anderen anzugreifen." Dennoch: „Die Höhe der finanziellen Mittel, die jede Seite verausgabt, um den Angriff abzuweisen, ist erstaunlich. Es wäre interessant zu wissen, ob es jemals zuvor in der Geschichte eine derartige Situation gegeben hat. Sie ist beinahe possenhaft."

In dieser Lage ist Großbritanniens Stellung mehr als possenhaft. Sie ist tragikomisch. Wir verwenden 10 % unseres Bruttonationaleinkommens und ein Drittel unseres Budgets für die Aufrüstung. Durch das diesjährige Verteidigungsbudget wurden unsere Verteidigungsausgaben im Vergleich zu denen des Vorjahres um 48 000 000 £ erhöht. Um im nuklearen Wettrennen bleiben zu können, muß Großbritannien in Kürze seine Verteidigungsausgaben um weitere 200 000 000 £ erhöhen. Es wird allein 500 000 000 £ kosten, um das Blue Streak-Raketen-Programm zu vollenden. Wir können nicht all dies und zu-

gleich den Wohlfahrtstaat haben, geschweige denn die Vorschläge der Labour-Party auf dem Gebiet des Sozialwesens, der Gesundheitsfürsorge, der Erziehung und des Wohnungswesens verwirklichen.

Mit diesen gewaltigen Verteidigungsausgaben stellen wir ungefähr 3 % der nuklearen Waffen her, die Amerika produziert, nehmen wir den niedrigen Rang eines Stützpunktes ein, der notfalls geopfert werden kann und der von den Vereinigten Staaten in einen Krieg gezerrt werden könnte, ohne daß wir überhaupt befragt werden. Wir können dabei, wie die Regierung selbst zugibt, nicht gegen einen nuklearen Angriff verteidigt werden, der durch die amerikanische „Politik am Rande des Abgrunds" ausgelöst werden könnte. Der Luftschutz stellt nichts als eine elende und zynische Spiegelfechterei dar. Im Kriegsfall würde die Bevölkerung dieses Landes in wenigen Stunden vernichtet werden.

Weiterhin: jeden Augenblick kann — wie Lord Montgomery bereits am 21. Oktober 1954 bemerkte — eine der beiden Seiten, indem sie versucht, den Kalten Krieg zu gewinnen, ohne es zu wollen einen Weltkrieg beginnen, den keine der beiden Seiten wünscht. „Die Hauptgefahr ist jetzt ein durch einen Unfall ausgelöster Krieg", sagte General N o r s t a d auf dem Londoner Kongreß der Nato.

Dieses Risiko wächst, wenn nukleare Waffen aufgestapelt werden und in den Besitz von mehr und mehr Nationen gelangen, und wenn wir von Bombenflugzeugen zu Raketen übergehen. Denn die letztgenannten Waffen verringern die Zeit, in der über Leben und Tod entschieden wird, auf Minuten, und Raketen können, im Gegensatz zu Bombenflugzeugen, nicht zurückgerufen werden, wenn sie einmal abgeschossen worden sind. Ein ohne Überlegung begangener Fehler würde im wahrsten Sinne des Wortes unwiderruflich — und tödlich sein. Die Strategie der nuklearen Abschreckung, anstatt den Krieg zu verhindern oder den Sieg im Kriegsfalle zu garantieren, garantiert vielmehr, daß wir früher oder später alle durch einen Unfall vernichtet werden.

Das sind die harten militärischen, politischen und wirtschaftlichen Tatsachen, die den Appell für den einseitigen und völligen Verzicht auf nukleare Waffen unwiderlegbar machen — nicht, weil wir uns auf den amerikanischen Schutz verlassen, sondern weil wir ihn nicht nötig haben, weil wir gegen die Angst rebellieren. Der gesunde Menschenverstand und moralische Prinzipien verweisen gleichermaßen auf diese Schlußfolgerung. Es ist die einzige Maßnahme, die einer Labour-Regierung moralischen Status, Freiheit zum politischen Manövrieren und Verhandlungsfreiheit in Washington wie in Moskau verschaffen würde; wie sie ihr auch den Einfluß auf die öffentliche Meinung überall sichern würde, der es ihr ermöglichte, den Frieden zum Grundstein konstruktiver und realistischer außenpolitischer Vorschläge der Labour-Party zu machen.

Die Entschiedenheit der Gewerkschaft N U G W M spiegelt das Ferment klaren Denkens und die steigende Flut der öffentlichen Meinung im Lande. Die gleichen Kräfte sind in anderen großen und kleinen Gewerkschaften am Werke. Sie werden, das kann man hoffen, dem glänzenden Beispiel der NUGWM folgen. Die A S S E T (Association of Supervisory, Scientific, Exetive and Technical Staffs) hat dies bereits getan. Am 14. Juni verabschiedete die Konferenz der Chemie-Arbeiter-Gewerkschaft einmütig für ihre 20 000 Mitglieder eine Resolution, die die Beendigung der Produktion von A- und H-Bomben in Großbritannien fordert. Bei der Begründung dieser Entschließung erklärte der Generalsekretär der Gewerkschaft, der dem linken Labourflügel angehörende Unterhausabgeordnete Robert E d w a r d s : „Unsere Treue und Verpflichtung zur Menschlichkeit ist sehr viel wichtiger als die Treue zu unserer Partei oder zu unseren Führern." Auf der vorjährigen Scarborough-Konferenz vertrat die überwiegende Mehrheit der Labour-Wählerschaft diese Linie der nuklearen Abrüstung. Es besteht nun durchaus die Aussicht, daß der nächste nationale Labour-Kongreß sich den Auftrag erteilt, die einseitige Einstellung der Produktion von nuklearen Waffen und das Verbot ihrer Anwendung von britischem Boden aus zur politischen Forderung zu machen.

Diese Umkehrung der Politik würde die Reihen schließen und den Enthusiasmus für unsere Verteidigungspolitik erneut erwecken, genau so wie das auf außenpolitischem Gebiet durch die Umkehr der Politik der Partei hinsichtlich der Wiederbewaffnung Westdeutschlands und seiner Aufnahme in die Nato erreicht wurde. Sie würde uns endlich eine Verteidigungspolitik geben, die mit unserer Außenpolitik, mit dem gesunden Menschenverstand und mit moralischen Prinzipien in Übereinstimmung ist.

Wir begrüßen diese großartige Initiative der Gewerkschaft NUGWM. Wenn die Führung der Labour-Party den Mut besitzt, den Überzeugungen der Partei zu folgen, so wird sie die Arbeiterbewegung zusammenschließen, und die Jugend und jene Millionen, die allen Parteien oder keiner angehören und an die Vernunft und den Willen zum Überleben glauben, werden neuen Mut fassen; die Partei wird das Land bei den allgemeinen Wahlen erobern und einen entscheidenden Schritt für den Frieden unternehmen. Nie zuvor lag eine derartige Verantwortung auf der Arbeiterbewegung; nie zuvor hatten wir solche Möglichkeiten.

Lust am Gehorchen

Der Entschluß Adenauers ist eine erschütternde Anklage gegen die Scheindemokratie der Bundesrepublik, die von so vielen westlichen Politikern als echt ausgegeben wurde. Erhard hat erklärt, er könne den Schritt Adenauers, bei dem ohne Zweifel menschliche Imponderabilien im Spiel seien, nicht verstehen. Damit muß er zweifellos gemeint haben, daß Adenauer ein unmöglicher alter kindischer Greis ist, der sich den Totalitarismus nur leisten kann, weil die deutschen Politiker eine Masse sind, die sich offenbar mit Freuden herumschubsen läßt.

Es ist immer wichtig, der These vom Nationalcharakter zu widerstehen — es gibt keine „nationalen" Fehler, sondern nur „menschliche". Und doch schaffen die Deutschen ständig Beweise für das Gegenteil. Generation auf Generation ihrer Männer im öffentlichen Leben zeigt sich der Mystik herrischer Persönlichkeiten willenlos hingegeben und erklärt sich diese Persönlichkeiten an Hand ihrer Verirrungen. Hitler, so sagen sie, war schließlich bloß wahnsinnig. Adenauer, so sagen sie, ist eben senil.

(News Chronicle, 8. Juni 1959)

Adenauers Gleichgesinnte

Die, welche vor allem an Adenauer glauben, sind Atlantikpaktgenerale und Gleichgesinnte — kurz gesagt Leute, die die Gegenwart aus einem einzigen Gesichtswinkel beurteilen: nämlich die bestmögliche Ausgangsposition für einen neuen Krieg zu haben. Sie sind deshalb der Ansicht, es sei notwendig, zu jeder Verhandlungschance und jedem Kompromiß nein zu sagen, weil ein solcher Kompromiß eine militärische Verdünnung und eine atomwaffenfreie Zone und vor allem Schluß mit der Politik der Stärke bedeuten kann. Ein Kompromiß auf hoher politischer Ebene würde bedeuten, daß der Schlußpunkt hinter jene Politik gesetzt würde, für die Adenauer und Dulles die ersten Bannerträger waren.

(Stockholms Tidningen)

Als Kanzler unmöglich geworden

Adenauer ist als Kanzler unmöglich geworden, weil er unglaubwürdig ist und deshalb unfähig — selbst wenn er wollte —, unser Volk durch die kommenden schweren innen- und außenpolitischen Belastungsproben hindurchzusteuern. An die Stelle des „Führers" Adenauer muß ein Mann treten, der getragen wird vom Vertrauen der Mehrheitspartei im Parlament, getragen aber auch vom Vertrauen des Volkes. Die Strömungen innerhalb der CDU müssen sich ebenso wie die Opposition im Parlament darüber im klaren sein, daß die Frage der Ablösung Adenauers dem eigentlichen Streit der Parteien im Staatsinteresse entzogen wird.

Das konstruktive Mißtrauensvotum ist nicht mehr zu umgehen, wenn man dafür das permanent-schleichende Mißtrauensvotum des Volkes gegen Parteien, Parlament und Staat nicht eintauschen will!

Was sich Herr Dr. Konrad Adenauer erlaubt hat, das hat er auch allen Parteien, den Vätern des Grundgesetzes und dem Amt und der Würde des Bundespräsidenten aufgeladen. Niemandem — auch der CDU nicht — ist geholfen, wenn man wie Dr. Gerstenmaier sagt: „... Da wir in einem freien Staat leben, müssen wir die Entscheidung Adenauers respektieren." Es muß in der Tat heißen: „... Da wir in einem freien Lande

leben, muß er u n s e r e Entscheidung respektieren." Das ist die Fragestellung. Von hier aus wird entschieden, ob wir an der Spitze unseres Staatswesens mutige Männer sehen oder nur Diener eines überalterten Autokraten an der Spitze einer bloßen Partei- und Regierungsmaschine. (Frankfurter Rundschau, 11. Juni 1959)

Hoffnungslos gespalten

Die Reihen der Christlich-Demokratischen Partei, die von Amerikanern und Europäern seit zehn Jahren für die zuverlässigste und einigste Partei der westlichen Welt gehalten wurde, sind durch die Entscheidung Adenauers hoffnungslos gespalten. Der Kanzler hat die ernsteste Krise im Nachkriegsdeutschland hervorgerufen. (Daily Express)

Konfusion

Wenn man sich des allgemeinen Beifalls erinnert, den die Ankündigung seiner Kandidatur (als Bundespräsident) im April ausgelöst hatte, dann kann man sich den Wirrwarr vorstellen, den seine Kehrtwendung von Donnerstag zur Folge haben könnte. Eine gedemütigte Partei, abgewiesene Nachfolgekandidaten, eine verwirrte öffentliche Meinung — das sind die unmittelbaren Folgen. Die lange Regierungszeit des Kanzlers, die in eine Apotheose zu münden scheint, könnte sehr gut von nun an in einem Zustand der Konfusion weitergehen. (Le Monde)

Genau beobachtet

Der Kanzler ließ sich aber nicht festnageln. Er gab zwar noch nicht bekannt, daß er auf die Kandidatur verzichte. Offenbar hatte er sich dazu noch nicht durchgerungen. Man brauchte ihn aber noch nicht einmal so genau beobachten zu können wie ich, in einer Entfernung von zwei bis drei Metern ihm gegenübersitzend, es tun konnte, um den Eindruck zu haben, daß sein letztes Wort noch ausstehe; und es waren nicht wenige, die diesen Eindruck mit mir teilten.

(Dr. Karl Kankar, MdB., im „Rheinischen Merkur" vom 19. Juni 1959)

„Deutschland muß neutralisiert werden"

Der amerikanische Bankier W a r b u r g forderte vor der amerikanischen „Gesellschaft für die Vereinten Nationen" in St. Louis den Verzicht der Vereinigten Staaten auf die Bundesrepublik als militärischen Verbündeten. Nur so könne die Genfer Außenministerkonferenz zur Wiedervereinigung Deutschlands führen. „Ich bin sicher", sagte Warburg, „daß sowohl Herter wie Macmillan sich darüber im klaren sind, daß der erste Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands der Ausschluß eines wiedervereinigten Deutschlands aus den militärischen Allianzen beider Seiten sein muß."

Der bei der Genfer Konferenz vorgelegte westliche „Paket"-Plan stelle ein „beachtliches Auftauen" der bisherigen Haltung der Westmächte dar. Bisher hätten die Westmächte aber noch nicht die Notwendigkeit der Wahl zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands und der militärischen Beteiligung Westdeutschlands am Nordatlantikpakt ins Auge gefaßt. Statt dessen bestünden sie noch immer darauf, daß ein wiedervereinigtes Deutschland Entscheidungsfreiheit haben sollte, sich dem anti-sowjetischen Bündnis anzuschließen. (Frankfurter Neue Presse, 22. Mai 1959)

Stevenson: Bittere Erfahrungen mit Deutschland

Der demokratische Politiker Adlai S t e v e n s o n äußerte in einem Vortrag an der Universität Illinois Zweifel daran, ob die westlichen Gegenvorschläge zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands „gut genug" seien.

„In gewisser Weise", so sagte er, „scheinen sie dazu einzuladen, zu den europäischen Verhältnissen zwischen den beiden Weltkriegen zurückzukehren. Die Wiederherstellung der vollen deutschen Souveränität und die Gewährung des Rechtes, die künftigen militä-

rischen Bindungen selbst zu bestimmen, mögen demokratischer Theorie entsprechen. Sie entsprechen aber nicht den bitteren Erfahrungen, die die Sowjetunion und Osteuropa in zwei schrecklichen Invasionen machten."

Der Gedanke eines vereinigten und aufgerüsteten Deutschlands löse gegenwärtig wenig Begeisterung aus. Der Westen solle zwei Ziele verfolgen:

Ein begrenztes Disengagement der Streitkräfte, um das Risiko eines allgemeinen Krieges zu vermindern und die Unabhängigkeit der Satelliten zu fördern;

die Wiedervereinigung Deutschlands, um diese unnatürliche Spaltung zu beenden, die immer wieder die Welt beunruhige. (Oberfränkische Volkszeitung, 20. Mai 1959)

Humphrey: Deutschland nicht die wichtigste Frage

Der demokratische Senator Hubert H. Humphrey, der im Abrüstungsausschuß des amerikanischen Senats den Vorsitz führt, hat Ost und West aufgefordert, ihre Verhandlungen über Probleme der Abrüstung und Osteuropa fortzusetzen, auch wenn es hinsichtlich der deutschen Wiedervereinigung keinen Fortschritt gebe.

Die Deutschland-Frage sei zwar die schwierigste, sie sei aber nicht notwendig auch die wichtigste, die sich auf die europäische Sicherheit auswirke.

Die Lösung des Deutschland-Problems könnte durch Vereinbarungen über eine Rüstungskontrolle und durch die Entwicklung von Methoden erleichtert werden, mit deren Hilfe es den osteuropäischen Ländern ermöglicht werde, eine von der Sowjetunion unabhängigere Politik zu treiben.

Die Ausführungen Humphreys sind im Vorwort zu einem „Handbuch für Rüstungskontrolle und damit zusammenhängende Probleme" enthalten, das von dem Ausschuß zusammengestellt worden ist. (Die Welt, 26. Mai 1959)

Hohe Krebsquoten in Hiroshima

Die Zahl der an Krebs erkrankten und an Krebs gestorbenen Einwohner Hiroshimas liegt weit über dem Durchschnitt Japans. Dies gaben japanische Wissenschaftler bekannt.

In einem Bericht über den Zusammenhang zwischen radioaktiver Verseuchung und Krebs stellte Dr. Ishida vom staatlichen Forschungsinstitut für vorbeugende Behandlung fest, daß in Hiroshima 1287 von 100 000 Personen an Krebs erkrankt seien, während der Durchschnitt im übrigen Japan bei 280 liege. Dr. Gensaku Obo teilte mit, daß die Zahl der an Krebs gestorbenen Bewohner Hiroshimas um etwa 20 Prozent höher liege als gewöhnlich. (Die Welt, 16. 6. 1959)

Memorandum zur Außenministerkonferenz
Auszug aus der Liste der Unterzeichner

In Verbindung mit dem Auszug aus der Liste der Unterzeichner des Memorandums veröffentlichen wir nochmals dessen Wortlaut

Nach zwölf Jahren eines von der Drohung der Katastrophe begleiteten kalten Krieges ist die Erkenntnis allgemein, daß diese Politik sinnlos geworden, widerlegt und gescheitert ist. Die Einsicht wächst, daß sie durch eine Politik der Friedensbereitschaft und der Verhandlungen abgelöst werden muß. Die Welt ist einig in der Forderung, daß kein Atomkrieg sein darf. Es gibt nur die Wahl zwischen Frieden und Selbstmord.

Vorbereitende Kontakte zwischen Staatsmännern aus Ost und West haben gezeigt, daß es in den Fragen der Einstellung der Atomwaffenversuche, der Rüstungsbegrenzung und Sicherheit in Europa, des Friedensvertrages mit Deutschland und des Status von Berlin gemeinsame Interessen gibt. Das Zustandekommen von Konferenzen der Außenminister und Regierungschefs ist Ausdruck des vorgeschrittenen Wandels der Weltmeinung. Nur wenn die Staatsmänner nicht auf Bedingungen zurückgreifen, von denen man genau weiß, daß sie zur Ablehnung führen, darf den Konferenzen mit Zuversicht entgegengesehen werden. Die Wortführer der internationalen und der europäischen Politik dürften sich aber darüber klar sein, daß die öffentliche Meinung ihnen nicht erlaubt, rückfällig zu werden, sondern eine von Vernunft und Verantwortung getragene Politik erhofft.

Die Unterzeichner erwarten von den Großmächten endlich Taten zur Entspannung. Die Zeit hierzu ist überreif. Darin wissen wir uns einig mit der großen Mehrheit des ganzen deutschen Volkes. Es hat fortgesetzt und unüberhörbar bekundet, daß die Atombewaffnung der Bundesrepublik der deutschen und europäischen Sicherheit nicht dient, die internationalen Spannungen verschärft und niemals zur Erreichung der nationalen Ziele des deutschen Volkes führen kann. Einsichtige Vertreter aller Konfessionen, der Wissenschaft und Wirtschaft fordern seit Jahren den Verzicht auf die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik. Selbst in weiten Kreisen der Regierungspartei mehren sich Zweifel und Kritik. Kein Politiker und Staatsmann sollte diese Meinung unseres Volkes außer acht lassen. Die große Mehrheit der Deutschen würde der Bonner Politik nicht verzeihen, wenn sie darauf beharrt, der Verständigung nur verdrossen und widerwillig im weiten Abstand zu folgen oder sie gar weiterhin zu blockieren.

Alle deutschen Parteien in West und Ost, ausgenommen die Partei des Kanzlers, die Christlich-Demokratische/Soziale Union, entwickelten in den letzten Wochen Vorschläge zur Entspannung. Parteien, die verschiedene wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele verfolgen, sind sich in dieser entscheidenden Frage nahegekommen. Mag es im deutschen Volk auch Unterschiede der Vorstellungen über die beste Lösung seiner Probleme geben, so stimmt es doch weitgehend in der Erwartung überein, daß die Genfer Konferenz der Außenminister Fortschritte und Ergebnisse erzielt in den Verhandlungen über

- einen Friedensvertrag, der die Spannungen mindert, die Lösung der Berlin-Frage erlaubt und der Wiedervereinigung Deutschlands den Weg ebnet;
- die Schaffung einer atomfreien und militärisch verdünnten Zone in Europa, zumindest unter Einbeziehung der beiden Teile Deutschlands, Polens und der Tschechoslowakei. (Annehmbare und glaubhafte militärische Gründe wurden hiergegen nicht angeführt.)

Die Erwartung, daß deutsche ermächtigte Vertreter zu allen Verhandlungen hinzugezogen werden, die Deutschland mittelbar oder unmittelbar betreffen, bedarf keiner Begründung; sie ist selbstverständlich.

Die Weltöffentlichkeit muß die Überzeugung gewinnen, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes nichts sehnlicher wünscht, als eine militärische Entspannung und die friedliche Wiedervereinigung. Die Weltöffentlichkeit muß wissen, daß das Wort des noch amtierenden Kanzlers nicht mehr das Wort des deutschen Volkes ist. Darum rufen wir das ganze deutsche Volk, seine Regierungen, Parteien und Organisationen auf, einig zusammenzustehen und den gemeinsamen nationalen Willen überall und nachhaltig zu bekunden. Nur die deutschen Politiker verdienen das Vertrauen des deutschen Volkes, die diese Aufgabe erkennen und ernsthaft vertreten.

Es unterzeichneten u. a.: Dr. Ulrich Abele — Dr. med. Hellmuth Ackermann — Pfarrer Horst Ackermann — Dr. Rudolf Ackermann — Pfarrer Lothar Ahne — Journalist Franz Ahrens — Rudolf Albrecht, FDP-Kreisvorsitzender — Dr. jur. Alfons Amann — Journalist Erich Andres — Studienrätin Gertrud Anacker — Pfarrer Bernhard Ansorge — Vikar Günter Apsel — Dr. med. Georg von Arnim — Oberstudienrat Dr. Theodor Asholt — Dr. med. Karl H. Armknecht — Dekan Gottfried Fischer — Pfarrer Wilhelm Feender — Dr. med. Reinhart Auel — Dipl.-Ing. Irich Auras — Gewerbeoberlehrer Gabriel Auras — Studienrat Dr. Johannes Baar — Rechtsanwalt Erik Baron Bagge — Vorstandsmitglied Hans Richard Bahrt — Pastor Paul Bard — Dr. Hildegard Barg — Pfarrer Konrad Barner — Dr. med. Walter Basko — Dr. Hans Bäcker — Pfarrer W. Bachert — Dr. Hans Balzli — Dr. med. Horst Barthel — Studienrat Dr. Erich Barthold — Pfarrer Gerhard Bausch — Dr. H. Bausewein — Chefarzt Dr. Karl F. A. Beck — Gewerkschaftssekretär Hasso Beckmann — Prof. Robert Bednorz — Rechtsanwalt Dr. Hans Behrend — Dr. Georg Behrens — Arno Behrisch, MdB — Rechtsanwalt und Notar Armin Beier — Stadtrat Bernhard Beischlag — Dr. med. M. Bender — Pfarrer Wilhelm Bender — Journalist Alexander Bengsch — Prokurist Paul Benz — Dr. med. Berghöfer — Betriebsratsvorsitzender Ernst Berkemer — Rechtsanwalt und Notar Dr. Hartmut Berlet — Pfarrer Josef Bernartz — Dr. med Hans Bertram — Rechtsanwalt Erich Bessau — Dr. med. Günther Billing — Pfarrer Hans Binöder — Dr. Wilhelm Blechmann — Studienrat Heinz Arno Bode — Pfarrer Diedrich de Boor —

Dr. jur. Carl Boettcher — Dr. h. c. Friedrich Böhm — Dekan Paul Bohris — Fabrikant Walter Boll — Oberst i. G. a. D. Bogislav von Bonin — Pfarrer Kurt Bonacker — Dr. jur. P. Bongartz — Dr. med. Wolfgang Bonorden — Pfarrer Hans Boos — Gewerkschaftssekretär und Stadtrat Alfred Börner — Pfarrer Hans Bornschein — Ministerialrat Dr. Wilhelm Bornstedt — Dr. Achim von Borries — Pfarrer Karlfritz Böttcher — Pfarrer Walter Böttcher — Pfarrer Diethelm Boudriot — Rektor Otto Brey — Dr. med. Erhard Britz — Studienrätin Herta Brockot — Dr. Franz Brode — Dr. Helmut Brunke — Bürgermeister Georg Buch — Dr. med. W. Buchholz — Gewerkschaftssekretär Josef Bugla — Pfarrer Ernst Burdach — Rechtsanwalt Max Bürger — Rechtsanwalt Till Burger — Rechtsanwalt Wolfgang Burghard — Dr. med. Ella Büsselberg — Rechtsanwalt Dr. Brandseph — Oberstudienrat Hermann Brandt — Dr. Ing. Rudolf Brennecke — Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner — Prof. Wilhelm Brockhaus — Dr. med. Heinrich Brunner — Gewerkschaftssekretär Helmut Buck — Rechtsanwalt und Notar Hans Calmeyer — Stadtkämmerer Hans Carlmeyer — Pfarrer Heinrich Caspers — Studienrat Dr. Günther Christlein — Studienrat W. Clarenbach — Diplom-Sozialwirt Hansgeorg Conert — Pfarrer Erich Conradi — Studienrat Helmut Cordts — Rechtsanwalt Dr. Arthur Corts — Dr. med. H. Cortis — Ministerialbeauftragter Dr. Hans Cramer — Prof. Dr. Hermann Craemer — Pfarrer Herbert Dagen — Pfarrer Rudolf Daur — Deutscher Gewerkschaftsbund, Kreisausschuß Donauwörth — Pfarrer Hans Decke-Cornell — Prof. Franz Denk — Rechtsanwalt Bernhard Dettki — Betriebsleiter Wilhelm Dicke — Pastor H. Diestelmeier — Ernst Dittrich, DGB-Ortsausschuß-Vorsitzender — Dipl.-Ing. Herbert Dix — Dr. Erwin Dittler, erster Vorsitzender des Deutschen Saarbundes e. V. — Rechtsanwalt und Notar Dr. Arnold Dobberkau — Dr. Paul Freiherr von Dobeneck — Prof. Dr. Döcker — Dr. med. Peter Doll — Prof. Dr. Heinrich Döpp-Vorwald — Rechtsanwalt Dr. Alfred Dormann — Dr. med. Helmut Dörr — Obermedizinalrat Dr. F. Dubitscher — Prof. Dr. Heinrich Düker — Rechtsanwalt Dr. J. Dünkelmeyer — Chiropraktor Franz Dürr — Oberstudiendirektor Dr. Carl Durand — Rechtsanwalt Dr. Erich Ebermayer — Dr/ Edmund Edel — Generalleutnant a. D. Jenö von Egan-Krieger — Studienrat Otto Eggstein — Rechtsanwalt Dr. H. Ehlers — Schriftsteller Walter Ehlers — Dr. med. Friedrich Ehrenfeuchter — Studiendirektor Dr. Fritz Eich — Prof. Dr. Gerhard Eis — Rechtsanwalt und Notar Dr. Oswalt Eisenberg — Pfarrer Philipp Elbert — Studienrat Oskar Elsäßer — Studienrätin Irma Elster — Dr. Albert Emmert — Regisseur Erich Engel — Dr. Lieselotte Engl — Regierungsbaumeister Theodor Engl — Obermedizinalrat Dr. Eduard Engelhardt — Dr. J. Engels — Studienrat Bernhard Epple — Pfarrer Martin Eras — Ratsherr Josef Erbacher — Dr. Erika Erdmann — Dipl.-Ing. Johannes Erdmann — Dr. Wilhelm Erdmann — Dr. jur. Kurt Erhardt — Journalist Heiner Ernst — Regisseur Ulrich Erfurth — Journalist Heiner Ernst — Dr. med. G. Ernsting — Dr. med. C. Th. Eskuchen — Dr. jur. Hermann Etzel — Richard Ey, MdL — Pfarrer Rudolf Farr — General a. D. Moriz von Faber du Faure — Amtsgerichtsrat Dr. Kurt Fabian — Rektor Carl Feddern — Pfarrer Theo Fehn — Pfarrer Luitpold Freiherr von Feilitzsch — Dr. med. Georg H. Feist — Pfarrer H. M. Felsch — Dr. Ing. Bruno Fendrich — Studienrätin Charlotte Finckh — Rechtsanwalt und Notar Dr. Graf Ulrich Fink von Finkenstein — Rechtsanwalt Dr. Werner Finmann — Pfarrer Eckart Fischer — Rechtsanwalt Erwin Fischer — Betriebsrat Heinz Fischer — Dr. med. J. Fischer — Pfarrer Werner Flentje — Prof. Dr. Ernst Fraenkel — Dr. med. Herbert Frank — Direktor August Franke, MdL — Prof. Dr. H. Gerhard Franz — Studienrat Clemens Franzen — Oberstudienrätin Margaretha Fredeland — Dr. med. Josef Frehn — Pfarrer Lic. Theol. Fresenius — Pfarrer H. M. Freudenreich — Oberstudiendirektor Otto Freund — Zahnarzt Hans Frick — Dr. Werner Frickenschmidt — Studienrat Hermann Fried — Dr. med. K. Friedlaender — Dipl.-Ing. Karl Friedrich — Oberstudiendirektor Dr. Rudolf Friedrich — Rechtsanwalt Dr. W. Frisch — Rechtsanwalt Karl C. Fritz — Studienrat Anton Gailer — Dr. med. Lieselotte Garloff — Prof. Willi Geiger — Oberforstmeister Dr. Otto Geiß — Studienassessorin Rosmarie Geiß — Dr. med. Helen Gerstacker — Journalist Dr. Werner Gerth — Dr. J. Georgi — Oberstleutnant a. D. Heinz Giebelhausen — Religionslehrer Ernst Ginsberg — Gewerkschaftssekretär August Gimbel — Rektor Erich Girolstein — Dr. med. Hasso Glaser — Dr. med. Margarete Gleiß-Röpke — Dr. med. Erich Gobbert — Chefarzt Dr. med. P. Goeck — Diplom-Landwirt Dr. Paul Golling — Prof. Gerhard Gollwitzer — Dr. Charles Gombault — Prof. Dr. Siegfried Gräff — Oberstudiendirektor Artur Griesbach — Oberamtsrichter Dr. Dr. Georg Groeninger — Prof. Dr. Kurt Gröbe — Emil Groll, MdL. — Prof. Dr. Otto Grüters — Rektor

Friedrich Gosau — Dr. med. W. Gosemann — Redakteur Walter Götzger — Rektor Wilhelm Grabke — Dr. Wolfgang Greiner — Rechtsanwalt Dr. Emil Grobel — Dr. med. Stefan Grünbaum — Rechtsanwalt Rolf Erhard Gurland — Rechtsanwalt Dr. Paul Haag — Rechtsanwalt Dr. Habenicht — Rektor Dr. Gustav Haber — Stadtrat R. G. Haebler — Prof. Dr. Walter Hagemann — Dr. med. Chr. Hagen — Dr. Johann Florian Hahn — Oberstudiendirektor Dr. Siegfried Hajek — Dozent H. Hajek-Halke — Pfarrer Reiner Hallenga — Regierungspräsident i. R. Ludwig Hamann — Prof. Dr. R. Hamann-MacLean — Pfarrer Karl Handrich — Dr. med. Hangen — Pfarrer Karl-Wolfgang Hanne — Rechtsanwalt Heinrich Hannover — Dr. med. Hermann Happe — Studienrat Claus Harder — Prof. Johannes Harder — Dr. med. Ernst Hartmann — Rechtsanwalt Heinrich Hartmann — Dr. Therese Hartmann — Stadtrat Wilhelm Hartmann — Chefarzt Dr. Ernst Hass — Prof. Dr. med. Hauberrißer — Oberstudiendirektor Dr. Heino Hayungs — Pastor Hermann Heckmann — Schriftleiter Georg Heese — Direktor Ernst Hegener — Rechtsanwalt Dr. Hehnen — Rechtsanwalt Dr. A. Heinemann — Gewerkschaftssekretär Hermann Heinemann — Verleger Rudolf Heinke — Pfarrer Willi K. Heintzeler — Pfarrer Paul Heischeid — Dr. med. J. Heldt — Pfarrer Rudolf Held — Dr. Raoul Helgeter — Dr. med. H. Helling — Stadtoberschulrat Friedrich Hellinger — Pfarrer Dietmar Hellmann — Prof. Dr. Adolf Hertlein — Pfarrer Karl Helmar — Pfarrer Hans Helweg — Pfarrer Rolf Hembach — Dr. Josef Hengstenberg — Prof. Dr. Hiero Henkel — Dr. jur. Elsa Hennings — Pfarrer Gerd Henseleit — Pfarrer Carl Herlyn — Dr. med. W. Herrberg — Dr. med. Helmut Herrmann — Studienrat Ludwig Hertel — Dr. phil. Günther Herzfeld-Wüsthoff — Rektor Hermann Herzog — Dr. med. H. Herzum — Pfarrer Eduard Hesse — Dr. Elisabeth Hesse — Dr. med. Max Hesse — Prof. D. Dr. Johannes Hessen — Dr. Werner Otto von Hentig — Dr. Ing. Ludwig Hercher — Propst K. Herbert — Schulrat Dr. Fritz Herkenrath — Gewerkschaftssekretär Rudolf Herrmann — Rechtsanwalt Dr. Herbert Herzog — Pfarrer Hans-Martin Heusel — Prof. Hans Heyboden — Pfarrer ans Heynen — Studienrat Heinrich Hillebrand — Dr. med. Hans Hillmann — Intendant Heinz Hilpert — Rechtsanwalt und Notar Dr. Kurt Hintze — Studienrat Dr. Fritz Hinze — Studienrätin Helene Hirsch — Rechtsanwalt Martin Hirsch, MdL — Prof. Dr. Karl Höfer — Dr. med. Claus Hoffmann — Studienrat Karl Hoffmann — Oberst a. D. Wilhelm Hofinger — Prof. Dr. Dr. h. c. Georg Hohmann — Rechtsanwalt Dr. Rudolf Höhnl — Oberstudiendirektor Eduard Hollweg — Dozentin Annelise Holst — Dr. med. Otto Holtmeier — Herbert Holtzhauer, MdL — Dr. med. Heinrich Honegger — Synodaljugendwart Herbert Höner — Prof. Clemens Hörmann — Dr. med. German Hübner — Prof. Wilhelm Hübotter — Betriebsratsvorsitzender Erich Hühnlein — Dipl. rer. pol. Oswald Hüller, erster Vorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes — Dr. med. Richard Hummer — Pfarrer Lic. Theol. Walther Hunzinger — Dr. med. Hans Hüsing — Rechtsanwalt Georg Hüther — Pfarrer Hans Hütt — Oberstudienrat Dr. Rudolf Ibel — Studienrat Rudolf Ickler — Pfarrer Johannes Immer — Studienrätin Emmy Jaar — Dr. J. Jacob — Dr. med. Kurt Jacobs — Studienrat Dr. Gerhard Jacobj — Obermedizinalrat Dr. Werner Jacobi — Schriftsteller Hans Henny Jahnn — Rechtsanwalt und Notar Felix Jaring — Rektor Hans Jensen — Studienassessorin Barbara Jobard — Dozentin Maria Jost — Prof. Arthur Jung — Chefarzt Dr. Werner Jung — Dr. Henning Junge — Studienrat Dr. Hermann Kaben — Pfarrer Rudolf Kaffka — Dr. med. Stefan Kager — Dr. med. H. Kaiser — Pfarrer Helmut Kaiser — Rechtsanwalt Dr. Georg Kalb — Betriebsratsvorsitzender Walter Kalbhenn — Rektor Walter Kalusche — Rechtsanwalt und Notar Otto Robert Kamm — Pfarrer G. K. Kammer — Prof. Dr. Karl Kammüller — Pfarrer P. Kamp — Gewerkschaftssekretär Karl Kantin — Prof. Dr. Reinhard W. Kaplan — Pastor R. Karwehl — Gewerbeoberlehrerin Ruth Karwehl — Dr. med. Fritz Katz — Oberstadtdirektor Dr. Adalbert Kaukars — Dr. Marie-Hed Kaulhausen — Elisabeth Freifrau von Kayserlingk — Schulrätin Eva Kempe — Dr. med. Hans Joachim Kempf — Pfarrer Heinrich Kern — Dr. med. Martha Kerner — Dr. med. Heinz Keßler — Alma Kettig, MdB — Dr. H. Kiefer — Pfarrer Arno Kiel — Rechtsanwältin Dr. Sophie Kirchhof — Dr. med. Waldefried Kirchhof — Rechtsanwalt R. Kirschmer — Dr. Paul Klaucke — Pfarrer Roland Klein — Wilhelm von Kleist — Prof. Fritz Klemm — Rechtsanwalt Dr. Klose — Studienrätin Gertrud Klose — Dr. med. Werner Klose — Dr. med. Klose-Gerlich — Pfarrer Friedrich Knecht — Pfarrer Friedrich Knoch — Oberstudienrat Dr. Hans Knüpfer — Dr. Hans-Joachim Koch — Pfarrer Werner Koch — Dr. Wilhelm Koch — Dr. Margot Kochmann — Prof. Dr. Adolf Koenig —

Dr. Dr. med. A. Köhlinger — Oberstudienrat Otto Kolb — Dr. med. Karl Köller — Pfarrer Friedrich Kowald — Pfarrer Werner Krabbes — Dr. med. Gerd Kraft — Gustav Krämer, MdL — Oberstudienrat Dr. Friedrich Kranz — Rechtsanwalt Dr. Karl Krasting — Pfarrer Friedrich Kratzer — Dr. B. Krause — Prof. Wilhelm Krauss — Pfarrer Wilhelm Kreis — Gewerkschaftssekretär Wilhelm Kreiner — Pfarrer Rudolf Kremers — Chefarzt Dr. med. H. Krings — Rechtsanwalt und Notar H. Kröger — Stadträtin Maria Krüger — Dr. med. H. Krukowski — Dr. med. Gerhard W. Krummacher — Dr. med. Heinz Kruse — Rechtsanwalt Dr. W. Krusemark — Dr. med. Eberhard Kunz — Pfarrer Rudolf Kühnrich — Regisseur Dr. Karl Georg Külb — Dr. med. Friedrich Kunkel — Dr. Klara Kunkel — Rektor Erich Kunst — Studienrat Dr. Ludwig Kunz — Studienrätin Brigitte Küper — Rechtsanwältin Brigitte Kurreck-Vogelreuther — Dr. med. habil. Dr. phil. Wolfram Kurth — Pfarrer Wilhelm Küster — Pfarrer Gustav Laaser — Dr. med. Fritz Lade — Schriftleiter Wilhelm M. Lang — Prof. Dr. E. Lange — Rektor Hans Lehmbecker — Rechtsanwalt und Notar Fritz Freiherr Langwerth und Simmern — Oberstudiendirektor Dr. Philumene Lehner — Rektor Wilhelm Leibersberger — Pfarrer Friedrich Leimbach — Dipl.-VerwB. Wirtschaftsprüfer Tidemann Ulrich Lemberg — Pfarrer F. Lensen — Dr. Günther Lepold — Pfarrer Heinrich Leppla — Dr. med. Rudolf Lettan — Dr. Erich Lichtenstein — Pfarrer Hans-Thielo Liebe — Dr. med. Ernst Liebenthal — Gewerkschaftssekretär Jürgen Liesegang — Pfarrer Gerhard Lindner — Schriftsteller Hans Lipinsky-Gottersdorf — Oberstudiendirektor Dr. Otto Lipp — Pfarrer Johannes Locher — Freifrau M. Th. von Loe — Rechtsanwalt Walter Loerbrocks — Dr. Hans Loew — Schulrat Wilhelm Löffler — Studienrat Dr. Richard Lohde — Studienrat Ernst Lorenz — Journalist Philipp Lott — Dr. W. O. I. Ludwig — Oberstudienrätin Hildegard Lueg — Dr. Werner Left — Dr. med. Willi Luger — Pfarrer Friedrich Luncke — Dr. Walter Lundberg — Dr. med. Hans Lungwitz — Oberstudiendirektor Dr. Rudolf Maack — Notar Dr. Friedrich Maase — Dr. med. E. Maercker — Dr. med. Kurt Magerstedt — Dr. Peter Magnus — Dr. med. Julius Manger — Studienrat H. W. Mankel — Rechtsanwalt Dr. Otto Marquard — Pfarrer Adolf Marquis — Studienrat Dr. Heinz Martius — Rechtsanwalt Hans Marx — Dozent Bruno Masurat — Prof. Ewald Mataré — Pfarrer Werner Matz — Bezirksverordneter J. Mauthiessen — Gewerkschaftssekretär Hermann Mayer — Dr. Oskar Mayer — Dr. Viktor Mayer — Mathias Josef Mehs — Gewerkschaftssekretär Ernst Meier — Rechtsanwalt Dr. Heinrich Meier-Faust — Dr. med. Wilhelm Meinershagen — Dr. Ing. Wilhelm Ritter von Meng — Pfarrer Emil Menz — Amtsgerichtsrat i. R. Walther Menzel — Dr. med. Wolfgang Merkel — Rechtsanwalt Dr. Rudolf Mettke — Oberregierungsrätin Dr. Hanna Meuter — Professor Hans Meyboden — Pfarrer Wolf Meydam — Rechtsanwalt Julius Meyer — Dr. med. Hans Meyer — Prof. Dr. M. Mezger — Studienrat Ernst Michalowski — Dr. med. F. Mikulasch — Maria Freifrau von Milik — Dr. med. G. Mirus — Pfarrer Werner Misseler — Rektor Wilhelm Mitschke — Studienrat Walter Moess — Rektor Heinrich Mohr — Dr. med. H. E. Möller — Studienrat Heinz Möller — Rechtsanwalt Kurt Montag — Pfarrer Otto Morgenstern — Rektor Bruno Moser — Dr. Wolf-Heinrich von der Mülbe — Pfarrer Eberhard Müller — Pfarrer Friedrich Müller — Oberstudienrat Dr. Hans Müller — Dr. med. H. Müller — Dr. med. A. Hermann Müller — Dr. jur. Hermann Müller — Dr. med. Hermann Müller — Rechtsanwältin Irmgard Müller — Rechtsanwalt Dr. Kurt Müller — Dr. Siegfried Müller — Prof. Dr. Wilhelm Müller — Dr. med. F. Multhaupt — Schulleiter Dr. Werner Munkelt — Dr. med. F. W. Naegelsbach — Rechtsanwalt und Notar Dr. Johannes Nehls — Studienrat Georg Neubarth — Oberstadtbaurat Dr. Ing. Hugo Neuffer — Dr. Charlotte Neuhöffer-Michalski — Studienrat Willy Neumeyer — Dr. med. A. Neuohr — Oberschulrat Theodor Niehoff — Dr. Wolfgang Niehoff — Kirchenpräsident D. Martin Niemöller — Obermedizinalrat Dr. med. Erwin Nitschke — Rechtsanwalt und Notar Dr. Werner Noack — Oberkirchenrat Dr. Hermann Noltensmeier — Rechtsanwalt Dr. Günter Nothdorst — Pfarrer Theo Odenwald — Studienrat Werner Oeser — Pfarrer Werner Oloff — Dr. med. Max Orlovius — Dr. med. A. Orth — Dr. Walter Osborne — Dr. med. Karl Ostermeyer — Dozent Dr. Ing. Klaus Osterwold — Rechtsanwalt Dr. Bernhard Ott — Studienrat Ludwig Ott — Dr. phil. Dr. med. habil. Paul Ott — Hans Freiherr von Ow-Wachendorf — Prof. Dr. med. Walter Parrisius — Pfarrer Emanuel Paskert — Vikarin Ruth Paskert — Prof. Dr. Richard Patscheider — Studienrat Dr. A. T. Paul — Rektor Julius Peckhaus — Pfarrer

Werner Permanter — Rektor Karl Pestlin — Dipl.-Ing. Horst Peter — Obermedizinalrat Dr. F. Peters — Studienrat Werner Peters — Pfarrer J. Petersen — Ministerialrätin i. R. Katharina Petersen — Dr. med. Petri — Rechtsanwalt und Notar Dr. Walter Pfeffer — Rechtsanwalt Eugen Pfefferle — Dr. phil. Gertrud Pfeilsticker-Stockmayer — Rechtsanwalt Dr. Franz J. Pfister — Dr. med. Eberhard Picker — Prof. Dr. med. A. Pickhan — Dr. med. Georg Piltz — Rechtsanwalt Heinrich Pöhlmann — Dr. med. H. Posthofen — Dr. med. H. Plambeck — Studienrat Dr. Kurt Plewka — Dr. med. Hanna Plieninger — Pfarrer Hans Dietrich Pompe — Dr. jur. Bruno Preisler — Rechtsanwalt Gotthard Priess — Journalist Dr. Heinz Pringsheim — Gewerkschaftssekretär Bernhard v. d. Pütten — Dr. med. Carl Rabl — Prof. Dr. Conrad Ramstedt — Dr. Karl Rapp — Diplom-Landwirt Kurt Rau — Rechtsanwalt Helmuth Raue — Prof. Dr. Franz Rauhut — Dr. jur. R. Rebensburg — Dr. Wilhelm Rebling — Dr. med. Irmintraut Rebling-Klappenbach — Pfarrer Dr. J. Redhardt — Rechtsanwalt Martin Regener — Studienrätin Ilse Reichardt — Rektor Max Reinhard — Pastor Dietrich Renner — Dr. med. Reuter — Dr. Jürgen Reuver — Prof. Dr. Hans Rheinfelder — Dr. W. Rickmer — Rechtsanwalt und Notar Werner Rieck — Pfarrer Lic. Erich Riedesel — Prof. Dr. Renate Riemeck — Rechtsanwalt Herbert Rienitz — Regisseur Eduard Ritschard — Dr. Alfons Rode — Prof. Dr. Karl Rode — Fabrikant Dr. Heinrich Franz Roeckl — Dr. Karl Roesch — Rechtsanwalt Dr. Martin Röher — Pfarrer Martin Rohkrämer — Dr. med. Erich Spohr — Rechtsanwalt Werner Springe, senior — Pfarrer Otto-Carl Springer — Studienrat Hans Stäblein — Dr. med. Willi Stadelmann — Pfarrer Dr. Joachim Staedtke — Leiter der Volkshochschule Heidelberg Helmut Stahl — Dr. med. Kurd Stapenhorst — Chefarzt Dr. Walther Staudacher — Gewerkschaftssekretär Friedrich Staudt — Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg — Dr. Max Stefl — Pfarrer Dr. Stegmann — Dr. med. Ottfried Stehle — Pfarrer Karl Steinbauer — Rechtsanwalt Helmut Steinkamp — Studienrat Rüdiger Stenzel — Dr. Joachim Stephan — Pfarrer Ernst Steubing — Dr. Ing. H. Steudel — Pfarrer Paul Gerd Stöckermann — Prof. Aloys Stockmann — Prof. D. Dr. med. Stoevesandt — Pfarrer Ludwig Stoll — Rechtsanwalt und Notar Günter Adalbert Stolting — Oskar Ulrich Freiherr von Hutten zum Stolzenberg — Betriebsratsvorsitzender Heinrich Störing — Prof. Dr. med. Ludwig Stoss — Dipl.-Ing. Hugo Stößinger — Prof. D. Hermann Strathmann — Dr. med. A. F. P. Strehlke — Rechtsanwalt Dr. Herbert Strempel — Pfarrer Werner Stroh — Dr. Wilhelm Stroszeck — Studienprofessorin Magdalena Sturm — Rechtsanwalt und Notar Otto A. Sturmfels — Studienrat Augustin Sudowe — Pfarrer Dr. Otto Sutzinger — Pfarrer Emil Tag — Rektor Albert Talkenberger — Dr. med. Wolfgang Tauchmann — Dr. med. Günter Techow — Dr. Walther Teich — Dr. med. Erich Teisinger von Tüllenburg — Dr. med. Hans-Joachim Tepe — Fabrikant Gustav Theill — Dr. med. Adolf Thier — Rechtsanwalt und Notar Harro Thomsen — Studienrat Wolfgang Thurath — Pfarrer Dr. Curt Tiltack — Vikarin Marianne Timm — Dr. med. Kurt Tomek — Dr. Ing. J. F. Tönnies — Pfarrer Helmut Traub — Pfarrer Heinrich Treblin — Rechtsanwalt und Notar Gotthelf Tribion — Dr. phil. Gustav Troberg — Dr. med. R. Trumpp — Dr. phil. Rudolph Tschierpe — Oberstleutnant a. D. Bruno Uhl — Oberstudiendirektor i. R. Dr. Heinrich von Unruh — Dipl.-Ing. Gerhard Urmoneit — Rechtsanwalt und Notar Hugo Vad — Pfarrer Johannes Verget — Prof. Dr. Dr. h. c. Wilhelm Vershofen — Prof. Eckhart Vogt — Prof. Dr. H. Vogts — Studienrat Hans Völkl — Pfarrer Hartmut Vömel — Studienrätin Wega Voß — Dr. med. Johann-Albrecht Voth — Rechtsanwalt Gerhard Wachter — Pfarrer Hermann Wagner — Studienassessorin Ingeborg Wagner — Prof. Otto Walger — Diplom-Physiker Lothar Wallek — Dr. Hans-Rudolf Walter — Rechtsanwalt Ernst Walther — Pfarrer Gottfried Wandersleb — Dr. Ludwig Wang — Studienrätin Mathilde Wang — Dr. med. Warth — Dr. med. Hermann Wehmeyer — Schriftsteller Johannes Weidenheim — Dr. Friedrich Weinberger — Pfarrer Adam Weinhaupt — Studienprofessor Ernst Weis — Prof. Dr. Leo Weismantel — Dr. med. Harald Rohr — Pfarrer Heinz Rolffs — Pfarrer Friedrich Rollbühler — Pfarrer Gottfried Roller — Pfarrer A. Rosenboom — Pfarrer Herbert Rosenstein — Dir. Dipl.-Ing. Ernst Rosin — Rechtsanwalt Franz Ludwig Roth — Rechtsanwalt und Notar Paul-Erdmann Roth — Dr. med. Günther Rothe — Prof. Ernst Röttger — Dr. med. Rövekamp — Pfarrer Hans Rücker — Rechtsanwalt und Notar Dr. Hans Ruge — Rektor i. R. W. Runkel — Obermedizinalrat Dr. Joseph Ruppert — Superintendent Friedrich Rzadtki — Rektor Aloys Sahlmann — Dr. med. Helmut Salje — Journalist Fritz Sänger — Pfarrer Lic. Gerhard Saß

— Rektor Carl Sattelberg — Fritz Schäperkötter, MdL — Pfarrer Dieter Schellong — Oberstudienrat Wilhelm Schelter — Rektor i. R. und Stadtrat Oskar Schenck — Studien-Assessor Reinhold Scherr — Dr. med. Ludwig Schindlmayr — Dr. med. Kurt Schirlitz — Studienrat Wolfgang Schlenker — Dr. med. Eva Schlepkov — Dr. Jens Schlereth — Pfarrer Rudolf Schlunk — Pfarrer Adolf Schmidt — Studienrat Gerhard Schmidt — Dr. med. K. H. Schmidtohen — Pfarrer Dr. Walter Schmithals — Prof. Paul Schmitthenner — D. Dr. E. O. Schoch — Gutsbesitzer und Schriftsteller Rolf von Schoen — Dr. med. Erich Schöler — Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl — Prof. Dr. Burkhart Schomburg — Dr. W. Schorsch — Regierungsmedizinalrat a. D. Dr. med. Fried Schosnig — Dr. med. O. K. Schrader — Studienrätin Gudrun Schrank — Pfarrer Karl Schreck — Pfarrer Dr. Wilhelm Schreiber — Pfarrer Helmut Schreiner — Studienrat Hans Schriever — Studienrat Herbert Schröder — Studienrat Dr. Oskar Schroeder — Prof. Dr. Levin L. Schücking — Dr. med. Hans Schubert — Rechtsanwalt und Notar Wolfgang Schucht — Dr. Hermann Schüler — Dr. med. Curt Schuler — Prof. Dr. Ing. M. Schuler — Pastor Hermann Schulte — Dr. Robert Schultheis — Studienrat Dr. Heinz Schultz — Dr. med. H. Schulz — Rechtsanwalt und Notar Dr. Ernst Schulze — Rektor Friedrich Schulze — Rechtsanwalt Peter Jürgen Schumacher — Pfarrer Peter Schumacher — Dr. med. Elisabeth Schündelen — Rechtsanwalt und Notar Dr. Otto Schütt II — Dr. med. M. Schutzbach — Dr. med. Gottfried Schwander — Hermann Schwann — Dr. Ernst Schwarz — Dr. med. A. Schwenke — Diplom-Landwirt Dr. Walther von Schwichow — Prof. Dr. H. F. Secker — Rechtsanwalt und Notar Dr. J. G. Seidel — Prof. Dr. Michael Seidlmayr — Zoodirektor Friedrich Wilhelm Seiffge — Dr. Barbara Seiler — Rechtsanwältin und Notarin Dr. Elisabeth Selbert — Dr. med. Anneliese Selter — Dr. med. Artur Semmler — Diplom-Volkswirt Karl Heinz Sohn — Prof. Max Graf Solms — Karl Sonntag, MdL — Betriebsvorsitzender Walter Spanholtz — Rektor Friedrich Spiesmacher — Dozent Günther Spohn — Dr. med. Hermann Weiss — Dr. med. Weizsäcker-Hoss — Lektor Dr. Heinz Wenzel — Rechtsanwalt Paul Wenzel I — Pfarrer Kurt Wernicke — Karl Graf von Westphalen — Dr. med. Mathilde Wesseling — Pfarrer Rudolf Wessler — Pfarrer P. Wetter — Rechtsanwalt und Notar Helmut Wetzel — Pfarrer Johann Heinrich Wicke — Dr. med. Wieding — Dr. med. G. Wiegand — Dr. med. E. A. Wiemer — Pfarrer Günther Wiencke — Dr. med. Hans Wierleuker — Rechtsanwalt Dr. Wiesner — Dr. Georg Gustav Wieszner — Dr. med. Otto Grosse Wietfeld — Dr. M. Wild — Dr. med. Werner Wilhelm — Rechtsanwalt Dr. Claus Winkler — Schriftsteller Hans Wirtz — Oberkirchenrat D. Erwin Wißmann — Pfarrer Ernst Ludwig Wisseler — Dr. med. W. Wittkampf — Dr. Karl Martin Wolf — Rektor Karl Wölfelschneider — Studienrätin Gertrud Wolferts — Dozent Dr. O. Wolff — Studienrat Dr. Heinz Wolfram — Prof. Dr. Karl Wörle — Dipl.-Ing. Dieter Worringen — Dr. med. Wolfgang Worringen — Pfarrer Werner Wortmann — Staatsanwalt Dr. Hanns von Wunsch — Dr. med. Kurt Wurster — Dr. Franz Würstlin — Pfarrer Wüsthoff — Gewerkschaftssekretär Viktor Wynands — Oberstudienrat Joachim Zabel — Studienrätin Gertrud Zauleck — Studienrat Helmut Zeiler —Direktor Max Zelck — Rechtsanwalt Dr. Kurt Zeppenfeld — Studienrat Dr. Hans Joachim Zeuner — Oberstudienrat Hugo Zick — Prof. Dr. Konrat Ziegler — Willi Zinnkann, MdL — Pfarrer Johannes Zobel — Rechtsanwältin Dr. Hertha Zoller — Betriebsratsvorsitzender Fritz Zorn — Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. Dr. rer. pol. Zschauer —Rechtsanwalt Dr. Otto Zschiegner. Weitere 2800 Unterschriften liegen vor.

Kommuniqué der Überbringer des Memorandums

Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner, Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Hermann Schwann und Karl Graf von Westphalen überreichten am 5. Juni in Genf ein bisher von mehr als 3500 westdeutschen Persönlichkeiten unterzeichnetes Memorandum den Delegationen der vier Mächte.

Die Delegationen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik wurden in einem Schreiben über die Absichten der Delegation unterrichtet.

Bei der Überreichung des Memorandums erläuterten die Überbringer nochmals die im Memorandum enthaltenen Vorschläge. Bei den Gesprächen wurde die Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, daß es in fünf Konferenz-Wochen offenkundig nicht gelungen sei, über das Problem Berlin hinaus dringende Fragen wie Entspannung, Dis-

engagement, Friedensvertrag und Wiedervereinigung sichtbar einer Lösung näher zu bringen. Insbesondere bedauerte die Delegation, daß es trotz intensiver Bemühungen von verschiedener Seite zu keinem Zusammentreffen der beiden deutschen Delegationen gekommen ist.

Die Vertreter der Westmächte nahmen die Forderungen der Delegation mit Interesse zur Kenntnis. Der sowjetische Außenminister Gromyko entwickelte in Anwesenheit von Botschafter Smirnow ausführlich den Standpunkt der UdSSR.

Die Delegation nahm auf Einladung an einem Abschiedsessen teil, das die in Genf anwesende Professoren-Delegation aus der DDR veranstaltete. An dem Essen nahmen auch andere politische Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik teil, die sich z. Z. in Genf aufhalten.

In einem längeren Gespräch, das auf Einladung des Leiters der Delegation der DDR, Außenminister Dr. Bolz, stattfand, wurden die beiderseitigen Standpunkte erörtert.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.